

Lateinamerika

Analysen und Berichte 4

**Internationale
Strategien und
Praxis der
Befreiung**

Herausgeber:
U. Bennholdt-Thomsen
T. Evers
U. Meschkat
G. Müller-Plantenberg
U. Müller-Plantenberg
W. Schaeffer

erscheint demnächst

320 Seiten, DM 24,80

Aus dem Inhalt:

Polo-Cheva / Süßdorf: **Nicaragua, eine Revolution, nicht die Revolution**

Gorostiaga: **Die internationalen Finanzzentren in unterentwickelten Ländern**

Bennholdt-Thomsen: **Investition in die Armen**

Meschkat: **Kredite statt Land**

Saarbach: **Sozialdemokratie und Lateinamerika**

Werner: **Gesundheitsversorgung in Kuba heute**

Länderberichte: Bolivien, Brasilien, El Salvador, Guatemala, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Peru.

 **VERLAG OLLE & WOLTER GMBH**
POSTFACH 4310, 1000 BERLIN 30

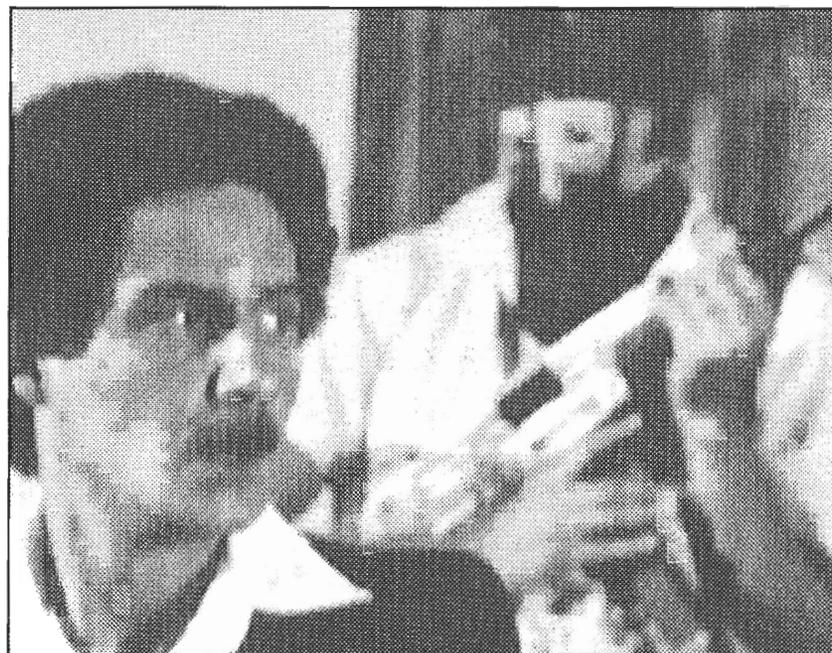
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 84

8. JAHRGANG DER **CHILE-NACHRICHTEN**

Berlin (West)

August 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



Salvador Samayo war als Erziehungsminister Mitglied der Regierungsjunta, die nach dem Putsch vom Oktober 79 mit Reformversprechen angetreten war. Samayo ist Jesuit und war Professor an der katholischen Universität (UCA). Er trat von seinem Regierungsamt zurück als klar wurde, daß die Repression unter der neuen Regierung nicht verschwindet, sondern wächst. Anfang Januar erklärte er in einer Rede vor den Studenten, friedlich zu größerer Gerechtigkeit zu gelangen, sei unmöglich. Der einzige Weg zur Selbstbestimmung des salvadoranischen Volkes sei der bewaffnete Volksaufstand. Nach dieser Rede verließ er die Universität mit ca. 50 Guerrilleros und tauchte unter. Ende Mai wurde Samayo auf der Straße verhaftet und befindet sich seitdem in der Gewalt der Diktatur.

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

EL SALVADOR: Erfolgreicher Generalstreik — **PERU:** Das Wahlergebnis — **BOLIVIEN:** Neue Hoffnungen — **BRASILien:** Der Papstbesuch - **URUGUAY:** Geflohener Folterer berichtet - **NACHLESE DER LATEINAMERIKA-TAGE** — Berichte aus Guayana, Guatemala, Argentinien und anderen Ländern.

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. Berichte	5
— El Salvador: Das christdemokratische Trauerspiel	5
— Bolivien: Neue Hoffnungen	17
— Peru: Wahlen	23
— Peru — Argentinien: Freie Hand für Videlas Mörderbande	31
— Chile: Ein Zeugenbericht	33
— Uruguay: — Das vergessene Land	34
— Bericht eines geflohenen Folterers	36
II. HINTERGRUND	
— Guayana: Ermordung von Walter Rodney	40
— Guatemala: Schauplätze des Widerstandes	45
— Brasilien: Hat der Löwe keine Zähne mehr?	52
— Kirche: Gott ist Brasilianer — doch der Papst ist Pole	61
III. SOLIDARITÄT	
— Nachlese der Lateinamerika-Tage	63
— Briefe des Nicaragua-El Salvador-Komitee Berlin	65
LESERBRIEFE: Nicaragua	67
URWALD	79

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 7 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 10.7.1980

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-abo '80

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/313 5065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über: con Medien- und Vertriebsgesellschaft, Postfach 106545, Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Tagesthemen am 9.7.80. El Salvador: Ein Oberschüler geht mit erhobenen Händen einen Korridor in der Universität entlang. Er legt sich auf den Boden. Er stirbt durch Schüsse eines unsichtbaren Soldaten. Wer schießt hier? Das Regime in El Salvador versucht auf immer brutālere Art den Widerstand des Volkes zu unterdrücken. Aber das Regime schießt nicht allein, sondern erhält Schützenhilfe von den USA, die in Mittelamerika um jeden Preis ihre geopolitischen Interessen zu verteidigen suchen: nach Nicaragua darf nicht noch ein Staat der strategisch wichtigen Landbrücke aus dem Machtbereich der Vereinigten Staaten ausscheren. Die USA sehen ihren Einfluß in ihrem eigenen "Hinterhof" ernstlich bedroht: in El Salvador erwarten Beobachter noch in diesem Jahr eine große Offensive der revolutionären Kräfte. In Guatemala verschärfen sich die Kämpfe zwischen dem Militärregime und dem Widerstand, der hier wesentlich weniger gut organisiert und dadurch den Schlägen der Repression stärker ausgeliefert ist. In einem Artikel versuchen wir eine Analyse des wirtschaftlichen und sozialen Hintergrunds dieser gewaltsamen Auseinandersetzungen. In diesen beiden Ländern versucht die Hegemonialmacht USA noch einmal, eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern, die in Nicaragua die Tyrannei Somozas beseitigt hat. Nicaragua hat heute - 1 Jahr nach dem Sturz der Diktatur - mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hinter dem Austritt der bürgerlichen Kräfte aus der Regierungsjunta steht der Konflikt um die wirtschaftspolitische Orientierung für die nächste Zeit. Einerseits versucht die Regierung den nationalen Wiederaufbau so zu planen, daß die Grundbedürfnisse der Massen des Volkes nach ausreichender Ernährung, Gesundheitsversorgung und Bildung befriedigt werden; andererseits muß sie die Privatinitiative fördern, um den produktiven Sektor, der zu einem großen Teil noch in Privatbesitz ist, wieder in Schwung zu bringen. Die "gemischte Ökonomie" in diesem Land ist nichts anderes als die Institutionalisierung dieser Widersprüche, die aus dem Erbe einer unter großen Opfern gestürzten Diktatur resultieren.

Während in ganz Mittelamerika klar ersichtlich ist, daß das Projekt der USA und interessierter westeuropäischer Kreise, soziale Konflikte durch begrenzte Liberalisierung des politischen Systems und einige absolut notwendige soziale Reformen vorbeugend zu mildern, scheint es in Bolivien und Peru etwas besser zu funktionieren: in beiden Ländern haben gerade Wahlen stattgefunden. Nach dem Wahlsieg der UDP in Bolivien ist allerdings der Bestand eines parlamentarischen Systems noch lange nicht gesichert. Obwohl Putschoberst Natusch Busch durch den Generalstreik relativ schnell auf dem Misthaufen der Geschichte landete, können sich Exdiktatoren noch sicher genug fühlen, eine neue Präsidentschaft anzukündigen. Banzer ist fest davon überzeugt, daß er wieder Präsident werden wird. Die UDP und ihr Vorsitzender Siles Suazo befinden sich in der Zwickmühle: entweder leitet die neue Regierung Reformen ein und beschwört damit die Gefahr eines Putsches herauf, oder sie macht nichts und verliert damit jede Legitimität gegenüber dem Volk.

Die Wahlen in Peru erwiesen sich als eine Ironie der Geschichte: nach dem Interregnum der Militärregierungen, die 1968 mit dem Vorhaben durchgreifender sozialer Reformen angetreten war, ist das Land wieder dort, wo es vor 12 Jahren war. Ausgerechnet der von den Militärs gestürzte Belaúnde Terry wird der Präsident, der die Militärs ablöst. Die Geschichte wiederholt sich: einmal verläuft sie als Tragödie und einmal als Farce. Es fragt sich, ob Belaúnde die Tragödie hinter sich und die Farce vor sich oder ob er die Farce hinter sich und die Tragödie vor sich hat.

Die LATEINAMERIKA-TAGE standen inhaltlich unter dem Schwerpunkt der Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika. Wenn wir, die wir hier in der BRD Subjekte und Objekte der Politik sind, politisch relevante Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika machen wollen, dann müssen wir uns gerade um die spezifischen Interessen der BRD in Lateinamerika kümmern. Die Bedeutung dieser politischen Orientierung zeigt sich geradezu anekdotisch an der gleichzeitigen Reise von Delegierten der Frente Democrático Revolucionario und der Christdemokraten El Salvadors in die BRD und nach Westberlin. Während die FDR um Unterstützung für den Widerstand warb, ließ sich die christdemokratische Delegation durch Vermittlung der Konrad Adenauer-Stiftung vom Leiter des Berliner Staatsschutzes, Kittlaus, über die neusten Methoden der Terrorbekämpfung beraten.

Subskription	<p>Hejo Heussen</p> <p>Weltmarkt und soziale Not Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der 3. Welt</p> <p>Soziale Sicherheit bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit ist in Ländern der 3. Welt für den größten Teil der Bevölkerung soziale Unsicherheit – trotz oft ausgeklügelter Gesetzgebung. Sozialpolitik ist mehr als hierzulande abhängig von weltwirtschaftlichen Konjunkturen, Strategien multinationaler Konzerne, Kämpfen zwischen Unternehmerklassen, Gewerkschaften und Parteien, ausgeliefert staatlichen Steuerungsversuchen im System nationaler Auseinandersetzungen und internationaler Ansprüche. Heussen stellt Fragen nach dem Netz sozialer Sicherheit in der 3. Welt: Wie bestimmen die politökonomischen Abhängigkeiten Sozialpolitik? Welche Funktionen hat Sozialpolitik? Wer sind die Träger und was sind deren Interessen? Hier wird der Versuch gemacht, die Einflussfaktoren auf das System sozialer Sicherheit in ihrem historischen Wandel, ihrer Vielschichtigkeit und wechselseitigen Verzahnung empirisch und theoretisch zu fassen. Am Beispiel Argentiniens erhält der Leser einen Einblick in die Eingriffsmöglichkeiten und Schaltstellen der sozialen Sicherungssysteme. Sozialpolitik in einem Land der 3. Welt wird lebendig und konkret. So kann dieses Buch als Orientierungshilfe dienen, will man Sozialpolitik in Entwicklungsländern einschätzen, dort Sozialarbeit machen, gewerkschaftliche Strategien mitbestimmen oder Entwicklungshilfeprojekte unterstützen – oder davon abraten. „Ich möchte soziologische Phantasie entwickeln helfen für alle, die sich mit der Veränderung und mit möglichen Auswirkungen bestimmter ökonomischer und politischer Strategien in der 3. Welt beschäftigen. Der Zusammenhang zwischen individuellen Überlebensbedingungen und Entwicklung soll besser zu orten sein. Ich versuche, verständlich zu machen, wie viele Glieder die Kette hat, die etwa zwischen den Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Tod eines Kindes in der Provinz Tucuman liegen. Ich möchte über die vordergründigen Erkenntnisse der Statistiken und Gesetzesvergleiche desillusionieren und so eine Grundlage liefern für einen Beitrag zur Theoriebildung über Reproduktionsbedingungen in strukturell abhängigen Ländern.“</p> <p>408 Seiten, Paperback 28 DM, ISBN 3-88227-044-6</p> <p>Subskriptionspreis 22 DM bis zum 30.11.80</p> <p>SOZIALPOLITISCHER VERLAG Schlesische Str. 31, 1000 Berlin 36</p>
--------------	---

El Salvador

Das christdemokratische Trauerspiel auf Tournee im Ausland

Bonn, Nebenschaltstelle der Weltpolitik, empfing nach dem Argentinier Martinez de Hoz – kein Kameraauge durfte sein Zusammentreffen mit Kanzler und Präsident der Republik ablichten – und Lopez Portillo aus Mexiko, wieder Gäste aus Lateinamerika. Diesmal wieder aus den Kreisen, die nicht so zum Vorzeigen geeignet erscheinen. Sie pflegten ihre Kontakte auch nicht auf hoher Regierungsebene, außer mit einigen Vertretern des Auswärtigen Amtes, sondern eher mit der hiesigen Opposition. Eingeladen von CDU und Konrad-Adenauer-Stiftung gaben sich Innenminister Hernandez Delgado, Pablo Alvergue, Präsidialminister aus El Salvador, begleitet von einer Gruppe hoher Militär- und Polizeioffiziere, die Ehre.

Doch noch nicht genug: Knapp zwei Wochen später kommt der oberste Boß der Christdemokraten selbst, Napoleon Duarte, jetziges Junta-Mitglied und Aushängeschild, neben Morales Ehrlich einer der letzten unverdrossenen Zivilen, die es noch mit den Militärs halten, wohl zu allem entschlossen.

Einer der Entschlüsse, nachdem im eigenen Land nichts Verantwortliches mehr über sie, die Entscheidungen an ihnen vorbei und die Basis ihnen wegläuft, läßt sie auf Suche nach Unterstützung bei den großen, finanzkräftigen, wenn auch zur Zeit nicht überall mächtigen, westeuropäischen Schwesterparteien gehen.

Die großen Freunde von der bundesdeutschen CD-Zweigstelle lassen nicht lang bitten und geben treuherzige, aufrecht christdemokratische Bekundungen der Solidarität mit dieser doch so "reformwilligen und tüchtigen" Regierung ab, nicht ohne "mit Bestürzung", den laufenden Wahlkampf im Visier, die SPD anzuklagen, denn die ist Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI), und die beschließt Resolutionen, in denen der Kampf der "Aufständischen" unterstützt wird – nebenbei: gemeint ist damit die FDR. Weiter, es wird auch materielle Hilfe für die 'Subversiven' geleistet, von der "die Waffen bezahlt werden, die im ständigen Fluß aus Kuba und anderswoher über die Grenzen El Salvadors dringen und dort dem linken Terrorismus nutzbar gemacht werden". Und so kommt die "tüchtige usw. Regierung, die unter hohen persönlichen Opfern, mit Mut und Verantwortungsbewußtsein...versucht, ein großes soziales Reformwerk in die Tat umzusetzen" noch mehr in die Klemme zwischen "rechte und linke Extremisten".

Angetreten gegen die "gewaltige Propagandamaschine (damit ist wohl die LN-Sondernummer zu El Salvador gemeint) die bei den Völkern der Welt, gerade bei uns in Westeuropa den Eindruck erwecken soll ...als ob die Opposition in El Salvador unterdrückt werde"- 'unterdrückt' ersetzt durch liquidiert entspricht der tatsächlichen Lage der Opposition – , "verpflichtet sich objektiv zu informieren" teilt der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten Kai-Uwe von Hassel mit, daß der "reformwilligen, tü..(s.o.) Regierung, revolutionäre, auf gewaltsame Machtübernahme eingeschworene

Kräfte gegenüberstehen, ...die uns als gewaltige Volksbewegung dargestellt werden, die in Wirklichkeit nur über eine kleine Anzahl von Anhängern verfügen (s.u. über Generalstreik), die mit Terror, Attentaten, Einschüchterung der Zivilbevölkerung um jeden Preis einen marxistischen Umsturz herbeiführen wollen".

Alle Zitate stammen aus einer Pressemitteilung der CDU vom 13.6.80
 Noch so'n Hammer: Duarte im Gespräch mit Helmuth Frenz von 'amnesty international', fordert auf, die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land anzuklagen, wohl gemerkt, Duarte ist Juntamitglied - ein Gipfel der Absurdität oder durchtriebenes christdemokratisches Spiel mit reichlich Bühnennebel.

Die Christdemokratie regiert nicht

Ruben Zamora war bis zu seinem Rücktritt am 3.1. 1980 Ministerpräsident der 'Reformjunta'. Er galt als Vertreter des linken Flügels der CD, der Tendencia Popular, die circa ein Drittel der Parteimitglieder repräsentierte. Nach ihrem Austritt gründeten diese den Movimiento Popular Socialcristiano MPSC, der sich im Rahmen des Einigungsprozesses der demokratischen Organisationen der Frente Democratico anschloß.

Zamoras Aussagen konzentrieren sich auf folgende Feststellungen: "Die Erfahrung der Regierungsbeteiligung hat uns gezeigt, daß die demokratischen Organisationen allein nicht fähig sind, die demokratischen Ziele zu verwirklichen, und daß vor allem eine Allianz mit den Volksorganisationen notwendig ist. Nur so ist es möglich, die repressiven Teile der Streitkräfte auszuschalten und eine neue Allianz mit den fortschrittlichen Mitgliedern der Streitkräfte aufzubauen, die eine progressive und demokratische Regierung garantiert".

Die gegenwärtige Lage beurteilt er wie folgt, daß es politisch gesehen nicht drei, sondern grundsätzlich nur zwei Handelnde gibt!

Einerseits die Militärregierung und die PDC, kontrolliert von den repressiven Militärs des Landes, die einen Vernichtungskrieg gegen die Volksorganisationen gestartet haben - bis Mitte Juni nach Zählung der Menschenrechtsorganisation 3313 Todesfälle - die ihre sogenannten Reformen als Vorwand für den Ausnahmezustand und ihre repressive Politik benutzen. Die PDC, der nur noch ohnmächtige Willensbekundungen bleiben, macht sich durch ihr Verbleiben in der Regierung zu einem Komplizen der interventionistischen Politik der USA. Sie bricht damit mit ihrer 20jährigen populistischen Tradition und kapselt sich von der Basis ab.

Auf der anderen Seite steht das Volk, mit seinen in einem außerordentlich beschleunigten Einigungsprozess sich befindenden Organisationen

Die Anschläge kommen nicht von der Linken

In den letzten Wochen wurden neun christdemokratische Bürgermeister ermordet und noch viel mehr erhalten Morddrohungen. Am 9. Juni haben 174 PDC-Alcaldes eine Petition unterzeichnet, in der sie von der Junta eine gründliche Untersuchung der Todesfälle und einen besseren Schutz für die Beschäftigten in öffentlichen Dienst fordern.

Im Gegensatz zum PDC Parteivorstand, der sowohl die Linken und Rechten der Überfälle bezichtigt, stellen die Bürgermeister fest:

"Wir wissen daß die Anschläge nicht von der extremen Linken kommen, und wir als Vertreter der gegenwärtigen Regierung in dieser Situation in eine absurde Position kommen.."

Kaum verhüllt weisen die Alcaldes damit auf die rechten Terrorgruppen.

Wenige Tage später erklärt der Bürgermeister von Santa Ana, der zweitgrößten Stadt, seinen Rücktritt wegen der "Welle von politischen Morden durch Geheimorganisationen, die offensichtlich außer der Kontrolle der Sicherheitskräfte stehen."

Die externe Front des Bürgerkrieges

War die Bildung der FRENTE DEMOCRATICO REVOLUCIONARIO schon im Innern ein bedeutender Schritt, so war sie für die internationalen Beziehungen der Widerstandskräfte die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung einer einheitlichen und eigenständigen Außenpolitik. Hatte die COORDINADORA REVOLUCIONARIA DE MASAS schon vielfältige internationale Beziehungen, so doch vor allem auf der Ebene von Parteien, Solidaritätsbewegungen und mit Regierungen nur informeller Art.

Mit Konstituierung der FDR präsentierte die salvadorianische Opposition nun ein Bündnis, dessen Regierungsfähigkeit außer Zweifel steht und das organisatorischer Ausdruck der breiten Unterstützung ist, die auch die CRM schon lange auch von den nichtrevolutionären, nichtmarxistischen Kräften der Opposition hatte. Der wichtigste Punkt daran: Seit es die FDR gibt, sind alle Möglichkeiten ausgeschlossen, von außen her eine vermeintliche 'dritte Kraft' zwischen Revolution und Repression aufzubauen. Das ist ein entscheidender Erfolg nicht nur im Kampf gegen die nordamerikanischen Interventionspläne, sondern auch gegenüber den Versuchen mancher lateinamerikanischen und europäischer Regierungen bzw. Parteien, die unhaltbar gewordene Rolle der inzwischen durch ihr Paktieren mit der extremen und offen gewalttätigen Rechten kompromittierten 'Junta Militar-Democrisiana' einer anderen demokratischen Alternative zu übergeben. Das internationale Auftreten der FDR, in deren Delegationen prominente Repräsentanten der sozialdemokratischen, christdemokratischen und kirchlichen Opposition vertreten sind, zerschlägt auch diese Strategie und dokumentiert, daß El Salvador an einem Punkt seiner Entwicklung angelangt ist, wo Herstellung der Demokratie und soziale Revolution nicht mehr trennbar sind.

Die Opposition entfaltet eigenständige Außenpolitik

Aus dieser Einschätzung heraus haben die Volksorganisationen sofort nach Bildung der FDR eine breit angelegte diplomatische Offensive gestartet. Wie ernst sie diese Arbeit nehmen, drückten die in Berlin zum Bundestreffen der El Salvador-Solidarität delegierten Genossen der europäischen Vertretung der FDR in Brüssel und Madrid aus, indem sie ihre Arbeit im Ausland als 'externe Front des Befreiungskampfes' bezeichneten.

In diesem Zusammenhang kommt den Solidaritätsbewegungen eine wachsende Verantwortung zu. Es wird ihre Aufgabe sein, die Erfolge der diplomatischen Aktivitäten der FDR-Delegationen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und praktische Solidarität in Politik umzusetzen.

Die Gegenseite wiederum entwickelt gleichzeitig eine ähnliche diplomatische Offensive und versucht, die drohende Isolierung - im Innern längst

besiegelt - abzuwehren. So bot sich in den letzten Wochen oft das Schauspiel, daß die Delegationen der Junta und der FDR sich manche Türklinke in Partei- und Regierungsbüros in die Hand gaben. Der Erfolg der FDR zeigte sich darin, daß kaum jemand ein Interesse daran hatte, den Besuch von so hohen Gästen wie Juntamitglied Napoleon Duarte, Innenminister Delgado oder Präsidentschaftsminister Alvergue an die große Glocke zu hängen. Ausnahme war da die CDU - aber diese Partei hat ja eine lange Tradition im freundschaftlichen Umgang mit Militärdiktaturen.

Ende Juni trafen sich in Mexiko die fünf diplomatischen Delegationen der FDR und zogen eine Bilanz ihrer Verhandlungen, die sie in insgesamt 20 lateinamerikanischen und europäischen Ländern geführt hatten.

Diese Bilanz ist eindeutig positiv, am sichtbarsten wird das in der Unterstützungserklärung durch die sozialdemokratische Sozialistische Internationale und durch die offene Unterstützung, die die FDR durch die mexikanische PRI erhält.

Auf der Konferenz in Mexiko schätzte die FDR eic, daß jetzt die ersten Voraussetzungen geschaffen seien für eine internationale Anerkennung nicht nur der FDR als Repräsentantin des Volkes von El Salvador, sondern auch der Legitimität des bewaffneten Kampfes. Die FDR geht in dieser Frage sehr offensiv vor und läßt keinen Zweifel daran, daß sie selber als politisches Bündnis aller oppositionellen Gruppen und die DIRECCION REVOLUCIONARIA UNIFICADA als gemeinsames Führungsorgan der politisch-militärischen Gruppen zwei Ausdrücke einer organischen Einheit bilden.

Die FDR geht von der Einschätzung aus, daß die USA zu einer offenen militärischen Intervention bereit sind. Ob es tatsächlich dazu kommt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es den USA gelingt ein solches Unternehmen durch die OAS oder den Andenpakt absegnen zu lassen und damit ihr politisch-moralisches Risiko zu senken.

Genau hier liegt die entscheidende Bedeutung der außenpolitischen Offensive der FDR: die Regierungen zumindest zu einer neutralen Haltung zu zwingen. Von den Solidaritätsbewegungen, vom praktischen Internationalismus in allen entscheidenden Ländern wird es abhängen, ob der Druck auf die Regierungen stark genug ist. Und die Bundesrepublik Deutschland, als eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte in fast allen lateinamerikanischen Staaten, ist ein entscheidendes Land...

Eine Linie, eine Leitung: die DRU

Die Bildung der Direccion Revolucionaria Unificada am 22. Mai war mehr als ein organisatorischer Schritt. Sie ist Ergebnis eines langen politischen Prozesses. Schon im Dezember 79 hatte sich zwischen der FPL (Volksbefreiungskräfte), der POS (Kommunistische Partei) und der FARW (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstandes) eine politische und militärische Koordination gebildet. Die ERP (Revolutionäres Volksheer) war daran noch nicht beteiligt.

Diese Koordination zwischen den Avantgardeorganisationen schuf die Voraussetzung für den Einigungsprozess unter den verschiedenen demokratischen und revolutionären Massenorganisationen, der sich zunächst in der Bildung der Coordinadora Revolucionaria de Masas und später in der Frente Democratico Revolucionario ausdrückte.

Der breite Widerhall, den diese Einheitsfront im Volk fand, verstärkte seinerseits die Dynamik des Vereinheitlichungsprozesses zwischen den politisch-militärischen Organisationen.



Eine Gruppe von Basern, die sich zu einer Übung der Milicia Popular getroffen haben

Es ist ein Zeichen der Reife des politischen Bewußtseins der Volksbewegung in El Salvador, daß nicht der Versuch gemacht wurde, durch organisatorische Maßnahmen der Avantgarden zur Einheit zu kommen, sondern in dem beschriebenen Prozess der Dialektik von politischer Mobilisierung der Massen und Diskussion/Koordination unter den Organisationen. Nur so gelang es, zu einer Einheit zu kommen, die wirklich tragfähig ist. Die Direccion Revolucionaria Unificada schließt jetzt einerseits das ERP mit ein, vollzieht andererseits den Schritt von der Koordination zur Vereinigung:

"Es wird in Zukunft eine einzige Leitung, eine einzige militärische Planung, ein einziges Oberkommando und eine einzige Linie der nationalen wie der internationalen Politik geben."
(Manifest der DRU vom 22.5.)

Der Bürgerkrieg hat schon lange begonnen

Die Zahl der Ermordeten stieg nach der 'Agrarreform' sprunghaft an (Januar: 265, Februar: 236, März: 487, April: 480, Mai: 597 - nach Daten der Menschenrechtskommission). Der Übergang von der selektiven Repression zu der Auslöschung ganzer Dörfer und die ständige Präsenz des Militärs allerorten hat zu großen Flüchtlingsströmen in die Hauptstadt und über die Grenzen des Landes geführt. Über 6.000 Familien leben in den Bergen verstreut, viele ziehen sich in die 'neutrale Zone' zwischen El Salvador und Honduras zurück, in der Hoffnung, den militärischen Übergriffen zu entgehen. Andere versuchen, mit Booten nach Guatemala zu entkommen. Nach neuesten Meldungen wandern Salvadorianer über Mexiko illegal in die USA ein. Nach Angaben der honduranischen Einwanderungsbehörde sind 4.500 Salvadorianer nach Honduras geflüchtet, eine Zahl, die Honduras mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr bewältigen könne.

Dies führt zu einer besonders drastischen Lage in den Grenzregionen. Weder Guatemala noch Honduras sind an der Aufnahme politischer Flüchtlinge interessiert. In den letzten Wochen hat eine enge Zusammenarbeit zwischen dem salvadorianischen und honduranischen Militär stattgefunden, obwohl sich die beiden Armeen immer noch de jure im Kriegszustand befinden. Das Hauptanliegen El Salvadors bei den Verhandlungen mit Honduras war in letzter Zeit, den Abzug der in der Pufferzone stationierten OAS-Truppen zu erreichen, da dadurch eine Steigerung der Effizienz der salvadorianischen Counter-Insurgency-Truppen erreicht werden könne. Nicht nur das Militär, auch die honduranischen paramilitärischen Gruppen, die oft in Verbindung mit Somozas Ex-Nationalgarde agieren, unterstützen die salvadorianischen Repressionsorgane. Ebenso verkündete die guatemalteckische Polizei, daß auch sie ihre Aktionen mit denen des salvadorianischen Heeres koordinieren werde. Sowohl honduranisches als auch guatemalteckisches Militär wurde auf salvadorianischem Territorium beobachtet, wie es sich an dort stattfindenden Säuberungsaktionen beteiligte.

Die Einigung der Militärregimes ist ein Glanzstück der US-Diplomatie, nicht zuletzt um die eigene offene Intervention umgehen zu können.

Die indirekte Intervention

Im Januar hatte der US-Beauftragte für die Region, Bowdler, die Einrichtung eines 'cordon sanitaire' mit den Militärs in Honduras und Guatemala vereinbart. Laut FAZ vom 5.7. 1980 wollen die USA "nicht allein in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Staat militärisch intervenieren" und haben "den Andenkompakt zur Aufstellung einer Schutztruppe gewonnen." Die z.Zt. schon in Guatemala stationierte und von den USA bezahlte "Friedensarmee" soll um 5000 Söldner auf 25.000 Mann erweitert werden. Die Söldner werden auf dem Landgut des Chefs der guatemalteckischen rechten Terrororganisation 'Nationale Befreiungsbewegung', Mario Sandoval Alarcon, ausgebildet. Das Hauptkontingent sollen Venezuela und Kolumbien stellen, die jetzt schon die Junta mit Waffen und Munition unterstützen. Diese 'Friedenstruppe' muß als Verstärkung der schon entlang der Grenze stationierten Ex-Nationalgarde Somozas angesehen werden, deren Zahl in Honduras ca. 4.000, in Guatemala ca. 3.000 beträgt und die direkt den regulären Armeen unterstellt sind. Nach Aussage von Roger Fontane, einem Berater Ronald Reagans, "wird es bis zu den Wahlen weder in El Salvador noch sonstwo eine US-Intervention geben". Natürlich kann man sich fragen, ob die horrenden Summen an 'Entwicklungs'- und Militärhilfe (seit dem Putsch bislang 11,5 Mill. Dollar, teils schon gewährt, teils geplant), die Entsendung eines Army Mobile Training Teams, und die Finanzierung einer Armee von 25.000 Söldnern nicht einer direkten Invasion gleichkommt.

»Operation Eiserne Zange«

Das bislang grausamste Dokument der Zusammenarbeit ist die 'Operation Eiserne Zange', eine Anfang Mai großangelegte Offensive, in deren Rahmen die östlichen und nordöstlichen Grenzprovinzen von La Unión bis Chalatenango mit einem Großaufgebot von Heer, Polizei und Paramilitärs von Süden her aufge-

rollt wurden. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht und die Bauern an die honduranische Grenze getrieben. In der Grenzstadt Jicaró in Chalatenango wurden in einem zehnstündigen Massaker hauptsächlich Frauen, Kinder und Alte gefoltert und, zum Teil aus der Luft mit US-Hubschraubern, ermordet. Diejenigen, die den Grenzfluß Rio Sumpúl überqueren wollten, wurden noch während des Massenmordes von der honduranischen Armee beschossen und wieder zurückgetrieben und von salvadorianischem Militär getötet. Die honduranische Armee hatte schon am Vortag an der Grenze Stellung bezogen. Die Zahl der angegebenen Toten schwankt zwischen 300 und 600.

Um die internationalen Anschuldigungen zu widerlegen, organisierte die Junta zwei Wochen später einen Hubschrauberausflug mit Journalisten, wo ihnen aus der Luft gezeigt wurde, daß es ein solches Massaker nie gegeben habe.



Manchmal werden die Flüchtlinge von Volksmilizen eskortiert...

Nach Zeugenaussagen zweier salvadorianischer Flüchtlinge in Managua hat in dem Dorf Cara Sucia an der Grenze zu Guatemala das bisher größte Blutbad stattgefunden. 5000 Salvadorianer, die in Booten nach Guatemala flüchten wollten, seien ermordet worden. Cara Sucia war einer der Orte gewesen, in denen die FPL einige Wochen zuvor einen Anschlag auf Posten der Guardia Nacional unternommen hatten. Die militärischen Aktionen lassen darauf schließen, daß an der "zur Befriedung des Landes notwendigen Auslöschung von 500.000 (in Worten: fünf-hundert-tausend) Salvadorianern", wie Oberst Alvaranga und Oberst Iraneta im Januar geäußert hatten, gearbeitet wird.

Der Generalstreik

Für den 24. und 25. Juni rief die revol. Koordination der Massen (CRM) das salvadorianische Volk zu einem landesweiten Generalstreik auf. Es gelang, nationale Radiosender zur Verbreitung des Aufrufs kurzzeitig zu besetzen. Mit dieser zweitägigen Stilllegung des gesamten Wirtschaftslebens sollte die Junta unter Druck gesetzt werden, den Ausnahmezustand aufzuheben, der seit dem 6. März bereits dreimal verlängert worden war. Weitere Ziele des Streikaufrufs waren: Ein Ende der militärischen Besetzungen der Betriebe, welche auf die starken Streikbewegungen der vorangegangenen Wochen erfolgt waren; Anerkennung des Streikrechts, Freilassung mehrerer politischer Gefangener, vor allem die des ehemaligen Erziehungsministers Salvador Samayoa und des Sohns eines Mitglieds der Junta, Antonio Morales Ehrlich; Abbruch der imperialistischen Intervention im Land, sowie die Zulassung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung. Der Streik sollte zeigen, hinter wem das Volk steht, was das Volk vom Regime denkt, das in einer "diplomatischen Offensive" in aller Welt verkünden läßt, daß seine Reformen den Linken die Fahnen geraubt hätten.

Erst zwei Wochen zuvor war in El Salvador eine Gewerkschafts-Koordination gebildet worden, die alle linken Gewerkschaften einschließt. So war ein Ziel des Generalstreiks auch, die Stärke dieses neuen Gewerkschaftsblocks zu demonstrieren und gleichzeitig eine Art Generalprobe für die völlige Lähmung des Landes im Vorfeld zur endgültigen Offensive durchzuführen. Im Streikaufruf stand zu lesen: "Dieser Streik wird größer sein als alle vorangegangenen. Er wird die Junta noch mehr ruinieren, wird sie noch mehr isolieren. Und er wird vor allem der Beginn einer Kette von Aktionen sein, die im nationalen Aufstand ihren Höhepunkt haben werden. Er bedeutet also kein Startsignal für einen Aufstand, sondern einen wichtigen Schritt zur totalen Mobilisierung der Bevölkerung. Er dient der Vorbereitung, noch nicht der Durchführung der Schlussoffensive." Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich an den beiden Streiktagen nicht in den Straßen zu zeigen, weil eine brutale Repression zu erwarten war. Die Junta reagierte auf die Streikankündigung mit scheinbarer Gelassenheit: "Ein verzweifelter Mittel der Linken" hieß es aus dem Präsidentenpalast. Gleichzeitig wurde jedoch die Zusammenziehung von noch mehr Truppen in der Hauptstadt vorangetrieben. 24 Stunden vor Beginn des Streiks haben schwer bewaffnete Militäreinheiten in den Straßen der Hauptstadt Stellung bezogen und Sperren errichtet. Auf den Zufahrtsstraßen werden alle Fahrzeuge eingehend durchsucht. Die militärische Besetzung von Betrieben wurde angedroht, weil "die Arbeiter ein Recht auf Arbeit haben", und weil die Koordinatorin dieses Menschenrecht verletzen wolle. Oberst Gutierrez, Mitglied der Regierungsjunta, forderte die Salvadorianer auf, an ihren Arbeitsplätzen zu erscheinen, und drohte, die Regierung würde die Beamten der Militärgerichtsbarkeit unterstellen, wenn die öffentlichen Dienste bestreikt würden.

Der erste Tag des Generalstreiks wurde zu einem vollen Erfolg. Die Hauptstadt San Salvador war lahmgelegt. Die beiden großen Busbahnhöfe, Banken, Handel, Müllabfuhr, private und öffentliche Schulen und sämtliche Fabriken befanden sich in totalem Ausstand. Schätzungen beliefen sich auf 200 000 Industriearbeiter und 80 000 Beschäftigte in Firmen und Ämtern, die ihren Arbeitsplätzen

fernblieben, sodaß man von einer 90%igen Befolgung des Streikaufrufs sprechen konnte. Die Bevölkerung hielt sich in ihren Wohnungen auf, organisiert in Volkskomitees, während die Guerillaorganisationen Milizen zur Selbstverteidigung in den einzelnen Stadtvierteln gebildet hatten. Auch die Informationen aus den Regionen des Landes bestätigten das Bild in der Hauptstadt weitgehend: In Chalatenango, einem Gebiet, das seit Wochen hermetisch abgeriegelt war, wurde der Ausstand vollständig befolgt.

Die erdrückende Militärpräsenz in der Hauptstadt und vor allem in den Vororten vermittelte den Eindruck einer Besetzung. Armeechef Gutierrez drohte in einer Radioansprache: "Wenn die Linke den Krieg will, kann sie Krieg haben." Die Militärs und paramilitärischen Truppen warteten offensichtlich darauf, ein Blutbad inszenieren zu können. Obwohl am Morgen in der Nähe der Nationaluniversität Schießereien zu hören waren und in Mejicanos und Cuscatlan fünf Jugendliche erschossen wurden, als sie Barrikaden errichteten, entwickelten sich keine größeren bewaffneten Auseinandersetzungen. Ein Mitglied des "revolutionären Volksblocks" (BPR) erklärte dazu: "Da der Ausstand total befolgt wird, sind Aktionen, die das Leben unserer Genossen gefährden würden, nicht nötig."

Auch am zweiten Streiktag blieb das wirtschaftliche Leben lahmgelegt. Militärpatrouillen blieben weiterhin postiert, doch nicht mehr in der massiven Weise wie am Vortage. Zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam es nicht.

Alberto Ramos, Generalsekretär der "Vereinigten Aktionsfront des Volkes" (FAPU), stellte die Vermeidung bewaffneter Auseinandersetzungen während des Streiks als Strategie der Volksorganisationen dar: "Oberst Gutierrez hatte behauptet, die Organisationen der Linken könnten nur durch Gewaltanwendung überleben. Das Volk zeigt die Unsinnigkeit seiner Argumentation und die hohe Organisationsfähigkeit der Bevölkerung." Weiterhin erklärte er: "Der Streik hat die Junta im Lande isoliert, die sich nur noch mit US-amerikanischer Hilfe über Wasser halten kann." Andererseits war aus der Botschaft der USA in San Salvador zu hören, daß der Erfolg des Streiks auch hier zu einer "Neubesinnung" über die Lage in El Salvador geführt habe. Aus den gleichen Informationsquellen war die "bittere Klage" darüber zu hören, mit den Organisationen der Linken keinen Dialog beginnen zu können, da diese den Abbruch der nordamerikanischen Militärhilfe an die Junta zur Vorbedingung stellen.

Der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, äußerte in einem Radiointerview zu dem Streik, daß die Massenbewegung zugenommen und das Volk den Streik unterstützt habe. Von Seiten der Junta dagegen wird behauptet, viele Arbeiter wären infolge von Einschüchterung durch Linke von ihrer Arbeit abgehalten worden.

Militär stürmt die Universität

Am ersten Tag nach dem erfolgreichen Generalstreik besetzten in einem massiven Gegenschlag schwerbewaffnete Polizei- und Militäreinheiten die Nationaluniversität von San Salvador und das benachbarte Viertel La Fosa. Nach Berichten von ausländischen Journalisten, denen es auch gelungen war, Film-, Foto- und Tonbandaufnahmen zu machen, gestalteten sich die Ereignisse folgendermaßen:

Um 10:45 drangen Panzer und 50 bis 100 mit G 3-Gewehren bewaffnete Militärs in das Viertel La Fosa ein. Ein Helikopter kreiste über den Häusern und der Universität. Das Wohnviertel wurde beschossen, wobei nach Angaben von Bewohnern 25 Personen ums Leben kamen. Den Journalisten wurde anschließend von Militärs ein G 3-Gewehr und einige Kontaktbomben gezeigt, die angeblich in dem Viertel gefunden worden seien. Eine halbe Stunde später riegelten Polizei- und Militäreinheiten von mehr als 300 Mann mit Unterstützung von Panzern das Universitätsgelände ab und überrollten die Eingänge des Campus. Gerade zu diesem Zeitpunkt war in der Universität eine Pressekonferenz mit Spitzen der Volksorganisationen, die den Streik geführt hatten, im Gange. Über zwei Stunden hämmerten ununterbrochen Schüsse auf die Gebäude der verschiedenen Fakultäten ein. In- und ausländische Journalisten waren Zeugen und gleichzeitig Betroffene. Im Innern verhandelten die Journalisten telefonisch mit der Regierung, um dieser Garantien für das freie Geleit der Anführer der Massenorganisationen abzurufen. Auch vom Erzbischofsamt wandte sich eine Kommission an die Regierung, um sich für die Sicherheit der in der Universität eingeschlossenen einzusetzen. Nachdem die Militärs um 1:30 das Feuer eingestellt hatten, unterzogen sie Hunderte von Studenten und Professoren minutiösen Untersuchungen. Nach unersichtlichen Kriterien wurden sodann ein paar Hundert abgesondert und auf Lastwagen verladen. Es ist noch unbekannt wieviel unter ihnen inzwischen wieder freigelassen wurden. Unter vorgehaltenen Gewehren wurden vom roten Kreuz Hunderte von Studenten aus der Gefahrenzone herausbefördert.

Angesichts des massiven Aufmarschs hielt sich die Zahl der Todesopfer erstaunlicherweise in Grenzen, es finden sich Angaben von 13 bis 50. Die Nationalgarde sprach von einem Verletzten in den eigenen Reihen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage eines Armeeeoffiziers, der meinte, es wären Sondereinheiten der Armee gesandt worden, um die Nationalgarde vor etwaigen Übergriffen abzuhalten. Diese Version könnte daraufhin deuten, daß nicht alle Befehlshaber der verschiedenen Abteilungen des Heeres mit der Aktion einverstanden gewesen waren. Es ist das erste Mal seit 6 Jahren, daß in das als autonom geltende Universitätsgelände Polizei eingedrungen ist. Für die politischen Gruppen war die Universität wichtiger Treffpunkt und Diskussionszentrum gewesen.

Sprecher der Regierungsjunta erklärten, es habe sich nicht um eine "Besetzung" der Universität gehandelt, sondern um eine "Registrierung der universitären Einrichtungen". Militärs berichteten über die Entdeckung von Massengräbern mit über 300 Leichen, die angeblich die sterblichen Überreste von Guerillas und anderen in diesem Jahr getöteten Oppositionsmitgliedern seien. Darüberhinaus erfuhr man von ausgemauerten unterirdischen Tunnels, einer geheimen Druckerei, Waffen und Propagandamaterial.

Gegendarstellungen gab der Rektor der Universität, Ulloa. Die Durchsicherung der Universität bezeichnete er als einen völligen Fehlschlag. Entgegen den Hoffnungen der Militärs seien keine Waffen gefunden und es sei bei den Tunnels handele es sich um einfache Abwasserkanäle. Die Massengräber seien nichts anderes als die für hauswirtschaftliche Arbeiter benötigten Leichen, die in Reichscharnhaus der Universität aufbewahrt würden. Auch die übrigen Meldungen der offiziellen Kreise seien Propaganda, wie in jedem Land, in dem die Repression wütet, sagte der Rektor.

Berichte von Zeugen in El Independiente

- Die Zeugen beziehen sich hauptsächlich auf die amtlichen Meldungen, die die Guerilla betreffen.

- Eine Frau :

"Wir wissen nicht genau, wieviel Leute gestorben sind in dieser Gegend, aber dauernd tauchen massenweise Tote auf, fast immer einfache Bauern, die für diejenigen bezahlen, die die Guardias töten. Die Guardias kommen in großen Gruppen, wenn die 'muchachos' (gemeint ist die Guerilla) schon längst aus der Gegend weg sind. Und dann bringen sie die einfachen Bauern um, die in ihren Häusern bleiben müssen. Sie rauben und sie vergewaltigen die Frauen, schlagen die Kinder. Sie bringen es nicht fertig, die Revolutionäre zu fangen, aber sie müssen ihren Offizieren irgendwelche Neuigkeiten bringen, und so töten sie die Bauern."

- Ein Landarbeiter :

"In Chalate waren viele grausame Militäroperationen, wo hunderte von Bauern umkamen und viele Häuser verbrannt wurden. Sie haben Mädchen ab 11 Jahren vergewaltigt und machen alle möglichen Barbareien unter dem Vorwand des Verdachts der Subversion. Wir, die wir die Wahrheit über Chalatenango kennen, wissen wie die Kämpfe zwischen Guardias und Revolutionären sind. Und wir verstehen nicht, wie dann immer in den Zeitungen steht, daß zwei oder drei Guardias verwundet wurden. Aber sie sagen nichts von den dutzenden Uniformierten, die auf den Landstraßen zurückbleiben. Ein Mädchen hat mir erzählt, daß sie sich hinter einem Stein verstecken konnte und sah, wie die Guardia aus einem Lastwagen Kleider holte und die Soldaten auszog und ihnen Zivilkleider anzog. Dann kam die Nachricht, daß 50 Subversive getötet worden seien. Aber ich weiß nicht, wen sie damit betrügen wollen, denn einige Nachbarn von mir sind schon weggegangen und haben sich der Guerilla angeschlossen. Naja, das ist das, was man dort sagt."

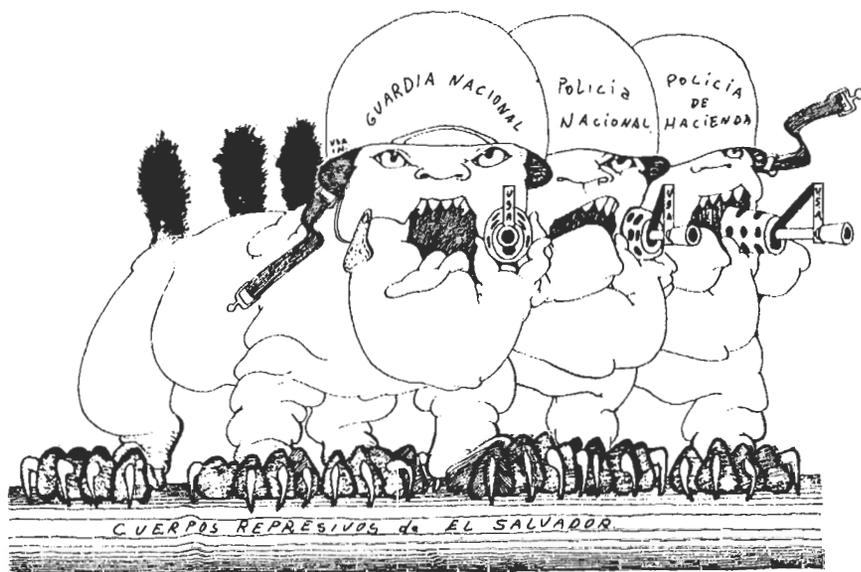
- Zu den Zeitungsmeldungen :

"Das was die Zeitungen hier schreiben, ist solch ein Unsinn, daß es niemand glauben kann. Zum Beispiel sagen sie, daß ein Konvoi von Guardias oder Polizisten in einen Hinterhalt geraten ist, und dabei wurden nicht nur Gewehre, sondern auch Explosivstoffe benutzt, die, das sagen sie selber, das Fahrzeug zerstört haben. Zwei Guardias, so sagen sie, seien verletzt worden und 50 Subversive getötet. Wie ist das möglich, daß bei einem Hinterhalt, bei dem das Fahrzeug zerstört wurde, nur zwei leicht verletzt wurden. Das würde bedeuten, daß wir ein unbesiegbares Heer haben von Supermännern, daß nicht einmal ein Hinterhalt, der ja eine Überraschung ist, ausreicht, daß jemand getötet wurde. Die Subversiven dagegen, die den Ort aussuchten und den Explosivstoff, von denen sterben 50 und der Rest flieht blindlings. Und sie lassen alles zurück, Waffen, sogar die Chemikalien mit denen sie den Sprengkörper herstellten, dort, am Ort des Zusammenstoßes."

- Eine 35jährige Frau über ihren verletzten Sohn. Es wurde oft berichtet, daß Napalm verwendet wird. Es gibt bisher noch keine Zeugenaussage die das beweist. Es scheint, daß Phosphorbrandbomben verwendet werden oder anderes, napalmähnliches Material, den Wirkungen gemäß, die die Bauern beschreiben :

"Ich habe ein Kind in einem Krankenhaus in San Salvador. Aber ich kann den Namen nicht nennen, weil sie mir haben ausrichten lassen sie würden es umbringen, auch im Krankenhaus. Mein Junge kennt den Nachnamen von einem der Leutnants, die bei dem Massaker in Verpaz dabei waren, und auch von einigen Guardias. Er war immer in der Nähe der Kaserne. Er hörte auch, als der Chef der Guardia von San Vicente den Oberbefehlshaber anrief und um Helikopter oder Flugzeuge bat ...

Dreimal schossen sie in dieser Region auf uns. Einmal warfen sie etwas, das machte, als es auf dem Boden aufkam, ein fast weißes Licht und verbreitete den Geruch von verbranntem Benzin. Mein Sohn war an dem Ort, wo eine der Bomben explodierte und erlitt Verbrennungen, von denen die Ärzte sagen, daß es schlimm sei und er aufpassen müsse und viel Behandlung brauche ... Sie sagen, sie würden die Luftwaffe nicht einsetzen, aber das was fliegt, das ist doch die Luftwaffe, oder?"



Bolivien

Neue Hoffnungen für Bolivien

Der erste Würfel ist gefallen. Das bolivianische Volk ging am 29. Juni - trotz massivster Terrorisierung durch die ultrarechten Militärs - zum 3. Male innerhalb von 7 Jahren an die Wahlurnen. Die hohe Wahlbeteiligung war eine eindeutige Absage an die Adresse der obersten Führung der Streitkräfte, die eine Wahlverschiebung um mindestens 1 Jahr forderte. Eine Erpressung ohnegleichen, deren Antwort jetzt - in Form der Wahlergebnisse - unmißverständlich vorliegt. - Eine Lösung für die Zukunft des Landes also? Der politische Horizont ist dunkel wie zuvor, Spekulationen laufen auf Hochtönen: ein neues El Salvador, ein (noch) brutaleres Chile oder aber eine friedliche parlamentarische Lösung???

VORLÄUFIGE WAHLERGEBNISSE

Die Wahlauszählung begann mit der Anekdote am Rande: die große Neuheit, die zum ersten Mal eingesetzten Computer, konnten nicht zum Funktionieren bewegt werden, so daß man auch diesmal mindestens bis Mitte Juli auf die endgültigen Wahlergebnisse warten muß. Dennoch ist kaum zu erwarten, daß sich noch eine starke Veränderung der bisherigen Konstellationen ergibt; eindeutiger als im vergangenen Jahr siegte die "Nationale Volksbewegung" (UDP), deren legendärer Führer -Hernan Siles Zuazo- nun vielleicht doch endlich als Präsident im Palacio Quemado einziehen kann. Mit 40% hat die UDP zwar nicht die erforderliche absolute Mehrheit erreicht, liegt damit aber weit über den erzielten Stimmanteilen der anderen angetretenen Wahlbündnisse. Das von einigen erwartete Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Siles Z. und Paz Estenssoro fiel diesmal aus, sodaß einer der größten Konflikte der letzten Wahlergebnisse so nicht mehr existiert. Der berüchtigte Paz E. fiel mit seiner neu formierten MNR-Allianz von über 30% auf knappe 20% zurück. Dies bedeutet nicht zwangsläufig das langsame Ende des bolivianischen Populismus, son-

dern zeigt eher, daß die Beteiligung von Paz E. am Novemberputsch noch nicht vergessen wurde. Bei den Koalitionsverhandlungen wird er noch eine wichtige Rolle spielen, da er immerhin nach der UDP die stärkste politische Kraft repräsentiert. Überraschend gut hat der Ex-Diktator Banzer in den Städten abgeschnitten. In seiner ersten Euphorie ließ er verkünden, daß er der wahre Präsident sei und "die einzige politische Kraft, die Bolivien auf einem Weg des Friedens, der Ordnung und der Arbeit führen" könne. Was das im Klartext heißt, ist bekannt genug. Inzwischen ist Banzer mit seiner "National-Demokratischen Aktion" (ADN) wieder unter die 20%-Grenze gefallen, weil jetzt auch die ersten Ergebnisse des Landesinnern vorliegen. Wütend hat er sich "aus der Wahlauszählung zurückgezogen" und läßt durchblicken, daß er seine "Demokratie" notfall mit Panzern verwirklichen kann. Angeblicher Wahlbetrug und die "internationale kommunistische Verschwörung" müssen wieder herhalten; der Beweis seien die Glückwunschtelegramme der "linksradikalen Extremisten" Willy Brandt und Felipe Gonzalez an die UDP (s. Interview von El Pais mit Banzer).

Ein weiterer Unterschied zu den Wahlen des Vorjahres liegt im Stimmenzuwachs der kleinen Sozialistischen Partei (PS-1), die mit fast 10% die einzige bedeutende linke Partei außerhalb der UDP ist. Ihr Führer, der als brillanter Intellektueller bekannte Marcelo Quiroga, hat erklärt, daß er im Notfall die UDP unterstützen werde. Damit hatte die gemäßigte Linke fast die absolute Mehrheit, zumal man auch damit rechnet, daß die "Revolutionär Authentische Partei" (Mitte) von Guevara Arze im Kongreß für den Präsidentschaftskandidaten der UDP stimmen wird. - Womit man schon mitten im Dschungel der Koalitionsspekulationen steckt.



Das Oberkommando der Streitkräfte bei der Verkündung ihrer Forderung, die Wahlen um 1 Jahr zu verschieben.

Stunde der Linken oder gefesselter Prometheus??

Zunächst spiegelt sich in den Wahlergebnissen auch diesmal die starke geographische Zweiteilung Boliviens wider: das dichtbesiedelte Hochland mit seinen Tälern gegen die erst später kolonialisierten Departements des Ostens. Die Stimmpolarisation ist jedoch eindeutiger als zuvor und entwickelte sich auf Kosten von Paz E.; wird er die Niederlage verschmerzen und zur Bannung der Putschgefahr die UDP unterstützen oder wird er an der Seite Banzers das rechte Lager stärken? Paz E. hat schon für viele Überraschungen gesorgt. Selbst wenn er - was zunächst unmöglich erschien - die UDP im Kongreß unterstützen wird, so bleibt er doch ein unberechenbarer Koalitionspartner, dessen Entscheidungen sich immer nach opportunistischen Kalkülen richteten.

Andererseits wäre die UDP nicht unbedingt auf die Unterstützung von Paz E. angewiesen; zusammen mit der Sozialistischen Partei 1, der Neuen Alternative von Siles Salinas, der PRIN-Allianz des Gewerkschaftsführers Lechin O. und der PRA von Guevara Arze könnte sie eine stabile Mitte-links Regierung bilden.

Das größte Fragezeichen bleiben nach wie vor die Militärs. Die Wahlen haben die Putschgefahr nicht gebannt, sie haben den Militärs nur gezeigt, daß trotz ihrer permanenten Androhungen, Bombenschläge etc., die bolivianische Bevölkerung sich nicht einschüchtern ließ, sondern verstärkt für die UDP stimmte. Was wird nur aus der Drohung der Militärs, den UDP-Sieg nicht anzuerkennen; werden sie die Schlappet erst einmal einstecken und darauf hoffen (und auch dafür sorgen), daß die UDP keine funktionierende Regierung zustande bringt oder holen sie aus zum großen Schlag und riskieren den Bürgerkrieg?

Die UDP ihrerseits, zwar stärkste Partei, hat es schwer, richtige Entscheidungen zu treffen. Koaliert sie mit der Sozialistischen Partei, muß sie damit rechnen, die Situation auf die äußerste Spitze zu treiben. Marcelo Quiroga ist mit Abstand der größte Feind der Streitkräfte; im "Plan der langen Messer" steht er mit an erster Stelle. Koaliert die UDP mit der MNR von Paz E., muß sie mit Widerstand aus den eigenen Reihen rechnen und mit einem eventuellen Bruch des eigenen Bündnisses. Andererseits muß sie sich selbst gegen die ständigen Drohungen der Militärs wehren, die schon seit längerem auf die Karte Chaos setzen. So wurden im ganzen Land Pamphlete mit einer gefälschten UDP-Unterschrift verteilt, die ankündigen, daß die UDP jetzt nach dem Wahlsieg "alles verstaatlichen und die Kirchen verbrennen" werde.

Der Vizepräsidentschaftskandidat der UDP, Jaime Paz Zamora (MIR), liegt immer noch an den Folgen eines Attentats in einer Washingtoner Spezialklinik (sh. LN83). Mehr Glück hatte Siles Zuazo, als er auf der letzten großen Wahlveranstaltung (3Tage vor den Wahlen) in La Paz einem Bombenattentat nur knapp entkam. Zwei Tote und über vierzig Verletzte waren die traurige Bilanz.

In Santa Cruz waren die Vorwahlwochen von einer bürgerkriegsähnlichen Situation gekennzeichnet, die ebenfalls die Militärs verschuldeten, aber nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Zusammen mit der Falange besetzten sie die Präfektur, das amerikanische Konsulat, den Wahlgerichtshof und das lokale Gewerkschaftsbüro. Der Präfekt Walter Pereira Anez wurde angeschossen und das Kokain-Archiv verbrannt (!). Erstaunlich war das Verhalten der Bevölkerung, die den sofortigen Widerstand organisierte und mit Steinen und Stöcken gegen die Paramilitärs vorging. Ein Toter und fünf Verletzte gingen auch hier auf das Konto der putschsüchtigen Militärs.



linkes Bild: Marcelo Quiroga Santa Cruz, Führer der Sozialistischen Partei



rechtes Bild: Jaime Paz Zamora, Vizepräsidentschaftskandidat der UDP. Das erste Foto nach dem Attentat, bei dem er Verbrennungen dritten Grades erlitt.

Der geplante Putsch konnte noch einmal durch den Widerstand der Bevölkerung verhindert werden.

Am 23. Juni organisierten die "Komitees zur Verteidigung der Demokratie" (CONADE) im ganzen Land Demonstrationen, um gegen das von den Militärs in allen Teilen Boliviens verursachte Chaos zu protestieren.

Jetzt, nachdem das Wahlergebnis sich trotz eines Zuwachses von Banzers ADN eindeutig gegen die Rechte richtet, ist damit zu rechnen, daß die Militärs die "Argentinisierung" (sh. LN 81) vorantreiben werden, um endlich einen Putschvorwand zu finden. Es gibt eindeutige Beweise, daß argentinische "Experten" diesen Prozeß mitunterstützen, d.h. an den Folterungen der jüngsten Zeit beteiligt sind, und alle verwendeten Bomben argentinischen Ursprungs sind.

Interview mit Banzer

Auszüge aus einem Interview der spanischen Zeitung El Pais (v.6.7.80) mit dem bolivianischen Ex-Diktator Hugo Banzer S.

- F: General Banzer, glauben Sie, daß es einen neuen Putsch geben wird?
- B: Nun, seit einigen Monaten zirkulieren viele Gerüchte, aber es ist nichts geschehen (...). Ich sehe im Moment keine Möglichkeit eines Putsches.
- F: Einige Militärführer haben wiederholt, daß sie keine linksgerichtete Regierung in Bolivien akzeptieren werden. Denken Sie auch so?
- B: Ich respektiere natürlich die Meinung der aktiven Militärs. Tendenziell bin ich gegen jede Art von linker Politik, und ich wünsche nicht, daß das Land von der extremen Linken regiert wird. (...)
- F: Und wenn die Bolivianer diese Linke gewählt haben, oder Gruppen, die sie vertreten, und diese Wahlen gewinnen?
- B: Dann sind sie betrogen worden. (...)
- F: General, welches ist ihre Ideologie?
- B: Das habe ich während 7-jähriger Regierungszeit zu erkennen gegeben.
- F: Wie sind Ihre Beziehungen zu General Garcia Meza?
- B: Meine Beziehungen sind zu jedem Mitglied der Streitkräfte freundschaftlich (...), wie die eines Familienmitglieds.

F: Glauben Sie, daß Banzer der nächste Präsident Boliviens sein kann?

B: Warum nicht? Wenn nicht diesesmal, dann ein andermal (...) Das was mich am meisten interessiert ist, daß es nicht zu einem Wechsel in ein sozialistisches System kommt

(...)

F: Sie glauben, daß die UDP von außen gelenkt wird?

B: Ich glaube ja, und zwar nicht nur ideologisch, sondern auch finanziell. Gestern gab es zwei sehr deutliche Glückwünsche zum Sieg der UDP von deren Geldgebern.

F: Sie meinen Willy Brandt und Felipe González?

B: Sehen Sie in der Presse nach.

F: Sie halten die Sozialistische Internationale für eine extremistische Bewegung?

B: Jawohl.

F: Falls es zu einem erneuten Putsch durch die Streitkräfte käme, würden Sie ihre Kameraden unterstützen oder würden Sie die Wahlergebnisse respektieren?

B: Die Position meiner Partei ist eine Sache. Meine persönliche Position als Militär ist eine andere. Wenn die Streitkräfte meine Dienste wünschen, müßte ich sie leisten, aber das ist nicht der Fall.

(...)

F: Welche Regierungsformen bevorzugen Sie, die des Andenpaktes oder die des südlichen Horns?

B: Für mich sind alle gut, solange eine die andere respektiert.

F: Sie ziehen also weder eine demokratische noch eine diktatorische Regierung vor ...

B: Das ist es was sie von mir wissen wollen? ... Ich glaube, daß der Andenpakt gut für eine nationale Entwicklung ist, aber er ist kein gutes politisches Instrument. Eigentlich bin ich ein Demokrat.

(...)

F: Kann man von einer Einigkeit in der bolivianischen Armee sprechen?

B: Ja, in diesem Moment, jetzt glaube ich ja.

F = Frage

B = Banzer

Quellen: Tagesspiegel, FAZ, FR, Coyuntura, Presencia, El Pais

PERU Wahlen in Peru oder der Weg in die Demokratie

An den Leser der Peru-Artikel:

Die Redaktion entschuldigt sich für das verspätete Erscheinen des Artikels über die Wahlen. Eine Panne und der Streß durch die Vorbereitungen für die Lateinamerika-Tage führten zum Ausfall der vorgesehenen Peru-Berichterstattung.

Mitte 1977 hatte der Präsident der peruanischen Militärregierung, Morales Bermudez, seinen "Plan zur Demokratisierung des Landes" verkündet, der 1978 zu Wahlen für eine Verfassungsgebenden Versammlung führte und im Mai dieses Jahres durch Präsidentschafts- und Kongresswahlen abgeschlossen wurde. Mit dem überlegenen Sieg des Präsidentschaftskandidaten Belaúnde Terry (Acción Popular), der die Öffentlichkeit, die Wähler sowie die beteiligten Parteien gleichermaßen überraschte, dürfte der Regierungsübergabe am 28. Juli 1980 nichts mehr im Wege stehen.

Peru nach den Wahlen vom 18.5.1980:

Parteien	Wahlen 1978	%	Wahlen 1980	%
1. AP (Acción Popular)	-	-	1 773 287	43,6
2. APRA	1 241 174	35,39	1 095 396	26,5
3. PPC (Partido Popular Cristiano)	835 249	23,78	453 982	11,2
4. UNIR (Unión de Izquierda Revolucionaria)	-	-	152 272	3,7
5. PRT (Partido Revolucionario de los Trabajadores)	329 100	9,37	141 608	3,5
6. U.I. (PCP + PSR)(Unión de Izquierda)	440 132	12,53	112 921	2,8
7. FNTC (Frente Nacional de Trabajadores y Campesinos)	135 552	3,85	102 891	2,5
8. FOCEP (Frente Obrero, Campesino, Estudiantil Peruano)	104 313	2,97	71 709	1,8
9. UDP (Unidad Democrata Popular)	160 741	4,57	98 697	2,4
10. UNO (Unión Nacional Odrista)	74 137	2,11	21 932	0,5

11. OPRP			18 091	0,4
12. APS (Acción Popular Socialista)	-	-	11 992	0,3
13. MDP (Movimiento Democrata Popular)	68 619	1,95	10 273	0,3
14. PSP	-	-	10 204	0,3
15. PAIS	-	-	9 065	0,2
16. DC (Democracia Cristiana)	83 075	2,36	-	-
17. ARS (Acción Revolucionaria Socialista)	20 164	0,57	-	-
18. PDR	19 594	0,55	-	-
Wahlberechtigte, gesamt	4 966 016	100	6 431 621	100
Gültige Stimmen	3 511 895	70,22	4 064 674	62,5
Ungültige Stimmen	1 454 121	29,28	2 366 947	37,5

+ Stimmen für die Wahl des Präsidenten; die Stimmenanteile für die Abgeordneten und Senatoren der drei konservativen, führenden Parteien lagen deutlich unter diesen Werten

Die Wahlergebnisse stehen nun also fest, selbst überraschend auftauchende Urnen aus einer Urwaldstadt oder auf einer Müllkippe würde nichts mehr an dem Sieg Belaundes in dieser Persönlichkeitwahl ändern.

Ohne Melodramatik bleibt festzustellen, dass ein sehr wichtiges Experiment zur Findung neuer Möglichkeiten der gesellschaftlichen Organisation in Dritte-Welt-Staaten nun endgültig begraben wurde. Und es bleibt dieser Rest von Traum, wie es "eigentlich" ganz anders angefangen und wie es "eigentlich" ganz anders hätte laufen sollen.

Lange vor dem Ereignis vom 18.5.1980 hatte es eine mehrjährige Euphorie gegeben, als nämlich nach dem 3. Okt. 1968 reformistische Militärs den populistischen Präsidenten Belaunde absetzten genauer als der jetzige Staatspräsident General Morales Bermudes den damaligen Staatspräsidenten Belaunde Terry unter berechtigten Anschuldigungen aus dem Regierungspalast verjagte. Es ist der selbe Morales Bermudes der de. selben Belaunde Terry jetzt seine Ämter (und Ehren) zurückgeben wird.

Die wichtigsten programmatischen Stichworte der Militärs nach dem 3. Okt. 1968 lauteten: Agrarreform, Bildungsreform, Schaffung von Sozial-eigentum, Eindämmung des ausländischen Kapitals in Peru, alles zusammengefasst unter der legitimen Formel vom "Dritten Weg". Entwicklungspolitisch lagen damit genügend Ansätze vor, um eine mittelfristige neue gesellschaftliche Basis der peruanischen Politik und Wirtschaft zu erhoffen.

Nachdem nun alle diese grossen Programmziele nicht erfüllt wurden, machen die Einzelergebnisse der Wahl doch sehr nachdenklich, ja betroffen. Denn sie signalisieren in mehrfacher Hinsicht einen Rückschritt in der peruanischen Entwicklung.

Mit der Amtsübernahme am 28. Juli 1980 wird Belaunde Terry ein Parlament zur Seite stehen, das sich aus folgenden 'Volksvertretern' zusammensetzt:

Abgeordnete	Senatoren
AP 97	AP 26
APRA 49	APRA 17
PPC 12	PPC 6
UNIR 7	UNIR 3
UI 3	UI 2
PRT 3	PRT 2
UDP 4	UDP 2
FNTC 4	FNTC 1
UNO 1	
<hr/> 180	<hr/> 60

Danach verfügt die neue Regierungspartei Acción Popular über die absolute Mehrheit der Abgeordneten und verfehlt diese Mehrheit im Senat nur um 5 Sitze.

Von den 180 Abgeordneten können ganze 21 der linken zugeordnet werden; von den 60 Senatoren ganze 11.

Der aufsummierte Stimmenanteil der linken Parteien wurde in dieser Wahl mit 16% angegeben (für die Präsidentschaftswahl). In den Vorwahlen von 1978 (Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung) lag dieser Anteil noch bei 33,5%.

Innerhalb dieser 2 Jahre ereignete sich damit ein Rückgang der linken Stimmenanteile um die Hälfte.

Dabei war die Gesamtzahl der Wahlberechtigten in diesen 2 Jahren von 4,96 Mio. auf 6,43 Mio. angestiegen und zwar bedingt durch Bevölkerungswachstum so wie vor allem auch durch die erstmals zugelassenen Analphabeten (ca 800 000).

Die Erklärung dieser Situation insgesamt fällt nicht leicht. Der geringe Stimmenanteil der Linken hängt sicherlich nur zum kleineren Teil damit zusammen, dass Wahlurnen oder Stimmzettel verbrannt wurden (z.B. in Ayacucho und Huancavelica), dass in verschiedenen Provinzen Wahlzettel nicht die Symbole der linken Parteien trugen, dass in verschiedenen Städten keine Wahlkabinen für durchreisende Wähler aufgestellt waren oder dass die Analphabeten, die z.B. die im Nationalstadion von Lima wählen sollten, zum Teil mit Gewalt von der Polizei daran gehindert wurden bzw. die Besetzung der Wahlstätte von AP und PPC Besitzern boykottiert wurden und damit kein Wahlprozess stattfinden konnte.

Immerhin haben aber auch diese Behinderungen und Wahlfälschungen dazu beigetragen, dass 37,5% aller Wahlstimmen für ungültig erklärt wurden! 1978 waren es "nur" 29,3% gewesen.

Unter den peruanischen Verhältnissen wird diese hohe Zahl von 37,5% ungültiger Wahlstimmen weitgehend eine Dunkelziffer bleiben. Man kann nur vermuten, dass ein sehr grosser Teil dieser "ungültigen" Stimmen linken Parteien zugute gekommen wäre.

Über spekulative und statistisch gesicherte Interpretationsversuche hinaus bleibt bei all dem die schlichte Frage, wie es zu diesem Ergebnis kommen konnte, in ihrem Kern noch unbeantwortet. Der Versuch einer Antwort muß in jedem Fall einige zentrale Punkte berücksichtigen, wie:

a) Die Militärs haben keinen Augenblick Zweifel daran gelassen, daß sie die neue Regierung als zivilen Sachverwalter ihrer bisherigen politischen Linie verstehen wollen. Damit war zugleich die Möglichkeit einer tatsächlichen freien Volksentscheidung nicht mehr uneingeschränkt gegeben.

Als Wahlsieger durften/konnten nur die drei konservativen Parteien

b) Die Möglichkeiten, die Vorentscheidung der Militärs zu legitimieren, wurde für die drei konservativen Parteien Acción Popular, APRA, PPC durch starke finanzielle Unterstützung aus der Bundesrepublik (für APRA und PPC) und aus den USA (für Acción Popular) geschaffen - zum Kauf von TV-Zeit, für Zeitungsinserte etc.

c) Aufgrund einer nüchternen Einschätzung dieser Situation bei einem Großteil der linksstehenden Wähler gaben viele von ihnen ihre Stimme bei der Präsidentschaftswahl für das sogenannte kleinere Übel ab, nämlich Belaunde Terry

d) Ein Teil traditioneller Acción-Popular-Wähler hatte während der Vorwahl 1978 seine Stimmen linken Parteien gegeben, weil sich AP 1978 nicht zur Wahl gestellt hatte. Dadurch mußte der Stimmenanteil der Linken jetzt in jedem Falle unter den Anteil von 1978 sinken:

e) Die unerwartet klare Überschreitung der Schallgrenze (36%) der Stimmen für den AP-Präsidentschaftskandidaten Belaunde mit 43,6% hatte zudem eine Ursache in der internen Fraktionierung der APRA. APRA war und ist in einen stärker konservativen Flügel unter Townsend, Sanchez, Prias und einen eher sozialdemokratisch, arbeiternahen Flügel unter dem Präsidentschaftskandidaten Armando Villanueva gespalten.

Zudem hat APRA in der Vorwahlkampfzeit erhebliche Straßen- und Saalkämpfe gegen Sympathisanten anderer Parteien bzw. gegen anderweitige Parteiveranstaltungen initiiert und dadurch potentielle Sympathisanten anderer Parteien (vor allem Acción Popular) zugetrieben.

Nicht zuletzt tragen aber die linken Parteien selber erhebliche Mitschuld an dem Wahlausgang in dieser Form.

f) Die linken Parteien haben vor allem im Vergleich zur einzigen strukturierten Partei im Lande, der APRA, keinen erkennbaren und funktionierenden Parteiapparat aufbauen können.

g) Die linken Parteien haben keine Parteiprogramme vorgelegt, sondern sich - vergleichbar etwa den Grünen und Buntten in der BRD - auf Einzelprobleme in relativ allgemeiner Form gestürzt.

dadurch haben sie unterlassen, für große Teile in der Bevölkerung zentrale Fragen im Zusammenhang aufzugreifen und Antworten zu versuchen. Hierher gehören Fragen zu den Beschäftigungsverhältnissen oder zur Gesundheitsversorgung in einem Land, in dem nur festangestellte persönlich (ohne ihre Familienangehörigen) krankenversichert sind und andere, ähnliche Fragen.

Zur Zeit sind in Peru: vollbeschäftigt 45,7%
unterbeschäftigt 45,8%
arbeitslos 8,5%

h) Schließlich haben die linken Parteien und Bewegungen sich selbst um einen höheren und repräsentativen Stimmenanteil durch ihre Vereinigungs- und Spaltungspolitik gebracht, die zu erheblicher Verunsicherung unter den potentiellen Sympathisanten geführt hat. Dazu folgendes Resumée:

1971: Gründung der Unidad de Izquierda (UI), unter Genaro Ledesma, Gründung der Alianza Revolucionaria de Izquierda (ARI) unter Hugo Blanco

UI vereinigte einen Block von vier sozialistischen Parteien, wobei der jetzige bürgerliche Staat Perus als Durchgangsstadium zu einem sozialistischen Staat akzeptiert wurde (Mitgliedsparteien FOCEP, PSR, PEP-UNIDAD)

ARI vereinigte einen volksdemokratischen und trotzkistischen Block der diesen "bürgerlichen Staat" möglichst rasch auflösen sollte. (Mitgliedsparteien PRT, PST, FOMR, PSR-ML). ARI erhoffte sich einen Stimmenanteil bei den Wahlen von mindestens 20%.

27.2.1980 Das wichtigste Mitglied FOCEP verläßt das Bündnis UI und schreibt sich allein ins öffentliche Wahlregister ein. Gleichzeitig endet eine einwöchige interne Diskussion innerhalb der ARI, initiiert von den trotzkistischen Parteien, mit dem Zerfall von ARI in drei Fronten. Der gemeinsame Präsidentschaftskandidat, ebenso wie der von UI werden durch andere Kandidaten ersetzt.

Damit haben diese beiden wichtigsten Wahlbündnisse linker Parteien sechs Wochen lang gehalten und, statt einen hohen Stimmenanteil für die Linke insgesamt zu sichern, haben sie eben dieser Linken fast irreparablen politischen Substanzverlust beschert. Am 3.6. 1980, also gut zwei Wochen nach der Wahl, fand allerdings der erneute Versuch derselben linken Parteien von UI und ARI statt, eine gemeinsame politische Linie für die Oppositionsarbeit im Parlament zu finden.

Die ungenügend realistische Einschätzung des historisch-politischen Gesamtzusammenhanges durch die Partei-Linke in Peru wird vor allem dadurch unterstrichen, daß die Fragen selbstverwalteter Organisationsstrukturen bei der städtischen und ländlichen Bevölkerung und die Frage der ökonomischen Grundlage dieser Organisation und die systematische Heranbildung engagierter Kräfte etc. kein Thema in der Vorwahlzeit gewesen ist.

Dabei hatte die Militärregierung unter Velasco genau in dieser Richtung angefangen zu arbeiten.

Ein sog. "System zur nationalen Mobilisierung" SINAMOS war Anfang der 70er Jahre gegründet worden. Der Aufbau von genossenschaftlichen Vereinigungen ersten und zweiten Grades wurde betrieben (sowohl als Dachgenossenschaften, wie auch als sog. "Gesellschaften des sozialen Interesses" SAIS wurden gefördert.)

Arbeiterselbstverwaltete Betriebe in Form sogenannter Empresas de Propiedad Social wurden einschließlich eines theoretischen zweiten und dritten Grades (Regionalvereinigung und nationale Versammlungen aller EPS) gesetzlich ermöglicht.

Die Militärregierung unter General Velasco hatte - und das ist zweifellos ihr historischer Verdienst - begriffen, daß die Qualität des institutionellen Aufbaus einer Gesellschaft eine wesentliche Voraussetzung für ihre eigene Weiterentwicklung ist.

Die Richtung, die die Velasco-Reformen zeigten, waren allerdings im Kern reformkapitalistisch und verhalfen unter anderem dem Agrarkapital zu höherer Effizienz durch den gezielten Abfluß von unproduktivem Agrarkapital in den städtischen Industriebereich.

Auch die arbeiterselbstverwalteten Betriebe EPS haben sich inzwischen nach rein kapitalistischen Kriterien entwickelt-oder sind bankrott.

Nach den jetzigen Wahlen sieht es nicht gerade so aus, als würden die anfänglichen Reformansätze der Velascozeit (1968-1975), weiterentwickelt oder gar aus dem reformkapitalistischen Gesamtzusammenhang in einen fortschrittlicheren eingebunden; vielmehr sieht es jetzt danach aus, als wolle der Sieger dieser Wahlen, Belaunde Terry, versuchen, in etwa dort weiterzumachen, wo er 1968 unterbrochen wurde,

Zu rechnen ist mit einer verstärkten Reprivatisierung bzw. Rückgabe ehemaligen Agrarreformlandes an vormalige Besitzer. Zu rechnen ist mit dem Abbruch zentraler Teile der Bildungsreform (Velasco hatte die traditionelle Sekundarschule, die zur Universität führt und die davon völlig getrennte Berufsschule in einer berufsorientierten Sekundarschule (ESBF) neu organisiert.)

Zu rechnen ist vor allem mit einer gezielten Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Peru: Es wird vor allem verstärkt US-amerikanisches Privatkapital ins Land fließen. Aller Orten sind schon die entsprechenden Vorbereitungen zu erkennen: AID-Gelder fließen verstärkt als weiche Entwicklungshilfe in projektvorbereitende Maßnahmen.

Auch die bundesdeutsche Entwicklungshilfe steht nicht untätig und sucht mit erheblichen Mitteln neue Standbeine wie zum Beispiel die sog. angepasste Technologie zu gewinnen, All dies war vor den Wahlen absehbar. Die linken Parteien haben praktisch nicht darauf reagiert und haben dadurch an einer wichtigen historischen Stelle der peruanischen Entwicklung eine gute politische Chance sehr leichtfertig vergeben.

Sinnvolle entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die "Grundbedürfnisse" befriedigen will oder die "self-reliance" der Bevölkerungsmehrheit stärken will oder ganz schlicht den Interessen der marginalisierten Bevölkerungsmehrheiten mehr Geltung verschaffen will, hat es daher in Peru sehr schwer. Die wenigen engagierten Institutionen und Gruppen im Lande, die über Erfahrung in Entwicklungsprojekten verfügen und klare umsetzbare Zielvorstellungen haben, sehen sich der Gefahr direkter oder indirekter Verfolgung ausgesetzt. Staatliche Institutionen sind als Projektträger praktisch nicht in Sicht. Die Konflikte zwischen der rechtskonservativen Regierung aus AP und möglicherweise zwei PPC-Ministern und der städtischen und ländlichen Marginalbevölkerung sind quasi vorprogrammiert. Reine populistische Entwicklungspolitik (Straßenbau unter massenhafter Beteiligung der Bauern als Handlanger und ähnliches) verträgt sich nicht mit der Sicherung der Geldwertstabilität für die ausländischen Investitionen, für die sich die PPC stark machen wird.

Eben dieser Konfliktstoff personifiziert sich sogar innerhalb der AP selber, etwa zwischen dem populistischen Präsidenten und seinem zukünftigen Premier und Wirtschaftsminister Ullco. Spätestens ab 1981 ist eine heiße Zeit der Straßenkämpfe, der Streiks und der Repression zu erwarten. Man muß zu der Annahme kommen, daß die neue Zivilregierung nicht länger als etwa drei Jahre im Amt bleiben wird. Die Militärs haben sich letztlich nur aus dem Rampenlicht zurückgezogen; sie sind nicht wirklich von der Bühne abgetreten und bleiben dem Lande als Ordnungsfaktor erhalten



Tote und Verletzte im Arbeitskampf

70 000 städtische Arbeiter in Peru befanden sich bis vor wenigen Tagen in einem 3 Wochen andauernden Streik, mit dem sie ihre Forderungen nach Löhnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen durchsetzen wollten. 4 Arbeiter bezahlten diesen Arbeitskampf mit dem Leben, 18 wurden verletzt, 90 verhaftet. Keine der Forderungen wurde erfüllt.

Und dabei verlangten die städtischen Arbeiter und Angestellten nichts Unmässiges: Löhnerhöhungen von DM 70.- (bei einem Lohn von DM 265.-, der nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren), Weihnachtsgeld, Krankenversicherung, Einhaltung des Mutterschutzgesetzes, gesicherte Arbeitsverträge etc. Dieser Katalog wurde bereits vor einem Jahr vorgelegt, und bis heute sind noch nicht einmal die wenigen Punkte erfüllt, die das Innenministerium in einem Kompromissabkommen im vergangenen Dezember zugesagt hatte. Vor allem der Streik der Müllabfuhr hatte in den grösseren Städten, besonders in Lima, bedrohliche Folgen. Die Müllberge in den Strassen, die schon nach wenigen Tagen zum grossen hygienischen Problem wurden, schürten die Konfliktstimmung.

Darüberhinaus hatte der Streik in Lima noch einen anderen Aspekt: die Streikenden forderten den Rücktritt des Bürgermeisters, dem sie u.a. vorwarfen, Gelder veruntreut und Versicherungszahlungen versäumt zu haben und ausserdem die Auslieferung von 100 neuen Müllwagen zu verweigern. Die Arbeiter befürchteten, dass diese für die städtische Müllabfuhr angeschafften Wagen einem privatwirtschaftlichen Reinigungsunternehmen zugutekommen sollen, das der Stadt Konkurrenz machen und ihre Arbeitsplätze gefährden würde. Der Bürgermeister soll Aktionär dieses Unternehmens sein. In dieser zugespitzten Situation kam es zu gewaltsamen Zusammenstössen zwischen Streikenden und der Polizei, die am 14. Mai ihren Höhepunkt fanden, als die Zivilgarde eine friedliche Zusammenkunft der Gewerkschaft mit Tränengas auflöste und auf die Fliehenden schoss. Dabei kam es zu 4 Toten und 18 zum Teil schwer Verletzten.

Die Rechtsverordnung Nr. 22919

Die Militärregierung in Peru erliess im März 1980 die Rechtsverordnung Nr. 22919; Mit diesem Gesetzesdekret bekommt jede Regierung die Möglichkeit, die gewaltsame Räumung der Ländereien anzuordnen, die von den Campesinos (Indiobauern) z.T. schon vor langer Zeit besetzt wurden.

Dadurch wird eine Situation "Legal", schärfster Repression gegen die Bauern geschaffen, welche von heute auf morgen ihrer gesamten Existenz beraubt werden.

Die Campesinos haben immer wieder in den letzten Jahren Ländereien besetzt, sowohl von "Genossenschaften" die seit 1969 im Rahmen der Agrarreform gegründet wurden, als auch von Grossgrundbesitzern. Dieses Land war ursprünglich Eigentum der Bauern gewesen, welches ihnen genommen wurde - ausserdem lag das Land entweder brach oder es war schlecht genutzt. Die katastrophalen Konsequenzen dieser Verordnung zeigen sich bereits heute in brutalen Räumungsaktionen in den verschiedenen Regionen Perus, so u.a. in den Departaments von Puno und Cajamarca.

Der Wortlaut des Gesetzes:

"Decreto Ley Nr.22919

Die Revolutionäre Regierung erlässt die folgende Rechtsverordnung in Anbetracht dass an verschiedenen Stellen des Landes Besetzungen und Raub von Ländereien privaten oder öffentlichen Eigentums zunehmen und unter Verstoß gegen die Gesetzgebung und mit Zielen, die im Gegensatz zur Agrarreform stehen; -dass es folglich notwendig ist, innerhalb des Verfahrens, welches vom Gesetzesdekret Nr.17110 bestimmt wird (Agrarreformgesetz von 1969, Anm.d.Übers.) Regelungen zur sofortigen Räumung der besetzten oder geraubten Ländereien zu treffen...

Der Untersuchungsrichter nimmt allein auf Grund der erfolgten Anzeige, die ordnungsgemäß bekräftigt wird, durch den Nachweis der Besitzrechte des Klägers, innerhalb von 48 Stunden plus der Zeitdauer, die benötigt wird, um an den Ort des Geschehens zu gelangen, die Besichtigung der Ländereien vor. Bei dieser Gelegenheit können die Antragsteller die Beweise vorlegen, die sie für angebracht halten...

Innerhalb der darauffolgenden Tage nach der erfolgten Besichtigung befiehlt der Richter, falls er zu der Ansicht gelangt, dass der angezeigte Vorfall tatsächlich stattgefunden hat, die Räumung des Grundstückes innerhalb von 24 Stunden und übergibt es dem Kläger, bis zum Zeitpunkt des diesbezüglichen Strafprozesses.

Wird diesem Befehl nicht nachgekommen, fordert der Richter die Hilfe der öffentlichen Gewalt an, welche dann innerhalb von 48 Stunden die Ausweisung durchführt; Der Richter ist verpflichtet, keinen Widerspruch in Bezug auf den Räumungsbefehl zuzulassen...."

Wie man sieht, wird die Rolle des Angeklagten in dem Gesetz nicht erwähnt; Dadurch entfällt sein elementares Recht der Verteidigung, da seine Anwesenheit nicht einmal verlangt wird, was ein Verstoß gegen die neue Verfassung bedeutet. Ausserdem ist die Schnelligkeit, mit der die Ausweisung erfolgt, auffällig, (ca. 7 Tage) was in bemerkenswertem Gegensatz zur Langsamkeit steht, mit der die Beschwerden der Bauern bearbeitet werden.

Wir protestieren entschieden gegen diese Rechtsverordnung, welche grundlegende Menschenrechte verachtet und fordert ihre ungehende Zurrücknahme!

Wir protestieren gleichzeitig gegen den bevorstehenden Besuch des alten und neuen Präsidenten Perus Fernando Belaúnde Terry in der BRD, der dieses Gesetz mit grosser Sicherheit ebenfalls anwenden wird, so wie er bereits in seiner ersten Regierungszeit 1963-1968 Landbesetzungen brutal unterdrückte.

Gemeinsamer Beschluss der Perú-Gruppen
in der BRD, Juni 1980

Peru-Argentinien

Freie Hand für Videlas Mörderbanden

Am 13. und 14. Juni wurden in Peru fünf argentinische Staatsbürger von einem gemeinsamen Kommando der Geheimdienste Argentiniens und Perus verschleppt. Es handelt sich um Noemi Ester Gianetti de Molino (ihre Tochter, ihr Sohn und Schwiegersohn sind verschwunden; sie selbst nahm an der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf teil), Julia Inés Santos de Acabal, Julio César Ramírez (er arbeitete in einem Komitee zur Unterstützung der Mütter der Plaza de Mayo), Federico Frías Alberga und Aldo Alberto Morán.

Das Kommando, das die Argentinier teils auf offener Straße, teils aus ihren Wohnungen entführte, stand unter dem Kommando des argentinischen Obersten Ronald Rocha und des peruanischen Obersten Martín Martínez Garay.

Nachforschungen von Amnesty International ergaben, daß die entführten Argentinier zunächst in einer Einrichtung der peruanischen Streitkräfte festgehalten und dort schwer gefoltert wurden. Drei der Entführten starben im Gefängnis; allerdings geben verschiedene Quellen unterschiedliche Namen der Toten an. Die anderen wurden nach Argentinien verschleppt. Argentinischen Quellen zufolge ist es sogar wahrscheinlich, daß mehr als fünf Personen entführt wurden, doch ließ sich diese Vermutung bisher noch nicht belegen.

Sowohl die Organisationen der peruanischen Linken als auch verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen haben die peruanische Militärregierung aufgefordert, Auskunft über das Schicksal der Verschwundenen zu geben. Aus verschiedenen Quellen wurde bekannt, daß die peruanische Regierung nicht nur diese schwere Verletzung des Grundrechts auf Asyl zugelassen hat, sondern daß sie direkt für die terroristischen Aktivitäten mitverantwortlich ist. Dieser Darstellung zufolge hatte sich der Oberkommandierende des argentinischen Heeres, General Galtieri im Mai an die Regierung Perus gewandt, um die Aktivitäten eines argentinischen Geheimdienstkommandos in Peru autorisieren zu lassen, das 15 argentinische Staatsangehörige entführen sollte. Die peruanische Regierung stimmte dem nicht nur zu, sondern bot auch die Unterstützung durch den peruanischen Geheimdienst an. In ihrer offiziellen Version behauptete die Regierung Perus, daß die entführten Personen wegen illegalem Aufenthaltes und "subversiver Vergehen" des Landes verwiesen und auf dem üblichen Weg den bolivianischen Grenzbehörden übergeben worden seien. Diese Version wurde jedoch von den bolivianischen Behörden und der Präsidentin Lidia Gueiler entschieden dementiert.

Angesichts dieser Tatsachen und der bolivianischen Dementis dürfte es der peruanischen Militärregierung schwerfallen, ihre Beteiligung an diesen Vorfällen zu bestreiten. Dies ist nicht der erste Fall einer "Zusammenarbeit" zwischen den Militärgeheimdiensten Argentiniens und Perus. Schon 1977 verschwand in Lima der Peronist Carlos Maguid, der dann in der berühmten Escuela Mecánica de las Armas in Buenos Aires ermordet wurde. Auch die Ereignisse des Jahres 1978 werfen ein bezeichnendes Licht auf die hervorragende Qualität der Beziehungen zwischen den beiden Militärregimes: während des Wahlkampfes zur Verfassungsgeben-

den Versammlung wurden 13 peruanische Politiker und Gewerkschafter deportiert ... und zwar direkt nach Argentinien, wo Videla sich bereit erklärt hatte, sie zu "empfangen". So sahen sich die Deportierten wenige Stunden nach ihrer Ausweisung als "Asylberechtigte" in argentinischem Militärgewahrsam wieder. In diesem Falle gelang es, durch internationalen Druck und Solidarität ihr Leben zu retten.

Heute, nur wenige Wochen vor der "Machtübergabe" an eine Zivilregierung unter Fernando Belaúnde Terry, leisten die peruanischen Militärs der Schwesterdiktatur einen letzten Dienst, indem sie die wenig ehrenvolle Rolle von Komplizen übernehmen und politisch Verfolgte an ihre Verfolger und damit dem fast sicheren Tod ausliefern.

Belaunde schweigt

Der designierte Präsident Belaúnde Terry, der am 28. Juli sein Amt antritt, hüllte sich tagelang in Schweigen über das tragische Verschwinden argentinischer, in Peru lebender Bürger. Auf Drängen von Amnesty International bekundete er schließlich sein "Bedauern" und seine "Besorgnis". Bezeichnenderweise hielt sich sein künftiger Außenminister, Arias Stella, gleichzeitig an die - kaum glaubhafte - offizielle Version, derzufolge die Entführten nach Bolivien ausgewiesen worden seien, so daß "wir deshalb nicht mehr befürchten müssen, daß ihr Leben in Gefahr ist." Kein Kommentar zum Vorgehen der Regierung.

Warum dieses Schweigen angesichts eines solchen Verbrechens? Warum beschränkt sich Herr Belaúnde darauf, lediglich die Tatsachen zu bedauern, wenn es darum geht, daß das Leben von fünf Demokraten, die in Opposition zu einer Diktatur stehen, in Gefahr ist, und wenn es um die Achtung der Menschenrechte in Peru geht? Warum nutzt Belaúnde, dem 43% der peruanischen Wähler ihre Stimmen gegeben haben, nicht diese politische und moralische Stärke, um die Regierung des General Morales Bermudez aufzufordern, eine glaubhafte Erklärung der Vorfälle zu geben? Wo bleibt heute die demokratische Haltung, die er in seinen Wahlreden gegen 12 Jahre Militärrherrschaft zur Schau getragen hat?

Um dieses Schweigen zu begreifen, sollte man sich daran erinnern, daß Belaúndes erste Regierungszeit (1963 - 1968) nicht unbedingt als ein Musterbeispiel für Demokratie gelten kann: man denke nur an die Bücherverbrennungen im besten McCarthy-Stil.

Schließlich muß man sich fragen, wie Belaúnde die Anwesenheit Videlas bei den Feierlichkeiten zu seiner Amtseinführung akzeptieren kann. Obgleich selbst Mitglied seiner eigenen Partei, der Acción Popular, sich ablehnend zu Videlas Besuch geäußert haben, hat Belaúnde klar zu erkennen gegeben, daß er zu diesem Anlaß die "Anwesenheit aller unserer Freunde" erwartet.

Zahlreiche Organisationen und Gewerkschaften haben zum Protest gegen Videlas Besuch aufgerufen und fordern die Aufklärung des Schicksals der verschwundenen Argentinier.

Chile

Ein Zeugenbericht

Wie wir in den letzten Heften berichteten, hat sich in diesem Jahr der Terror der Geheimdienste in Chile wieder erheblich verschärft. Als gezieltes Mittel der Einschüchterung soll dabei ein seit März geltendes Gesetz dienen, mit dessen Hilfe der Innenminister zur Zeit über 80 Personen in abgelegene Teile des Landes verbannt hat. Daneben tritt weiterhin die massive Einschüchterung durch Razzien, wie sie uns die Bewohnerin einer Arbeitersiedlung im Folgenden Brief schildert.

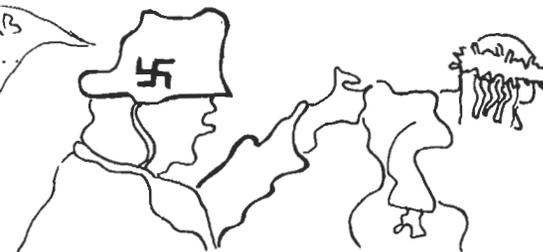
Ich möchte Ihnen erzählen, daß hier die Unterdrückung immer schlimmer wird. Hier finden fast alle Leute des Volkes keine Arbeit mehr. Jeden Tag geht mehr Industrie pleite, und andere Industrie wird aufgekauft. Die neuen Besitzer setzen dann die ganze Belegschaft auf die Straße, stellen neue Leute ein und zahlen, was sie wollen, weil die Leute verzweifelt sind und für jeden Lohn arbeiten. So wird der Arbeitslohn immer niedriger.

Ich erzähle Ihnen, wie eine Durchsuchung gemacht wurde, kurz nachdem ich aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Stellen Sie sich vor, morgens um 4 Uhr ließen sie uns alle aufstehen und warfen uns auf den Hof, das war in vier Stadtteilen überall gleich. Weil ich nicht aufstehen konnte, nahmen mich zwei Soldaten mit und setzten mich auf einen Stuhl. Dann warfen sie alles durcheinander und durchwühlten die Betten. Wir fragten sie, was passiert war und ob sie einen Durchsuchungsbefehl hätten. Sie antworteten mit großer Grobheit und lachten uns ins Gesicht und machten sich über unsere Fragen lustig. Sie sagten, daß sie täten, was sie wollten und ließen uns nichts mehr sagen. Es war schrecklich kalt. Keiner von denen, die Arbeit haben, konnte zur Arbeit gehen und auch die Kinder nicht zur Schule, und wir konnten auch nicht aus dem Haus. In dieser Zeit konnte niemand rein oder raus.

Und wissen Sie, wie lange das dauerte? - bis 11 Uhr morgens. Als sie kamen, haben sie das Wasser und den Strom abgestellt, und wir waren völlig im Dunkeln. Sie hatten sehr starke Reflektoren bei sich und leuchteten, um Menschen, Waffen und Bomben zu suchen, die wir nach ihren Vorstellungen in unseren Häusern versteckt haben sollten.

In diesen Stadtteilen leben nur Arbeiter, aber sie behandelten uns wie Gesindel. Sie ließen uns unsere wenigen Sachen ganz zerwühlt und zerbrochen zurück, und wenn man deshalb zufälligerweise etwas sagte, nahmen sie einen sofort wegen "Verstoß gegen das Gesetz der Inneren Sicherheit des Staates" mit und halten dann die Leute solange fest, wie sie wollen.

"Diesen finden wir, daß es das Volk abwendet... und er hat das Volk erregt...."
(Lukas 23, 2-5)



Karikatur der Jesuitenzeitschrift MENSAJE zur Repression gegen die Kirche (vgl. LN 83).

Uruguay

Das vergessene Land

Der uruguayische Historiker und Soziologe CARLOS RAMA hat kürzlich die Redaktor der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN besucht und ihr dann zur Behebung des Informationsdefizits über sein Land den folgenden kurzen Artikel gesandt.

Es wird auf der ganzen Welt heute sehr wenig über Uruguay gesprochen. Früher erwähnte man es als ein ungewöhnlich demokratisches Land in einem Kontinent mit Diktaturen, aber heute (d.h. seit dem Militärputsch vom 28. Juni 1973) ist es ein Teil des faschistischen Bunkers des Südlichen Kegels Lateinamerikas.

Wahrscheinlich ist es das perfektteste Beispiel dieser Art: nicht umsonst hat es mehr politische Gefangene pro Einwohner als Chile und Argentinien zusammen (7 000, davon 3 000 in dem politischen Strafgefängnis 'Libertad' (= 'Freiheit'), ein hochtrabender Bau, der in 100 Kilometer Entfernung von Montevideo gebaut wurde). Auch stellt es einen Rekord in dem Anteil von Exilierten an der Bevölkerung auf. Von 35 Mio. Uruguayern leben 700 000 im Ausland, d.h. so viele wie Chilenen und Argentinier zusammen. Außerdem kann man in Uruguay keine Anzeichen für eine Schwächung des Systems erkennen. Die Militärregierung verstößt nicht nur 1/5 der Bevölkerung aus dem Land, sondern sie verweigert auch 15 000 Personen die politischen Rechte (z.B. deshalb, weil sie bei den Wahlen von 1971 kandidiert haben).



Während in anderen Ländern die Intellektuellen zurückkehren, entzieht die Regierung Uruguays ihren Intellektuellen die Nationalität (Mario Benedetti, Eduardo Galeano, Carlos M. Rama, Angel Rama, Cristina Peri Rossi, z.B.) und verwandelt sie damit in Staatenlose.

Die Erklärung für diesen 'Perfektionismus' der Militärdiktatur liegt zweifelsohne in dem anhaltenden Widerstand des uruguayischen Volkes. Der Nationale Konvent der Arbeiter (CNT), dem 450 000 Mitglieder (von Universitätsprofessoren bis zu Zuckerrohrarbeitern) angehören, führte 1973 einen 15-tägigen Generalstreik durch und setzte de facto das nationale Wirtschaftsleben außer Kraft. Am 1. Mai 1980 wurden dem Aufruf der C.N.T. folgend Tausende von Kampfaktionen der Massen geplant, wie Streiks in Fabriken, in Handwerkerstätten, in Schulen etc...

Der Militärputsch wurde unter Mitwirkung der US-Botschaft und der US-Militärmission durchgeführt, aber seit Carters Präsidentschaft hat der US-Kongress beschlossen, dem uruguayischen System jegliche Militärhilfe zu untersagen (das der Abgeordnete Koch als das "gigantische Gefängnis des Kontinents bezeichnet hat).

1976 schätzte amnesty international, daß von ja 500 Bürgern einer aus politischen Gründen im Gefängnis sei und daß von ja 50 Bürgern einer bereits einmal festgenommen worden sei. Dreihunderttausend Unterschriften wurden der ständigen Mission Uruguays in den Vereinten Nationen mit der Forderung nach einer Untersuchung der Folterfälle übergeben.

Von diesen Demonstrationen unter Druck gesetzt verfügte die Militärdiktatur, daß 1980 ein neues Gewerkschaftsgesetz, ein neues Gesetz für die Politischen Parteien (die seit 1973 außer Kraft gesetzt oder verboten wurden) und eine neue Verfassung durch ein Plebiszit abgestimmt werden sollen. Wenn einmal diese "legalen" Instrumente etabliert worden seien, würde man für 1981 zu Wahlen aufrufen.

Der zivile Widerstand ist so uneinheitlich, daß die Repräsentanten aller uruguayischen Parteien am 19. Mai 1980, das heißt die Bürgerlichen in der Nationalen Partei (deren Führer Wilson Ferreira Aldunate, exiliert ist) und die Colorado Partei (deren oberster Leiter, Jorge Batlle gefangen ist) und natürlich die Frente Amplio (=Breite Front, eine Linkskoalition, die von Christdemokraten bis zu Guerilleros einschließt und Sozialisten und Kommunisten) beschlossen nicht über die "Verfassung" abzustimmen und sofortige Amnestie zu fordern.

Sieben Jahre haben einmal mehr gezeigt, "daß die Uruguayer unregierbar sind", daß sie die Militärs satt haben und daß sie sich in der Forderung nach der Wiederherstellung demokratischer Freiheiten einig sind.

Eine große Kampagne wird jetzt in so entfernten Städten wie Mailand, Barcelona, Madrid, Rotterdam, Amsterdam, Stockholm, Göteborg, Caracas, Mexico, New York, Sydney, Paris und La Havanna eingeleitet, überall dort, wo die Uruguayer leben in Unterstützung der Demonstrationen, die man in Uruguay selbst durchzuführen versucht. Sie brauchen die Unterstützung der Antifaschisten der ganzen Welt auch die der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland.

ZUSÄTZLICHE MELDUNGEN

Raul Sendic, der Anführer der Tupamaros, ist nach 8 Jahren Haft von einem Militärgericht zu 30 Jahren Zuchthaus und 15 Jahren Sicherheitsverwahrung verurteilt worden, ohne, daß in diesem Verfahren ein Anwalt für ihn tätig werden konnte.

Der frühere Präsidentschaftskandidat der Breiten Front, der General Liber Seregni, ist von dem Präsidenten Panamas mit einem der höchsten Orden des Landes ausgezeichnet worden. Liber Seregni befindet sich seit 7 Jahren in Haft. Die uruguayische Militärregierung hat in Panama heftig protestiert.

Am 19 April wurde in New York die Confederación Democrática en Uruguay gegründet, in der alle Kräfte der Opposition gegen die Militärdiktatur zusammenarbeiten.

Bericht eines geflohenen Folterers

Ende Mai 1980 floh der 23-jährige Hugo Walter García Rivas aus Uruguay, nachdem er über drei Jahre in einer Geheimdienst-Kompanie gedient und selbst an zahllosen Folterungen von Häftlingen teilgenommen hatte. Im Ausland gab er ausführlich Bericht über seine Erfahrungen, darunter die Verschleppung von vier Uruguayern aus Brasilien in die uruguayischen Gefängnisse, mit Beihilfe der brasilianischen Polizei.

Der 'STERN' veröffentlichte in seiner Nr. 28 vom 3.7.80 die Zusammenfassung eines Interviews mit Hugo García, aus dem der Alltag der Folter in Uruguay deutlich wird. Der Redaktion der 'LN' liegt der Gesamt-Wortlaut dieses Interviews sowie eines weiteren, noch ausführlichen Berichts vor, den Hugo García dem 'Secrétariat International des Juristes pour l'Amnestie en Uruguay' (33, rue Godot de Mauroy, 75009 Paris) gab.

Hugo García meldete sich 1975 als 18-jähriger freiwillig zur Armee und war Ende 1976 zu einem der Geheimdienste abkommandiert worden, wo er vor allem als Fotograf arbeitete. Seine Aufgaben bestanden u.a. darin, mögliche Oppositionelle zu fotografieren, aber auch falsche Personaldokumente herzustellen - sei es für die Geheimdienste selber, sei es, um die Verhafteten als 'Belastungsmaterial' unterzuschieben. Er berichtet, daß er selbst für den heutigen Oberkommandierenden des Heeres Gen. Queirolo einen gefälschten Personalausweis herstellte. Seine eigene Einheit war die 90 Mann starke 'Kompanie für Gegeninformation', die dem Generalstab der Armee untersteht. Auf die Frage, welche Repressionsorgane es in Uruguay gibt, antwortet er:

"Da ist die Kompanie, nicht wahr, die übrigens noch völlig unbekannt ist außerhalb der Armee, bei den Menschenrechtsorganisationen und so. Dann gibt es die bekannten: SIDE, Servicio de Informaciones de Defensa. Und OCOA, Organismo Coordinador de Operaciones Antisubversivas. Ferner gibt es eine Geheimdienstabteilung bei... naja, diese Seite kenne ich nicht gut, dazu den Marine-Geheimdienst und den der Luftwaffe. Dann gibts noch die 'Gruppe der 300', das ist etwas sehr geheimes, wovon ich garnichts weiß, außer der Telefonnummer, die wir in der Radiozentrale der Kompanie hatten. Obs noch mehr gibt, weiß ich nicht, aber diese 7 oder 8 Gruppen, die gibts. Darüber hinaus hat jedes Bataillon seine Geheimdienstgruppe, die auf dem Gebiet der Überwachung arbeitet, Straßen-Beobachtung versieht. Jedes Bataillon macht seine eigene Arbeit, seine Verhaftungen und Verhöre. In jedem Bataillon wird verhaftet und gefoltert."

Jeder Verhaftete wird grundsätzlich mehrere Tage lang gefoltert, außer wenn er aus einer bekannten reichen Familie stammt. Hugo García schätzt, daß 80 % der Verhafteten grundlos verhaftet und gefoltert werden, und das 'Vergehen' der restlichen 20 % sich darauf beschränkt, Flugblätter und Broschüren zu verteilen, insb. der letzten noch in Uruguay operierenden Oppositionsgruppe 'Partei des Volkssiegs' PVP. Waffen seien bei den Verhafteten nie gefunden worden.

Frage: All das Geld, das der Staat für die Erhaltung dieser verschiedenen Repressionsorgane ausgibt, das Entführen und Foltern von Menschen - glauben Sie, es lohnt sich um ein paar Leute zu finden, die Flugblätter oder Broschüren verteilen?

García: Ich glaube nicht.

Frage: Warum denn das ganze?

García: Die Militärs leben sehr angenehm. Sie haben keinerlei wirtschaftliche Sorgen. Sie sind nicht in Geldnöten wie der Rest des Volkes, die Arbeiterklasse. Deshalb haben die Militärs keinerlei Interesse an einer Änderung des Systems. Wenn es anders herum wäre - dann würden sie alles für eine Änderung tun. Aber sie haben sehr gute Gehälter, weitreichende Sondervorteile, sie erhalten zinslose Kredite für den Kauf von Häusern, sie kaufen ihre Autos, ohne Steuern oder Zölle zahlen zu müssen.

Frage: Und dazu müssen sie die Leute foltern?

García: Der Terror dient dazu, daß niemand sich herausnimmt, Kritik an ihnen zu üben, daß niemand es wagt zu sagen oder zu schreiben, dieser oder jener Offizier hat dieses oder jenes getan. Sie wollen ihre Position nicht in Gefahr gebracht sehen."

Bei Verhaftungen wird regelmäßig der gesamte Besitz des Inhaftierten geplündert und unter die Offiziere aufgeteilt (die ausführenden Soldaten erhalten nichts) - auch dann, wenn dem Verhafteten nichts nachzuweisen ist und er deshalb wieder freigelassen wird.

Ausführlich berichtet Hugo García auch über die dreimonatige Geheimdienstausbildung, die jedes Mitglied einer Geheimdienst-Einheit durchläuft, und der u.a. einen einwöchigen 'praktischen' Kurs im Foltern ('Verhören') einschließt. Dazu werden oft auch Häftlinge genommen, aus denen man keine weiteren Informationen mehr herauspressen möchte, sondern die ausschließlich als Demonstrationsobjekte dienen. Ein Militärarzt wacht darüber, daß Häftlinge bei dieser Tortur nicht versehentlich getötet werden; wenn sie in Ohnmacht fallen, werden sie wieder aufgeweckt - dann geht die Folter weiter. Die Offiziere achten darauf, daß jeder der 25 bis 30 Kursteilnehmer selbst Folterungen durchführen - damit danach keiner sagen kann, er hätte so etwas nicht getan.

Hugo García hat es nie erlebt, daß sich einer seiner 'Kameraden' geweigert hätte, auch wenn einige sich insgeheim verständigt hätten, daß sie diese 'Arbeit' nicht gern machten. Jeder Protest hätte zur Folge, daß der Betreffende selbst verhaftet und gefoltert würde. Er sei mit seiner Flucht der erste, der den Mut gehabt habe, sich davon loszumachen.

Die Verschleppung der Uruguayer aus Argentinien

Wir dokumentieren im Folgenden einen Teil des Berichts, in dem Hugo García auf die Verschleppung von vier Uruguayern aus Brasilien eingeht, an der er selbst beteiligt war. Der Fall erregte damals in der brasilianischen Presse großes Aufsehen, weil zwei Redakteure der brasilianischen Wochenzeitschrift 'Veja' zufällig die uruguayischen Agenten in der Wohnung der Verschleppten antrafen - wir berichteten darüber in den LN Nr. 66. Opfer dieser 'Zusammenarbeit' zwischen uruguayischen und brasilianischen Repressionsorganen wurden im November 1978 Lilian Celiberti, ihre beiden Kinder Camilo und Francesca (damals 8 und 3 Jahre alt) sowie ihr Lebensgefährte Universindo Rodríguez. Wo die Häftlinge sich heute befinden und ob sie noch leben, weiß Hugo García nicht. Hier sein Bericht:

"... -- bekanntlich gibt es Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Streitkräfte Paraguays, Chiles, Argentiniens, Brasiliens. Ich weiß nicht, ob es eine regelmäßige Zusammenarbeit oder Kontakte von Fall zu Fall sind. Aber ich persönlich habe z. B. teilgenommen an einer Aktion die Uruguay und Brasilien betraf. Den brasilianischen DOPS und meine Kompanie.

Als einige Mitglieder der PVP in Montevideo verhaftet wurden - ich selbst nahm an der Verhaftung einiger von ihnen teil - sprachen sie davon, daß es in Porto Alegre einige Personen gäbe, Mitglieder der PVP, die dort Material herstellten und zur heimlichen Verteilung nach Montevideo schickten. Daraus ergab sich die Notwendigkeit nach Porto Alegre zu gehen, um diese Personen zu überwachen, festzunehmen und nach Montevideo zu bringen. Eine Möglichkeit wäre gewesen, ohne Wissen der brasilianischen Behörden vorzugehen, was aber verworfen wurde. Der Chef der 2. Abteilung des Armeegeneralstabs, Oberst Armas, nahm Kontakt mit dem DOPS auf, ebenfalls mit einem Oberst, und schickte sofort zwei Offiziere der Kompanie nach Porto Alegre, einen Hauptmann, mit Namen Ramos und einen Major der 2. Abteilung mit Namen Vazanas. Nach ihrer Rückkehr, bei der alles vereinbart war, brachen wir von Montevideo mit zwei Fahrzeugen und vier der bei uns Verhafteten auf zur Grenze. Die Verhafteten sagten, sie hätten "einen Kontakt in der Grenzstadt... und drei weitere in Porto Alegre. Da sich der Kontakt an der Grenze nicht ergab, fuhren zwei unserer Offiziere mit einigen meiner Kameraden und den Verhafteten weiter nach Porto Alegre. Dort nahmen sie Lilian Celiberti, Universindo Dias und die beiden Kinder in deren Wohnung fest, ohne weitere Kontakte machen zu können, obwohl sie ein paar Tage in der Wohnung auf weitere Besucher warteten. Sie kamen zur Grenze zurück, von wo einer der Hauptleute, mit Namen Ferro, mit der Verhafteten Celiberti nach Porto Alegre zurückfuhr. Sie hatte während der Folter noch an der Grenze erklärt, sie erwarte den Besuch eines Kontaktes aus Europa. Sie kamen jedoch unverrichteter Dinge wieder zurück, weil einige vom Verschwinden des Ehepaares alarmierte Journalisten den Hauptmann Ferro in der Wohnung der Verhafteten gesehen hatten. Wir brachen sofort nach Santa Teresa auf, einem Erholungsheim der Armee am Meer, so dreißig Kilometer von der Grenze entfernt. Dort blieben wir 48 Stunden und verhörten die beiden Häftlinge noch einmal vor allem nach Namen von PVP-Mitgliedern, die sich in Argentinien oder hier in Brasilien aufhalten könnten. Einer der Namen war 'Lalo', sie wußte nichts weiter als 'Lalo'. Er war angeblich in Sao Paolo. Schließlich kehrten wir nach Montevideo zurück. Hier wurden die Kinder sofort in einer Wohnung untergebracht, die die Kompanie im Stadtzentrum unterhält, in der Straße Rio Negro Ecke Canelones. Die Existenz dieser Wohnung ist nur einer bestimmten Gruppe innerhalb der Kompanie bekannt. Nach einigen Tagen wurden die Kinder den Eltern der Celiberti übergeben. Die Frau und Universindo blieben in der Kompanie, wo ich sie fotografierte, um falsche Dokumente für sie auszustellen. Die Armee hatte ja bekanntgegeben, die beiden seien in Uruquav mit falschen Ausweisen festgenommen worden. Diese Dokumente haben wir dann erst in der Kompanie hergestellt. Auch die Waffen, die sie angeblich bei sich hatten, haben wir aus dem Arsenal der Kompanie geholt, um sie zusammen mit ihnen zu fotografieren. Die Fotos wurden dann ans Gericht weitergeschickt. Die ganze Zeit schon wurde das Haus der Eltern der Celiberti überwacht, um weitere mögliche Kontaktpersonen festzunehmen. Das Telefon wurde abgehört und ein Soldat der Kompanie mußte jeden Tag das Band beim Polizeipräsidium abholen.

Im Folgenden berichtet Hugo García, daß er auch beteiligt war bei der Überwachung der neunköpfigen Delegation der brasilianischen Rechtsanwalts-Kammer (Ordem de Advogados do Brasil), die in Montevideo den Fall der Verschleppung untersuchte. Schon von der Flughafenterrasse aus, dann vom ersten Stock des Regierungsgebäudes (gegenüber dem Hotel der Delegation gelegen) fotografierte er die Mitglieder der Gruppe, während andere Mitglieder seiner Kompanie über Sprechfunk die Beobachter in Zivil informierten. Im Regierungsgebäude sei bereits alles für sie vorbereitet und geregelt gewesen...



Erklärung der PVP

Der Generalsekretär der 'Partei für den Volkssieg' Cores gab im Juni 1980 im mexikanischen Exil zu dem Bericht von Hugo García eine Erklärung ab, in der er u.a. feststellt: Die Anklagen der PVP hätten sich nun bestätigt. Außer Lilian und Universindo seien insgesamt 30 Mitglieder der Partei und alles in allem 110 uruguayische Oppositionelle heute 'verschwinden', von denen man wisse, daß sie in Argentinien, Paraguay oder Brasilien mit Hilfe der dortigen Repressionsorgane verschleppt worden seien - abgesehen von den Tausenden im Land Inhaftierten und den vielen Ermordeten. Er stellt u.a. fest:

"Entgegen dem, was der uruguayische Botschafter vor der Organisation Amerikanischer Staaten, Giambruno behauptete, handelt es sich hier nicht um 'die Aktion von unkontrollierbaren Gruppen', sondern von festen Organen der Repression, die der Struktur der Streitkräfte eingegliedert sind und hierarchisch den militärischen Oberkommando untergeben sind. Im Fall der 'Kompanie für Gegeninformation' besteht eine direkte Verantwortung des gegenwärtigen Oberkommandierenden Luis Queirolo und des gegenwärtigen Innenministers General Nufez. Mehr noch: Der gegenwärtige Staatssekretär des Innenministeriums, Oberst Calixto de Armas, war es, der die Ausführung der Entführung von Lilian und Universindo direkt leitete und zu diesem Zweck mehrmals nach Brasilien fuhr. (...)

Unsere Partei weist darauf hin, daß diese selben Generäle, die für solche terroristischen Akte außerhalb der Landesgrenzen und für die Aufrechterhaltung eines despotischen Regimes im Land verantwortlich sind, nun für sich in Anspruch nehmen, einen politischen Plan durchführen zu wollen, der zum Ziel habe, in unserem Land ein System demokratischer Institutionen wiederzuerichten.

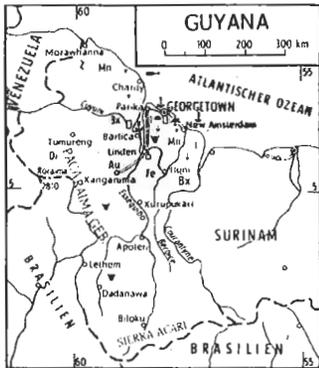
Die internationale Öffentliche Meinung kann den Kriminellen, die heute an der Spitze des Staates stehen, nicht den geringsten Glauben schenken. Im kommenden November wird das uruguayische Volk angesichts des Plebiszits, mit dem die Diktatur sich zu legitimieren beabsichtigt, massiv NEIN zum Despotismus und zur Tyrannei des heutigen Militärregimes sagen."

Guayana

Politischer Hintergrund der Ermordung von Walter Rodney

Am 13.6.1980 wurde Walter Rodney, einer der profiliertesten Historiker der Dritten Welt in seiner Heimat Guayana Opfer eines politischen Attentats. Er war der bedeutendste Sprecher der Arbeiterbewegung in Guayana, Integrationsfigur der verschiedenen ethnischen Gruppen und Mitbegründer der sozialistischen "Working Peoples Alliance" (WPA), deren Kampf sich gegen die neokolonialistischen Herrschaftsverhältnisse in Guayana richtet. Die Ermordung Rodneys bildet den vorläufigen Höhepunkt staatlicher Repression der Regierung Forbes Burnham und seinem "Peoples National Congress" (PNC).

Mit der Ausnutzung rassistischer Unterschiede und Konflikte greift Burnham auf ein bewährtes Herrschaftsinstrument der Kolonialzeit zurück. Das heute 800 000 Einwohner zählende Guayana fiel nach 200jähriger Beherrschung durch verschiedene Kolonialmächte 1814 endgültig an Großbritannien. Bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts waren afrikanische Sklaven nach Guayana verschifft worden, um dort auf den Zuckerplantagen zu arbeiten, womit sich in der Kolonialzeit die Plantagenwirtschaft als dominante Produktionsweise herausbildete. Nach der Abschaffung der Sklaverei 1833 verließen große Teile der schwarzen Bevölkerung die Plantagen und bildeten kooperative Dorfgemeinschaften, die in der Hauptsache Subsistenzwirtschaft betrieben. Als Ersatz für die afrikanischen Sklaven wurden Kontraktarbeiter aus Portugal, China und vor allem Indien angeworben, die sich als Lohnarbeiter auf den Plantagen verdingen mußten. Als die indische Regierung 1917 diese Entwicklung stoppte, waren die Inder bereits zum Hauptträger der Zuckerproduktion geworden.



Die durch die zunehmende Auflösung der Subsistenzwirtschaft freigesetzten Afro-Guayaner wurden seit 1914 mehr und mehr im Bauxitabbau eingesetzt oder fanden in der städtischen Verwaltung und Kleinindustrie Arbeit.

Die Rassentrennung nach Wirtschaftsbereichen wurde zu einem entscheidenden Moment der Herrschaftsstabilisierung. Die Konkurrenz zwischen indischen und afrikanischen Arbeitskräften senkte die Löhne, Arbeiter der verschiedenen Rassen wurden gegeneinander als Streikbrecher eingesetzt; die Solidarisierung der Arbeiter als Klasse wurde so verhindert.

Gegenwärtig setzt sich die Bevölkerung des Landes aus folgenden ethnischen Gruppen zusammen: 50% Inder, 32% Afrikaner, 12% Mischlinge, 4% Indios, 2% Chinesen und Europäer.

Im Zuge des antikolonialen Kampfes gegen Großbritannien gelang es 1922 erstmals einer Gewerkschaft, afro-guayanische Arbeiter in den Städten und indische Plantagenarbeiter zu vereinen. 1950 gründete der Indo-Guayaner Cheddy Jagan auf der Basis verschiedener Gewerkschaften die "Peoples Progressive Party" (PPP), die nach den ersten freien Wahlen 1953 die Regierung bildete. Der englischen Kolonialmacht gefiel der eindeutig sozialistische Kurs der PPP nicht. In der Phase des Kalten Krieges stand dieser Kurs eindeutig im Widerspruch zur Truman-Doktrin, deren Ziel es war, eine Ausbreitung des Sozialismus im Machtbereich des Westens mit allen Mitteln zu verhindern. Nach gut vier Monaten ließ die englische Regierung die Verfassung suspendieren und setzte eine Interimsregierung ein. 1955 spaltete sich ein reformistischer Flügel um den Afro-Guayaner Forbes Burnham vom marxistisch beeinflussten Flügel um Jagan ab und bildete den "Peoples National Congress". Die kurze Allianz der beiden großen ethnischen Gruppen war zerbrochen, die Parteizugehörigkeit war nun weitgehend von der Rassenzugehörigkeit bestimmt.

Als 1957 in Guayana wieder gewählt wurde, konnte Jagan jedoch seine Mehrheit gegenüber dem von London und Washington unterstützten Burnham behaupten. Trotz einer immer stärker werdenden Obstruktionspolitik der imperialistischen Mächte und sinkender Exporterlöse für Bauxit – des neben Zucker und Reis wichtigsten Exportprodukts – gewann Jagan auch die Wahlen von 1961. Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahm die Opposition unter Burnham zum Anlaß, die regierende PPP und damit die Indo-Guayaner für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. Immer häufiger entlud sich die Polarisierung zwischen den Rassen in gewaltsamen Konflikten, die durch Subversion des CIA und die ins Land gerufenen britischen Truppen geschürt wurden.

Auf Betreiben der USA nahm die britische Regierung 1964 erhebliche Veränderungen am herrschenden Wahlrecht in Guayana vor. Im gleichen Jahr noch hatten diese Veränderungen das gewünschte Ergebnis: Burnham ging mit der ultra-rechten "United Force" eine Koalition ein und bildete eine neue Regierung. Unter diesen Umständen war Großbritannien bereit, die Kolonie 1966 in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Der erste Entwicklungsplan der Regierung Burnham 1966–1972, der von Arthur Lewis entworfen wurde, sah vor allem den Ausbau der Infrastruktur vor, um Anreize für private Investitionen zu bieten. Ausländischem Kapital wurden weitgehende Steuer- und Zollvergünstigungen eingeräumt. Die Effekte blieben jedoch gering, an der kolonialen Wirtschaftsstruktur änderte sich wenig. Unter dem Druck der Opposition und um sich eine größere Basis in der Bevölkerung zu verschaffen, wandelte sich die Politik Burnhams. Guayana wurde zur "kooperativen Republik" erklärt. Gegen hohe Entschädigungen wurden bis heute ca. 80% der guayanischen Wirtschaft verstaatlicht; ausländische Banken und Versicherungen blieben trotz der Forderungen der PPP von der Nationalisierung ausgenommen.

An den Lebensbedingungen der Bevölkerung hat sich jedoch nichts geändert. Sie lebt weiterhin unter den Bedingungen absoluter Armut und extremer Ausbeutung. Eine Diversifizierung der Wirtschaft hat kaum stattgefunden, die monokulturellen Wirtschaftsstrukturen blieben bestehen. Guayana hat seine Rolle im System der internationalen Arbeitsteilung nicht geändert.

1976/77 fielen die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt, die Bauxitnachfrage ging zurück. Beide Produkte haben zusammen einen Anteil von 78% am Gesamtexport des Landes. Die Folge war ein wachsendes Zahlungsbilanzdefizit; die Devisenreserven reichten nicht einmal mehr aus, um die notwendigen Lebensmittelimporte finanzieren zu können. Die Staatsverschuldung stieg auf 900 Mill. Dollar; die Inflationsrate erhöhte sich auf 25%; die Erdölpreise zogen drastisch an; die Arbeitslosigkeit stieg auf 25%. Angesichts dieser Lage beantragte Burnham einen Kredit beim Internationalen Währungsfonds, für den er restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen zusagen mußte: dramatische Kürzung des Sozialhaushaltes, Erhöhung der indirekten Steuern, Streichung der Nahrungsmittelsubventionen, Beschränkung der Importe, Entlassungen – um nur einige Maßnahmen zu nennen. Ein weiterer Preisanstieg und sinkende Reallöhne waren die Folge.

Parallel dazu sollten verstärkte Anreize für ausländische Direktinvestitionen, besonders in den gerade nationalisierten Bereichen Bergbau und Bauxitabbau gegeben werden. Das Auslandskapital sollte die Grundlage der weiteren Entwicklung bilden.

Die Folge dieser Politik war ein immer klareres Hervortreten der Klassenkämpfe. Die bis dahin latenten sozialen Spannungen entluden sich in Streiks und Demonstrationen. Die Regierung ging mit massivem Militäreinsatz und un-er Ausnutzung des Rassenkonfliktpotentials gegen Streikende und Demonstranten vor. Steigende Ausgaben für Polizei und Armee (1972: 16 Mio Dollar, 1976: 72 Mio. 1 Guayana-Dollar = 0,80) begleiten die Verschärfung der sozialen Spannungen.

Staatliche Repression und Herrschaftssicherung haben sich seit der Machtübernahme Burnhams auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt: wer Arbeit finden will, muß eine Mitgliedskarte der PNC vorlegen können. Die guayanischen Streitkräfte sind eher eine Parteiarmee als eine nationale Armee. Angehörige des öffentlichen Dienstes, der Polizei und des Militärs werden nicht auf die Verfassung eingeschworen, sondern auf die Partei. Durch die zunehmende Entwicklung zur Einparteindiktatur werden die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften immer stärker eingeschränkt; die sogenannte Arbeiterkontrolle – eine Form der Mitbestimmung, die die Regierung als sozialistische Errungenschaft preist – beschränkt sich darauf, ein oder zwei loyale Betriebsangehörige in der Unternehmensführung mitreden zu lassen. Eine wichtige Rolle spielt die scheinbar regierungsunabhängige pseudoreligiöse Sekte "House of Israel", deren Führer David Hills seine Botschaften täglich über den Staatsrundfunk verbreiten darf. Seine Anhänger werden als Streikbrecher eingesetzt und dienen der Regierung als Schlägertrupps.

Darüber hinaus versuchte Burnham 1978 seine Stellung mit Hilfe eines gefälschten Referendums über eine neue Verfassung zu festigen. Schon die Wahlergebnisse von 1968 und 1973 waren erheblich gefälscht worden; aber die Fälschungen wurden bei weitem von den Manipulationen bei dem Referendum von 1978 übertroffen. Obwohl 90% der Guayaner das Referendum boykottierten, "gelang" der Regierung eine Wahlbeteiligung von 71% und eine Mehrheit von 96% für das Referendum. Damit war es Burnham möglich, die 1978 fälligen Wahlen zu verschieben. Die neue Verfassung sieht u.a. vor, daß bei künftigen Verfassungsveränderungen eine Volksbefragung nicht mehr notwendig ist.

Gegen die sich verschärfende Repression ist die legale Opposition, die PPP, machtlos. Sie vertritt zwar Arbeiterinteressen, kann jedoch aufgrund ihrer geringen Verankerung bei den Afro-Guayanern diese kaum vertreten.

Gerade in diesem Zusammenhang spielt die "Working Peoples Alliance" des ermordeten Walter Rodney eine zunehmend wichtige Rolle. 1974 von Guayanern afrikanischer und indischer Herkunft gegründet, begann die marxistische, radikal-demokratisch orientierte Bewegung erfolgreich damit, die Rassegegensätze abzubauen und eine sozialistische Alternative zu Burnhams PNC darzustellen. Für die WPA ist die Einheit der Arbeiterklasse eine unverzichtbare Voraussetzung für die Erlangung der Macht in Guayana. Die Nationalisierung der im Auslandsbesitz befindlichen Zuckerplantagen und Eauxitminen war für die WPA nur ein Schritt auf dem Weg zur Kontrolle ihrer eigenen Ressourcen, nicht jedoch die erste Phase einer sozialistischen Transformation.



Walter Rodney

"Die grundlegende Frage ist nicht länger die Umverteilung, sondern in welcher Form die direkten Produzenten Kontrolle über die Produkte ihrer eigenen Arbeit erlangen können" (Rodney). Der Kampf gegen die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte in Guayana ist gleichbedeutend mit dem Kampf für sozialistischen Fortschritt und demokratische Rechte.

Die wachsende Popularität des schwarzen Politikers Walter Rodney und der WPA auch bei der indischen Bevölkerung und die enger werdende Zusammenarbeit zwischen der WPA und der PPP wurden für Burnham immer gefährlicher. Als die WPA ankündigte, sich an den für 1980 angesetzten Wahlen zu beteiligen, wurden Rodney und andere führende Köpfe der WPA wegen Brandstiftung verhaftet (vgl. LN Nr. 74/79). Unter Teilnahme ausländischer Beobachter offenbarte der Prozeß die Haltlosigkeit der Vorwürfe. Elf Tage später wurde Walter Rodney durch eine Bombe ermordet.

Die Ermordung Rodneys ist das vorläufige Ergebnis und der Höhepunkt eines Kampfes zwischen der unterdrückten guayanischen Bevölkerung und dem Versuch des ums Überleben kämpfenden Regime Burnhams, demokratische Legitimation durch blutigen Terror zu ersetzen. Es wird nicht nur eine Frage der Entwicklung in Guayana selbst sein, wie lange sich dieses Regime noch an der Macht halten kann.

Guayana ist bisher auf der politischen Landkarte der Solidaritätsbewegung in der BRD nahezu ein weißer Fleck. Seit einiger Zeit existiert nun ein Solidaritätskomitee. Kontaktadresse: Guayana-Komitee, Koopstr. 10, 2 Hamburg 13

Die letzte Rede Walter Rodneys

Am 9. Juni, vier Tage vor seiner Ermordung, hielt Walter Rodney auf einer Versammlung der "Working Peoples Alliance" eine Rede, aus der wir einige Auszüge abdrucken:

"Die Verschärfung der staatlichen Repression hängt damit zusammen, daß die Masse des Volkes hungrig ist, daß die Masse des Volkes unter Krankheiten leidet und daß die Dienste der Sozialfürsorge zusammenbrechen. Es gibt eine fundamentale Verbindung zwischen der Gewalt des Staates und der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen. Wir müssen diese Mechanismen durchschauen und begreifen, daß die Gewalt so lange weitergehen wird, bis das Volk sein Schicksal in die eigene Hand nimmt und sich und seine Kinder befreit.

Die staatliche Gewalt richtete sich gegen die Zuckerarbeiter, die in einen gerechtfertigten Streik traten, um ihren legitimen Anteil am Gewinn zu fordern. Wir sehen, wie der Staat gewaltsam auf die Unruhe der Massen reagiert. Ob es um die Macht, die Wahlen oder das Referendum geht: die nackte Gewalt ist für alle sichtbar.

Wir haben die politischen Morde gesehen und erlebt - den Mord an Bruder Darke, einem jesuitischen Priester, der von den Henkern des Regimes direkt vor der Polizeiwache umgebracht wurde. Wir haben den Mord an Koama erlebt, der von der Polizei kaltblütig niedergeschossen wurde, den Mord an Dublin, der beim Verlassen eines Nachtclubs erschossen wurde; sie behaupteten, Dublin sei ein Krimineller gewesen.

Wenn ein Regime zum politischen Mörder degeneriert, dann ist dies eine sehr ernste Sache und wir müssen aufpassen, daß wir hier in Guayana diesen Dingen gegenüber nicht gefühllos werden. Denn das ist es, was das Regime braucht: daß wir unsensibel werden, so wie sie in Haiti versucht haben, die Massen gegenüber der Gewalt gefühllos zu machen.

(...) Deshalb müssen wir wachsam sein: wir müssen gegen diese Form der Gewalt, die uns in unserem Land unterdrückt protestieren.

Seit dem 11. Juni des letzten Jahres gibt es eine Kampagne des Regimes zur Zerstörung unserer Partei, der WPA. Aber trotz der Polizei, der Justiz, der Repression und der Henker wurde die WPA nicht vernichtet. Man kann die besten Hoffnungen des Volkes von Guayana nicht liquidieren. Das Regime soll es laut und deutlich hören: wir sind hier um zu bleiben. (...)

Das Regime kann sich nur durch die ständige Anwendung von Gewalt an der Macht halten. Wir kennen die Geschichte der Wahlen. Wir haben das alles erlebt; es ist wichtig, daß wir nicht das Gefühl des Abscheus gegenüber diesen Machenschaften verlieren (...) Wir müssen den Zorn und den Abscheu gegen diese Machenschaften wiedergewinnen, um ihnen ein Ende zu machen.

Wenn wir dieses Gerede über Gewalt und Verrat hören, dann müssen wir die Situation analysieren und verstehen, wer Gewalt ausübt und gegen wen. Die tägliche Gewalt, über die ich rede, ist der Kampf ums Essen. Es ist eine grausame Gewalt, wenn eine Mutter morgens wach wird und kein Essen findet, um ihre Kinder zu ernähren. Dies ist die obszönste Art von Gewalt. Dies ist die furchtbare Gewalt des Regimes. Diese Leute kennen keine Scham. (...)

Wir sind entschlossen, für eine Regierung der nationalen Einheit und des Wiederaufbaus und für die interrassische Einheit der arbeitenden Menschen zu kämpfen."

aus: Caribbean Contact, July 1980

GUATEMALA

In den letzten Monaten haben wir immer häufiger über den zunehmenden Terror in Guatemala informiert. Das Massaker in der spanischen Botschaft war einer der 'publikumswirksamsten' Höhepunkte in der Entwicklung dieses Landes. Über die Hintergründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, über die Situation im Land wird nur wenig bekannt. Kaum jemand weiß, daß sich seit 4,5 Jahren das guatemaltekeische Volk aus den Niederlagen eines langen und blutigen Widerstandes erhoben hat und sich in einer langsamen aber unaufhaltsamen Prozeß vereint. Der Norden Guatemalas, die Provinz Quiché befindet sich bereits im Kriegszustand. Die kleine Oberschicht, die mit allen Mitteln versucht ihren Reichtum und ihre Privilegien zu erhalten, läßt dem guatemaltekeischen Volk keine andere Wahl als den bewaffneten Aufstand.

Zahllos sind heute die Familien von Opfern politischer Morde und Massaker oder von Leuten im Untergrund - ihre Familien müssen von den verbliebenen Genossen ernährt, ihre Kranken gepflegt, ihre Felder von ihnen bebaut und abgeerntet werden. Die Flucht ganzer Familien ist heute ein alltägliches Problem, vor allem im sogenannten Kriegsgebiet der Provinz El Quiché.

Der Staatsterror zwang und zwingt die Bevölkerung zum Aufbau solidarischer Organisationsstrukturen für die gegenseitige Hilfe, zum Schutz vor Spitzeln und vor Verfolgung durch Armee, Polizei und Terrororgane. Die verbliebenen Kader stehen dabei vor der Aufgabe, für ihre ermordeten, vertriebenen oder untergetauchten Kollegen Leute zu finden, was in einem Land mit ca. 90 %igem Analphabetismus unter der Landbevölkerung eine gigantische Bildungsaufgabe darstellt. Lehrmittel in indianischen Sprachen müssen dabei erst geschaffen werden. Da der Terror jede politische Öffentlichkeit zerstört, ist ein Verteiler von Kampf- und Informationszeitschriften nur noch über ganz kleine Zonen möglich; dies zwingt zur vollständigen Dezentralisierung von Druckerei- und Informationsaufgaben: früher bestehende relativ weit verbreitete und umfangreiche Zeitschriften müssen durch zahlreiche kleinste ersetzt werden. Dies unter Bedingungen des Analphabetismus, wo die Illustration der Texte die Erklärung politischer Inhalte unterstützen muß. Die Notwendigkeit äußerster Mobilität wie ständiger Wechsel von Wohnorten der Kader und von Versammlungslokalen bedingt den Aufbau äußerst vieler, aber sehr kleiner Infrastrukturen. So sind die in der Bevölkerung entstandenen revolutionären Organisationen gezwungen, Aufgaben zu übernehmen, die über das, was wir gewöhnlich unter politischer oder gewerkschaftlicher Arbeit verstehen, weit hinausgehen. Die neuen Institutionen eines revolutionären Guatemala schlagen bereits Wurzeln.

Das Informationsinteresse an Guatemala sollte sich deshalb ganz darauf konzentrieren, die Unterstützungsbedürfnisse und -möglichkeiten der bestehenden und entstehenden revolutionären Organisationen kennen und verstehen zu lernen. Unter diesem Gesichtspunkt sollen die Vereinfachungen und Schematisierungen der folgenden Ausführungen über Guatemala verstanden werden.



Die Wirtschafts- und Sozialstruktur Guatemalas

Guatemala hat heute rund 7 Mil. Einwohner. Davon sind 4 Mill. Indios. 65 % der Bevölkerung sind Kleinbauern, 70 % Analphabeten. Die Indios haben ihre eigene Kultur, eigene Sprachen, ihre eigenen Institutionen, sie besitzen, wenn überhaupt, Grundstücke, die so klein und karg sind, daß der Ertrag zur Ernährung ihrer Familien meist nicht ausreicht. Das zwingt sie, einige Monate im Jahr auf den Plantagen, z.B. an der fruchtbareren Pazifikküste, zu arbeiten. Dahin werden sie jedes Jahr wie Vieh in Lastwagen transportiert, um Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr für den Export zu ernten.

Das guatemaltekeische Agrarsystem, eine Kombination von Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz, prägt den Alltag der Kleinbauern. Der Großgrundbesitz befindet sich in den warmen und fruchtbaren Regionen, vor allem an der Pazifikküste. Der Kleingrundbesitz vor allem im kargen und kalten Hochland. Hätte der Kleinbauer genügend Land, bliebe er in seinem Dorf und der Großgrundbesitzer hätte keine oder zuwenig Landarbeiter. Würde der Landarbeiter ständig im Plantagengebiet leben, müßte ihm der Großgrundbesitzer mehr Lohn zahlen, und er wäre bei der gegenwärtigen technologischen Rückständigkeit und Arbeitsabhängigkeit der guatemaltekeischen

Landwirtschaft auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. Das Wirtschaftssystem beruht also auf der gegenseitigen Abhängigkeit von Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz.

Durch den technologischen Fortschritt in der Landwirtschaft, die Anwendung chemischen Düngers, die Einführung neuer Kulturpflanzen und die Steigerung der Viehzucht wird auch die Nutzung bisher wirtschaftlich uninteressanten Landes rentabel. Die Folge davon ist verstärkte Vertreibung der Kleinbauern aus ihren angestammten Gebieten. Der Analphabetismus und die jesuitische Unerfahrenheit erschweren es den Kleinbauern sich gegen den Landraub zu wehren.

Jährlich werden so gut 30000 Kleinbauern aus dem Hochland in die Hauptstadt vertrieben. Guatemala-Stadt hat inzwischen über 4 Mill. Einwohner. Jährlich kommen durch Geburtenüberschuß und Abwanderung vom Land etwa 50000 Einwohner dazu. Über die Hälfte der Bewohner der Hauptstadt sind arbeitslos und wohnen in Elendsvierteln. Für den Unterhalt der Familie sorgen vielfach die Frauen, die als Gelegenheitsverkäuferinnen, Dienstmädchen, Prostituierte und Bettlerinnen das Überleben ihrer Familie zu sichern versuchen. Demgegenüber ist das Wachstum anderer Städte-Quetzaltenango im indianischen Hochland, Escuintla im Pazifikküstengebiet und die atlantische Hafenstadt Puerto Barrios - äußerst gering. Auffallend ist dort der hohe Anteil von Frauen: Sie kommen aus den umliegenden Dörfern und lassen sich in den Städten ausbeuten, um das Einkommen ihrer Familie zu verbessern. In den Städten lebt eine Mittelschicht von Dienstleistungsangestellten, die eine "moderne Wirtschaft" von Banken, Niederlassungen ausländischer Unternehmen und eine "moderne Kultur" wie Schulen und Universitäten, medizinische Versorgung und Massenmedien unterhalten - für sich und die herrschende Klasse. Daneben gibt es eine kleine Industriearbeiterklasse, vor allem im Bau- und Nahrungsmittelsektor, die hauptsächlich in der Hauptstadt und in Escuintla neben wirtschaftlicher auch politische Bedeutung gewonnen hat.

Die Entstehung der heutigen revolutionären Situation

Die politische Geschichte Guatemalas im letzten halben Jahrhundert ist durch die ständige Auseinandersetzung zwischen konservativen Militärdiktaturen und populistischen Reformversuchen gekennzeichnet, die letztendlich auf dem Rücken des Volkes ausgetragen wurde.

Im Jahre 1944 wurde der General Jorge Ubico, der seit langen Jahren an der Macht war, durch einen Militärputsch gestürzt. Aus dem Militärputsch entwickelte sich ein bis heute unvergessener Modernisierungsprozeß, der die Integration der Wirtschaft und die Mobilisierung und Organisation der Arbeiter und Bauern vorantrieb.

Der Staat, regiert von demokratisch gewählten Militärs, Arevalo und danach Arbenz, behielt sich dabei wichtige Rollen in der Förderung neuer Industrien und Institutionen vor: es entstanden Schulen, Kranken- und Sozialversicherungen, Gewerkschaften und Parteien und ein demokratisches parlamentarisches System, welches immerhin zweimal funktionierte. Die Arbeiterbewegung wurde von der Stadt aufs Land, vor allem auf den nichtindianischen Teil, ausgedehnt. Obgleich Ende der vierziger Jahre noch fast 2/3 der gesamten Bevölkerung Indios waren, gab man von Anfang an der Lösung der Probleme des nichtindianischen Bevölkerungsteils den Vorzug, der auf die Städte und den Osten konzentriert ist.

Die Landreform führte bekanntlich wegen der Entweignung von Ländereien des Bananenkonzerns United Fruit Company 1954 zu einer Intervention nordamerikanischer Söldner. Damit wurde die

populistische Revolutionsperiode abgeschlossen. Sie lebt jedoch bis heute weiter in der seither durch und durch korrumpierten Revolutionsären Partei, die unablässig ihre sozialdemokratischen Ideale verriet, jedoch zahlreiche Abspaltungen, die jene weiter hochhalten wollen hervorbrachte. So entstanden die beiden heutigen sozialdemokratischen Parteien FUR (Frente Unido para la Revolucion/Vereinigte Front für die Revolution) und PSD (Partido Socialdemocrata/Sozialdemokratische Partei). Mit der Konterrevolution dagegen identifizierte sich die Nationale Befreiungsbewegung/MLN, die heute wie damals die radikale Rechte verkörpert.

1960 entstand aus einem Militärputsch junger Offiziere die erste Guerillabewegung, die Bewegung des 13. November, zwei Jahre darauf aus einer Spaltung der Kommunistischen Partei der Arbeiter die FAR (Fuerzas Armadas Rebeldes/ Bewaffnete Rebellen Streikkräfte). Die Regierungen waren damals wie heute Militärdiktaturen, die sich äußerlich, wenn auch nie tatsächlich, an demokratische Spielregeln hielten. Die Konterrevolution mußte außerdem systematisch die in zehn Jahren aufgebauten Volksbewegungen zerstören. Hierzu waren die öffentlich vorgehenden staatlichen Terrororganisationen der Armee und Polizei nicht ausreichend, sodaß diese durch halbstaatliche Terrorgruppen oder Todesschwadronen ergänzt wurden, die heute wie damals mit den staatlich anerkannten personell eng verflochten sind.

Entscheidend in der neuesten guatemalteckischen Geschichte ist das zweite populistische Experiment, nämlich die Regierung von Mendez Montenegro, die einzige Zivilregierung Guatemalas innerhalb der letzten 25 Jahre. Mendez Montenegro sah seine Regierung als die dritte der Revolution (nach Arevalo und Arbenz) an. Sie versuchte gemäß dem sozialdemokratischen Ideal, dem Staat wieder eine größere konstruktive Bedeutung zu geben, indem sie - unter Finanzminister Fuentes Mohr (der im Januar 1979 in der Hauptstadt erschossen wurde) - eine Steuerreform in Angriff nahm, die, obwohl vom Parlament genehmigt, von den Industriellen und Großgrundbesitzern schlicht und einfach boykottiert werden konnte.

In Hinsicht auf das Gewalt- und Terror Klima, das in Guatemala herrschte, begründete Mendez die auch im heutigen sozialdemokratischen Europa herrschende Theorie der entgegengesetzten Extremismen: dieses Klima sei allein auf die Auseinandersetzung der extremen Rechten mit der extremen Linken zurückzuführen. Aufgrund der Stärke der Guerilla im Osten des Landes gestattete die Armee Mendez die Übernahme der Präsidentschaft nur unter der Bedingung, daß das Innenministerium einem Offizier übergeben werde. Unter dessen Führung wurde Guatemala unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Guerilla wieder in eines der seit Jahrhunderten sich wiederholenden Blutbäder gestürzt.

Unter dem Schutz der "dritten revolutionären Regierung" machte die Armee einen bedeutsamen Wandel durch. Sie wollte die Aufgabe nur Dienerin der herrschenden Klassen zu sein, ablegen und selbst ein Teil der herrschenden Klasse werden. 1970 übernahm der frühere Innenminister Arana Osorio die Regierung; er zwang die Guerilla innerhalb von zwei Jahren zum vollständigen Rückzug aus dem Osten des Landes.

Die Offiziere begannen nun, sich ebenfalls am wirtschaftlichen Reichtum des Landes zu beteiligen. Denn Guatemala besitzt im Norden des Landes, im Urwaldgebiet des Peten, unermessliche Landreserven, die nahezu ein Drittel der Oberfläche ausmachen. Hier liegen die einzigen Landreserven, von denen noch Besitz ergriffen werden konnte (wobei die selben ökologischen Probleme wie im Amazonasurwald entstehen). Nun setzt allerdings Landbesitz, um einen Reichtum darzustellen, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften voraus.

Schon mit Beginn der Konterrevolution dachte die Armee daran, durch Umsiedlung der Kleinbauern aus dem "übevölkerten" Hochland in den Peten, eine Art Landreform durchzuführen, die die Interessen der herrschenden Klasse nicht verletzen sollte. Diese Landreform würde auch die nötigen Arbeitskräfte verfügbar machen. Außerdem wurden in der Zone, wo das Hochland in den Peten übergeht, Bodenschätze, vor allem Nickel und später auch Erdöl gefunden. Mangels technischer Kenntnisse mußte die Armee den Nickelabbau und einen Teil der Erdölgewinnung an nordamerikanische Firmen abtreten. Umso stärker aber begann sie sich der Viehzucht zu widmen, und mit der Ausbeutung der bisher brachliegenden Wasserkräfte der Flüsse Chixoy, Ixcán und Usamacinta, um Elektrizität nach Mexico zu exportieren und für die Erzgruben und Ölfirmen nutzbar zu machen. Die Armee erhob deshalb diese ganze Übergangszone zum Urwald, die vom Ixcán zum Atlantik verläuft, zu einer besonders wichtigen, der Armee zu unterstellender Entwicklungszone, der 'Franja Transversal del Norte'. Sie wird nun auch durch eine neue Straße erschlossen.

Die Hauptschauplätze des Befreiungskampfes

Es ist nun keineswegs erstaunlich, daß der wichtigste Schauplatz, sowohl der Repression wie auch des Befreiungskampfes gerade in dieser Zone, der Franja Transversal del Norte, liegt. Die meisten größeren Massaker Guatemalas innerhalb der letzten 5 Jahre, wie das im Ixcán, das von Panzos, die unablässigen Massaker im Gebiet der Ixiles, d.h. in Nebaj, Chajul und Cotzal, im Norden der Provinz Quiché fanden in dieser Region statt. Hier finden ständig Landenteignungen. Die Region ist von Militärstützpunkten übersät, von welchen aus die Offiziere ihre eigenen (wirtschaftlichen) Interessen und die eingessener Großgrundbesitzer durchsetzen. Dabei bombardiert die Luftwaffe ganze Dörfer.

Da im neuerschlossenen Urwaldgebiet immer noch Arbeitskräftemangel herrscht, versucht man gewaltsam, die saisonalen Wanderungsströme zum Teil in den Peten umzuleiten. Die Franja Transversal del Norte ist seit Jahrhunderten von Indianern bewohnt. Ixiles, Kekchies und Quichés bewohnen sie. Die gemeinsame Repression gegen die Indianer dieser verschiedenen Sprachgruppen führt zu einer bisher in der guatemalteckischen Geschichte einmaligen Vereinheitlichung ihres Widerstandes. Die Bevölkerung führt heute tatsächlich in einem Teil dieser Zone Krieg (Nebaj, Cotzal, Chajul, Uspantan). In dieser Gegend entstand zum Zeitpunkt der Vertreibung der alten Guerillabewegung aus dem Osten die neue Guerilla. Das EGP (Ejercito Guerrillero de los Pobres/ Guerillaheer der Armen) ist die wohl zur Zeit stärkste bewaffnete Gruppe. Im Unterschied zur alten Guerilla ist die Basis nun der indianische campesino. Es kennzeichnet überhaupt den heutigen Befreiungskampf Guatemalas, daß die Indianer mit einer früher nicht gekannten Eigeninitiative in den Kampf eingetreten sind. Sie betrachten den heutigen Kampf gerade als Befreiungskampf der Indianer. Die bewaffneten Gruppen sind heute imstande, in den verschiedenen Sprachen der Indianer sich an diese zu richten. Sie haben damit eine der wichtigsten Beschränkungen der alten Guerilla überwunden.

Ein weiterer wichtiger Schauplatz des Befreiungskampfes ist das Plantagengebiet der Pazifikküste. In der Plantagen gibt es zwei Typen von Landarbeitern: solche, die ständig dort wohnen und die meistens neben der Plantagenarbeit ein kleines vom Grundbesitzer gepachtetes Stück Land bewirtschaften; und die Saisonarbeiter (cuadrilleros), die aus dem indianischen Hochland kommen. Vor allem letztere sind Opfer einer ungleichen Ausbeutung. Organi-

siert wird diese von den Arbeitsvermittlern, die in den Dörfern des Hochlandes zu den reichsten Bewohnern gehören. Es gelang nun in den letzten Monaten einer im indianischen Hochland verwurzelten Bauerngewerkschaft, der CUC (Comité de Unidad Campesina/Komitee für die Einheit der Bauern), in der gesamten Arbeiterschaft der Küste vorbildliche Organisationsarbeit zu leisten, die im Februar dieses Jahres zu einem zweiwöchigen Streik bisher unbekanntem Ausmaßes in Guatemala führte: Über 70000 Arbeiter schlossen sich schließlich dem Streik an. Die Hauptforderung war eine Vierfachung des Minimallohnes; erreicht wurde ein Regierungsdekret, wonach der Minimallohn verdreifacht wurde. Natürlich wird in einem großen Teil der Plantagen, auch den staatlichen, der neue Lohn nicht ausbezahlt, sodaß der Kampf weitergeht. Das Erstaunliche an dem Streik war, daß es den Lohnarbeitern gelang, jede größere Auseinandersetzung mit den staatlichen Terrororganisationen Polizei und Armee, zu vermeiden. Alle Plantagen wurden durch die Bauern kontrolliert. Es wurde für den Fall repressiver Aktionen mit der Verbrennung der Ernte gedroht; teils wurde diese Drohung auch wahr gemacht.

Der dritte Kampfschauplatz ist das Vulkanhochland, das sich durch fruchtbaren Boden auszeichnet, der jedoch durch Gebirgigkeit und Erosion bedroht ist. Durch den Wandel landwirtschaftlicher Praktiken nahm die Spaltung zwischen besser- und schlechter gestellten Kleinbauern zu, die Übergriffe von Großgrundbesitzern mehrten sich. Neben den klassischen Produkten wie Mais und Bohnen, sowie teilweise auch Weizen, wird hier mit dem Anbau von Gemüse begonnen, das vorwiegend für den Markt in der Hauptstadt bestimmt ist, sowie für ausländische Konservenfabriken. Der Anbau von Grundnahrungsmitteln wird zugunsten von Produkten reduziert, die von der indianischen Bevölkerung kaum konsumiert werden können. Zusätzlich hat die Einführung moderner landwirtschaftlicher Maschinen zu zahlreichen Entlassungen geführt. Die Bauern antworteten mit Demonstrationen und Besetzungen von Kirchen, die von der CUC unterstützt und organisiert wurden.

Auf den beiden letztgenannten Kampfschauplätzen kämpft, nach langer Vorbereitungszeit, die letztes Jahr an die Öffentlichkeit getretene Guerillagruppe ORPA (Organización del Pueblo en Armas/Organisation des Volkes in Waffen).

Der vierte Kampfschauplatz sind die Städte, besonders die Hauptstadt. Die Industriearbeiter und die Bewohner der Elendsviertel sind hier führend. Die Industriearbeiter besaßen noch aus der Zeit vor 1954 Reste einiger Gewerkschaftsstrukturen, die sie langsam wieder aufbauten. Am wenigsten behindert wurde erst einmal der Aufbau der CNT, der nationalen Arbeiterzentrale, an die auch die Gewerkschaft der Coca-Cola Arbeiter angegliedert ist. Der Hauptaktionär von Coca-Cola in Guatemala, ein Nordamerikaner namens John Trotter, bekämpft seit 1975 den Aufbau einer Gewerkschaft der Coca-Cola Arbeiter. Er sorgte persönlich für den Einsatz staatlicher und halbstaatlicher Terrororganisationen in der Coca-Cola Fabrik. Gewerkschaften sind zwar nach der guatemalteckischen Verfassung nicht verboten, ihre Legalisierung dauert aber manchmal Jahre. Hauptmittel im Kampf gegen die Gewerkschaft sind Gründungsversuche von gelben Gewerkschaften, Entlassungen, Bedrohungen und in zunehmendem Maße Ausschaltung sämtlicher Gewerkschaftsführer durch organisierten Mord. Seit 1976 gibt es den gewerkschaftlichen Dachverband CNUS (Komitee für die Einheit der Gewerkschaften), der heute die führende und umfassende Arbeiterorganisation ist. Ihr gehört auch der CUC an.

Durch harte Militanz zeichnen sich die Bewohner der Elendsviertel

aus. In der rasch wachsenden und sich ausbreitenden Stadt wird der öffentliche Verkehr zu einem immer schwierigeren Problem. Es gibt kein einheitliches Unternehmen für die städtischen Verkehrsbetriebe, sondern über 10 private Busgesellschaften. Eine Busfahrt kostet ohne Umsteigen 5 centavos (10 Pf.), der Tageslohn bei regelmäßiger Arbeit beträgt zwischen 5 - 8 Dm. Nun müssen die Bewohner der Elendsviertel, wenn sie Arbeit suchen, in die Stadt. Dies würde entweder eine Verlängerung der alten oder eine Einführung neuer Buslinien verlangen. Die Busgesellschaften sind aber nicht bereit, neue Investitionen zu tätigen. Die Folge ist, daß die Elendsviertel für den öffentlichen Verkehr nicht erschlossen sind. Die Busgesellschaften versuchen seit Jahren den Fahrpreis zu erhöhen, was für die meisten Stadtbewohner untragbar wäre. Selbst der sozialdemokratische Bürgermeister Colon Argueta (im März 1979 in der Hauptstadt erschossen) vermochte in seiner Amtsperiode Anfang der 70er Jahre trotz einer gigantischen Planungsarbeit nichts zu verwirklichen als zahllose Bände über die optimale Organisation der von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Verkehrsbetriebe. Die Bevölkerung, unter Führung der Bewohner der Elendsviertel, widetzte sich in blutigen Demonstrationen in den Straßen der Hauptstadt wiederholte Male und über Wochen hinweg jedem Versuch einer Fahrpreiserhöhung. Die Hauptstadt wurde mehrmals tagelang lahmgelegt.

Eine wichtige Rolle spielen in der Hauptstadt die Studenten und die Intellektuellen, deren Zentrum die staatliche Universität San Carlos ist. Zahllos führende Intellektuelle werden Monat für Monat ermordet, und da sie meistens bekannt sind, vergißt man neben ihnen die Masse namenloser Bauern, die den Massakern zum Opfer fallen. Die Studenten sind an allen wichtigen Kämpfen beteiligt und sie spielen im heute laufenden Vereinheitlichungsprozeß des kämpfenden Volkes eine wichtige Rolle.

Dieser Prozeß führte, auf Initiative des Gewerkschaftsverbandes CNUS, im Februar 1979 zur Gründung einer umfassenden Demokratischen Front gegen die Repression, zu der der größte Teil der legalen Volksorganisationen gehört: der CNUS, die Studentenvereinigungen, die Organisationen der Elendsviertel, Gruppen engagierter Christen und die beiden sozialdemokratischen Parteien (insgesamt 147 Organisationen). In der sogenannten FRENTE sind jedoch bis heute die vier existierenden Guerillagruppen nicht vertreten. Drei dieser Gruppen haben sich inzwischen zusammengeschlossen: die EGP, die FAR, die PGT (bewaffnete Fraktion der Kommunistischen Partei); die ORPA steht in Verhandlung mit den 3 Gruppen.

Nicht vertreten sind bisher in der FRENTE zahlreiche indianische Gruppen, die sich weigern, sich von der Stadt aus organisieren zu lassen (wie es zwischen 1944 und 1954 versucht wurde). Für sie geht es im Kampf um Befreiung um die Befreiung der Indianer von 500 Jahren Unterdrückung durch Vertreter einer ihnen fremden Kultur. Diese Gruppen sind nach dem Massaker in der spanischen Botschaft, in den Ruinen der alten Hauptstadt der Cakchiquales, in Iximche, zusammengetroffen, um danach mit einem sehr militanten Manifest an die Öffentlichkeit Guatemalas und der Welt zu treten, in dem der Befreiung der Indianer Priorität eingeräumt wird in der guatemalteckischen Revolution.

Sie sehen das politische Grundproblem Guatemalas in dem gegen die Indianer seit der spanischen Eroberung gerichteten Rassismus. Dieser verliert durch die zutreffende Feststellung, alle Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern seien Proletarier, nichts an der Relevanz der alltäglichen Diskriminierung.

Informationen und Materialien zu beziehen über: Informationsstelle

G U A T E M A L A Friedrichstr. 25, 8000 München 40
Postcheckkonto München Nr. 2081 59 - 802

Brasilien

Hat der Löwe keine Zähne mehr?

Die Erfolge der Volksbewegung der letzten zwei Jahre, die Aufhebung der Zensur und die Rückkehr der Exilierten, haben ohne Zweifel eine Veränderung des politischen Klimas bewirkt. Die Frage ist nur, inwieweit dies provisorisch ist (man denke nur an die "distensão" Geisels 1974, der dann die "repressão" 1975 folgte), oder ein nicht mehr aufzuhaltender Prozeß, über den die Militärs schon teilweise die Kontrolle verloren haben.

Freitas Diniz, Abgeordneter des Bundesstaates Maranhão und Mitglied des PT, erklärte vor kurzem im Abgeordnetenhaus: "Der Löwe hat keine Zähne mehr. Es wird nichts passieren." Er und eine kleine Gruppe von Parlamentariern benutzen das Abgeordnetenhaus, um konsequent die Diktatur anzuprangern. Die anderen Abgeordneten, die sich noch sehr wohl an die verschiedenen cassações (Aberkennung des Abgeordnetenmandats und Entzug aller politischen Rechte) durch den institutionellen Akt Nr. 5 erinnern können, die bis 1976 alle die Diktatur offen angreifenden Abgeordneten betraf, haben dieser Gruppe schon den Spitznamen "Kamikazes" gegeben. Der institutionelle Akt Nr. 5 ist zwar offiziell abgeschafft, aber in Wirklichkeit durch ein extrem repressives Nationales Sicherheitsgesetz ersetzt bzw. "modernisiert" worden. Gegen Chico Pinto vom PMDB liegt zur Zeit eine Anschuldigung aufgrund dieses Gesetzes vor. Sein "Verbrechen": Er unterstützte öffentlich den Abgeordneten Cunha, der wie Pinto verurteilt wurde, daß ein halbes Dutzend Leute, Militärs oder nicht, sich gegenseitig mit guten Führungszeugnissen oder Erste Kommuniionsmedaillen auszeichnen, in Wirklichkeit aber nicht mehr sind als Verräter an der Sache des Volkes, Totengräber der Freiheit und Schmarotzer öffentlicher Gelder sind.

Die Repression ist subtiler geworden, wie subtil, mag folgendes Beispiel belegen: Am 2. Juli 1980 fand eine Demonstration gegen die Politik des Gouverneurs von São Paulo, Maluf, in einem Vorort von São Paulo statt. Die 400 Demonstranten, Arbeiter, Lehrer, Priester und Politiker, wurden von einer mit Tränengas und Schlagstöcken bewaffneten Gruppe angegriffen und brutal verprügelt. 6 Personen wurden krankhausreif geschlagen. Die Angreifer in Zivil setzten sich aus Verwaltungsbeamten, Polizisten, Geheimpolizisten der DOPS und Wahlhelfern von Maluf zusammen, auf dessen ausdrücklichen Befehl sie handelten.

Die Mittelklassen steigen aus

Als mit der Krise 1974 wenn nicht der endgültige Bankrott, so doch die Kehrseite des brasilianischen "Wirtschaftswunders", die fortschreitende Massenverelendung und die Unterdrückung jeglichen Protests, im In- und Ausland mehr beachtet wurden, vergrößerte sich

auch der Spielraum der demokratischen Opposition. Gerade die Knebelung der Gewerkschaften und das 1966 bis 1979 bestehende Verbot aller Parteien außer der beiden offiziellen ARENA und MDB bewirkte, daß andere Institutionen die Demokratieforderungen zum Ausdruck brachten.

Die Kirche nimmt dabei schon seit den sechziger Jahren eine wichtige, wenn auch sehr ambivalente und kontroverse Stellung ein, die im wesentlichen von der Auseinandersetzung zwischen dem konservativen Teil der Kirche, die die Diktatur mehr oder weniger offen unterstützt und dem vor allem an der Basis wirkenden Linkskatholizismus geprägt ist. (Die Radikalisierung bis hin zum Maoismus der Ação Popular kann hier paradigmatisch für diese Strömung innerhalb der brasilianischen Kirche gelten.) Aber selbst die katholische Hierarchie merkte, daß eine völlige Identifikation mit der Diktatur ihre Resonanz bei den Massen schmälerte, womit auch das Anschwellen der animistischen Kulte und anderer Religionen zusammenhängt. Die Entstehung der kirchlichen Basisgemeinschaften (comunidades eclesiais de base - CEB) ist sowohl auf den Willen der katholischen Hierarchie zurückzuführen, im Anschluß an die Konferenz von Medellín 1968 die Basis wiederzugewinnen, als auch auf die Bestrebungen an der Basis, die christlichen Ideale von Solidarität, Gleichheit und Brüderlichkeit neu zu beleben.

Dementsprechend unterschiedlich sind auch die CEBs. Ohne auf die Organisation der CEBs näher einzugehen (es gibt in Brasilien ca. 40.000!) seien hier nur zwei Aspekte erwähnt, die besonders wichtig im Hinblick auf den Demokratisierungsprozeß erscheinen: Zum einen fungierten die CEBs für viele Militante als eine Art Regenschirm, unter dessen Schutz sie weiter Basisarbeit leisten konnten, zum anderen unterstützten die CEBs einen Bewußtseinsprozeß, der die Bewohner eines Stadtviertels oder Dorfes über ihre gemeinsame schwierige Lebenssituation zur aktiven Teilnahme an möglichen Veränderungen führte. Die Hierarchie der brasilianischen Kirche bleibt aber nach wie vor eher konservativ, wenn auch einige progressive Bischöfe die Diktatur anprangern oder streikende Arbeiter unterstützen, wie z.B. bei den letzten Metallarbeiterstreiks in São Paulo, wo Kirchen den Streikenden als Versammlungsort und Zufluchtsstätte dienten und von der Polizei brutal geräumt oder sogar zerstört wurden.

Auch den berufsständischen Organisationen der Mittelklassen fiel es am Anfang leichter, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Die Kammer der brasilianischen Rechtsanwälte (OAB) setzt sich seit ihrer 5. Vollversammlung vom August 1974 für die Amnestie der politischen Gefangenen ein. Seit 1978 unterstützt sie die Forderung nach einer allgemeinen und uneingeschränkten Amnestie.

Die Ärzte sprachen sich wiederholt gegen die Folterungen in Brasilien aus, denen auch die Ärzte ausgesetzt waren, die sich geweigert hatten, ihre ärztliche Schweigepflicht im Falle der Behandlung von Verfolgten etwa zu brechen.

Ähnliche Stellungnahmen wurden auch von anderen Verbänden veröffentlicht. Regelmäßig erscheinen von Abgeordneten, Künstlern, Professoren und Politikern unterzeichnete Protesterklärungen, die demokratische Freiheiten fordern und die Ausbeutung der Reichtümer des Landes ohne Nutzen für die Bevölkerung verurteilen.

Die Journalisten, die Militärdiktaturen oft ein Dorn im Auge sind (siehe die Ermordung Vladimir Herzogs 1975), fordern seit 1977 durch die brasilianische Pressevereinigung AIB die Generalamnestie sowie andere, ihren spezifischen Interessen entsprechende Forderungen wie Pressefreiheit, ungehinderte Berichterstattung etc. Ein wichtiger Erfolg der brasilianischen Opposition war die Aufhebung der Präventivzensur im Juni 1978 gewesen. So konnte die Nummer 155 der Zeitung "Movimento" zum ersten Mal völlig unzensuriert

und ohne geschwärzte Artikel erscheinen. Seitdem hat sich die alternative Presse (imprensa *nanica*) zu einem Sprachrohr der Opposition entwickelt und dient gleichzeitig der Verbreiterung und Vereinheitlichung der sozialen Kämpfe.

Die Studentenbewegung, die 1968 in Rio mit verbalradikalen Forderungen zwar die Sympathien der Bevölkerung genoß, anschließend jedoch völlig isoliert von der Diktatur zerschlagen wurde, war einige Jahre praktisch inexistent. 1977 begann sich eine neue Studentenbewegung herauszubilden, was mit der Reorganisation der vor 1964 so wichtigen União Nacional dos Estudantes UNE einen Höhepunkt erreichte. Das enorme quantitative Wachstum der Studentenschaft sowie die damit zusammenhängende Verschlechterung der Studienbedingungen und das Entstehen einer teuren privaten Bildungsindustrie bewirkten eine stärkere Hinwendung zu konkreten Forderungen, die sich direkt auf die Lage der Studenten beziehen. Es handelt sich hingegen noch nicht um eine einheitliche UNE wie vor dem Putsch, sondern die Flügel- und Fraktionskämpfe verschiedener marxistischer Gruppierungen haben die Ausstrahlung der UNE beeinträchtigt, so daß sie eher versuchen muß, Anschluß an die sozialen Kämpfe zu finden, als daß sie an deren Spitze stände wie noch 1968.

Da die Zahl der mit der Repression konfrontierten Brasilianer, sei es direkt oder über Freunde und Verwandte, ständig wuchs, ergab sich die Notwendigkeit einer breiten Amnestiebewegung, nach dem schon verschiedene Sektoren sich öffentlich für eine solche ausgesprochen hatten. Ein erster und wichtiger Schritt war die Gründung der Frauenbewegung für die Amnestie MFPA von 1975. 1978 vereinigte sich das Brasilianische Amnestiekomitee mit allen anderen Gruppen, die die sich für die Amnestie einsetzen, und gleichzeitig erhob das gewählte nationale Leitungsorgan die Forderung nach einer einheitlichen, allgemeinen und uneingeschränkten Amnestie. Das CBA erstellte eine Liste der Opfer der Militärdiktatur seit 1964, startete eine Kampagne für die Befreiung politischer Gefangener brasilianischer Nationalität in Argentinien und Uruguay und setzte sich für die Rehabilitierung und Wiedereinstellung aller Degradierten ein.

Im Juni 1979 antwortete die Regierung Figueiredo mit einem eingeschränkten Amnestiegesetz.

Ausgeschlossen sind Blutverbrechen, d.h. "terroristische Verbrechen" wie Entführungen, Überfälle, Attentate auf Personen etc. In den "Genuß" der Amnestie kommen jedoch nur regelrecht Verurteilte. Konkret hieß das, daß von den 10.000 Exilbrasilianern rund 90% zurückkehren konnten, und 2/3 der offiziellen politischen Gefangenen freikamen. Zweck dieses Amnestiegesetzes war es, die Opposition zu spalten in der Hoffnung, daß viele Brasilianer sich mit dieser beschränkten Amnestie zufrieden geben würden. Die Regierung mußte bis heute aber in vielen Einzelfällen nachgeben, so bei besonders populären Oppositionsführern oder als "besonders gefährlich" eingestuft Regimekritikern.

Die Rückkehr der Vergessenen

Die Diktatur, 1964 mit Hilfe der durch die Inflation beunruhigten und durch die wachsende Mobilisierung der städtischen und ländlichen Arbeiter verunsicherten Mittelklassen an die Macht gekommen, versucht heute, mit der "abertura" die Unterstützung eben dieser durch das brasilianische Wirtschaftsmodell ruinierten und durch die Repression stark betroffenen Mittelklassen zurückzugewinnen und seine Basis zu erweitern. Daher die Konzessionen in Bezug auf Pressefreiheit und Amnestie, Rechte, auf die gerade die Mittelklassen besonders ansprechbar sind. Nur ist es fraglich, inwieweit das Regime die elementaren sozialen Rechte von den bür-

gerlichen Freiheiten abkoppeln kann. Die Proletarisierung breiter Teile der Mittelklassen hat zu einer Übereinstimmung mit vielen Forderungen der unteren Klassen geführt. Als wichtigstes Beispiel für eine soziale Massenbewegung, deren Träger sich bis in die Mittelklassen hinein erstrecken, mag der Movimento do custo de vida, MCV, der sich im Januar 1979 in Movimento contra a carestia, MCC, umbenannte, gelten. Seit 1973 arbeitend hat sich der MCC 1978 zu einer breiten Massenbewegung entwickelt. An einer Unterschriftenaktion beteiligten sich 1,5 Mill. Einwohner von Sao Paulo. Die Forderungen, Preisbindung für Grundnahrungsmittel und vollen Inflationsausgleich für die Löhne, wurden dem Präsidenten mit einer großen Öffentlichkeitskampagne überreicht. Der MCC, im Reproduktionsbereich, der Peripherie von São Paulo und dann auch von Salvador und Rio, verfügt über enge Kontakte zu den kämpferischen Gewerkschaften. Allgemein läßt sich feststellen, daß die "abertura", selbst Resultat des veränderten Kräfteverhältnisses in Brasilien, seinerseits wieder die Artikulation von wie auch immer von Diskriminierung betroffenen Gruppen erleichtert hat.

ORGANIZAÇÃO DAS MULHERES



DIE
ORGANISIERUNG
DER
FRAUEN

Auffallend bei allen Ansätzen zu autonomen Aktionen und Organisationen der armen städtischen Bevölkerung ist die aktive Teilnahme von Frauen. Denn nicht nur die Amnestiebewegung, sondern auch die Lebenshaltungskostenbewegung geht auf die Initiative von Frauen zurück, die sich zuerst in Mütterclubs mit den steigenden Lebenshaltungskosten beschäftigten. Aber nicht nur aktive Partizipation, sondern auch die Einrichtung spezifischer Organisationsformen von Frauen ist keineswegs mehr beschränkt auf die Mittelklassen (wie die kleinbürgerliche Federação Brasileira pelo progresso feminino der Vorkriegsjahre). Davon zeugen der Kongreß der Metallarbeiterinnen in Sao Paulo im letzten Jahr oder der II. Kongreß der Frau von São Paulo am 8/9. März dieses Jahres, an dem ca. 3500 Frauen und 100 Männer teilnahmen. Selbst in der sich gerade konstituierenden Homosexuellenbewegung SOMOS bildete sich eine Untergruppe des Lesbico Feminista. Eine andere Mehrheit, die allen vorherrschenden Klischees zum Trotz doch einer verschleierte und daher umso schwerer zu bekämpfenden Diskriminierung ausgesetzt ist, sind die Schwarzen. Die verschiedenen kulturellen und politischen Bewegungen haben sich im Movimento Negro Unificado zusammengeschlossen, dessen 1. Kongreß im Dezember 1979 in Rio stattfand, wo ein Aktionsprogramm gegen jede Rassendiskriminierung und für die Unterstützung der Kämpfe aller unterdrückten Völker verabschiedet wurde.

Wie die tägliche Diskriminierung aussieht, beschreibt Lenny, Mitglied des M.N.U. so in der Zeitung "Em Tempo": "Mein Vater sagte mir, daß ich diskriminiert werden würde. Als ich Arbeit suchte, habe ich das kapiert. Wenn in einer Anzeige steht daß "gutes Aussehen" notwendig ist, ist klar, Schwarz ist unerwünscht. Noch vor der Diskriminierung als Frauen fühlen wir die Diskriminierung als Schwarze"



Die Politik der "relativen Öffnung" ermöglichte auch neue Perspektiven für die Gewerkschaftsbewegung, die vielerorts als Bewegung bis in die späten 70er Jahre hinein totgesagt war. Wie war es möglich, daß sich aus dem politischem Schattendasein, in dem die Gewerkschaften sich seit dem Putsch von 1964 befanden, gemessen an der Mobilisierung eine der kämpferischsten, wenn nicht die zur Zeit kämpferischste Bewegung in ganz Lateinamerika entwickeln konnte?

Nach außen hin hatte alles damit angefangen, daß durch eine Untersuchung der Weltbank aus dem Jahre 1977 herauskam, daß die Regierung die Inflationsrate von 1973 gefälscht und damit den an der Inflationsrate orientierten Lohnzuwachs der Arbeiter und Angestellten nach unten manipuliert hatte. Hierauf reagierten die Metallarbeitergewerkschaften im Großraum São Paulo mit den ersten größeren Mobilisierungen seit 10 Jahren. In der zunächst als Lohnkampagne geführten Auseinandersetzung wurden in ihrem weiteren Verlauf schnell Forderungen erhoben, die deutlich machen, daß grundlegende gewerkschaftliche Rechte den Brasilianern bis auf den heutigen Tag vorenthalten sind.

Die gesetzliche Grundlage für diese Entmündigung der brasilianischen Arbeiter findet sich in der nunmehr seit über 40 Jahren bestehenden Arbeitsgesetzgebung ("Consolidação das Leis de Trabalho" - CLT), die aus der Zeit des "Estado Novo" (1937-45) unter Getúlio Vargas stammt und sich an den korporativen Ordnungsvorstellungen der Arbeitsgesetze des italienischen Faschismus orientiert. Kennzeichnend für die brasilianische Gewerkschaftsstruktur ist die totale Unterordnung unter den Staat vertreten durch das Arbeitsministerium. Dieses stellt gewissermaßen den "Gewerkschaftsverband" dar. Ihm sind alle Ebenen der Gewerkschaftshierarchie verantwortlich. Grundsätzlich lassen sich drei Ebenen voneinander unterscheiden: die Konföderationen auf in der Regel nationaler Ebene, die Föderationen auf bundesstaatlicher, und

die Syndikate auf regionaler Ebene. Es herrscht das Prinzip der Einheitsgewerkschaft für die verschiedenen Branchen und Berufsgruppen. Diese sind jedoch horizontal und vertikal voneinander isoliert, was bedeutet, daß weder die Syndikate, Föderationen und Konföderationen von verschiedenen Berufsgruppen untereinander Kontakt halten dürfen, noch innerhalb einer Berufsgruppe die verschiedenen Ebenen aufeinander Einfluß ausüben können. Alle Fäden laufen im Arbeitsministerium zusammen, da sich nach dem Prinzip "Teile und herrsche" die effektive Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung gesichert hat.

Zu den wichtigsten Instrumenten, die diese Kontrolle sichern sollen, gehören die ausgeklügelten Bestimmungen über die Anerkennungsverfahren, die Finanzpolitik, die Aufsicht über die Wahlen, sowie die Kontrolle der "ideologischen Sauberkeit" der Gewerkschaftsführer. Das mit Abstand wichtigste Instrument ist das der Intervention ("intervenção"): die Regierung hat das Recht, gewählte Gewerkschaftsführer abzusetzen, wenn sie ihr politisch nicht in den Kram passen. Der vom Arbeitsministerium ernannte "interventor" führte dann die Geschäfte im Regierungsinteresse weiter. Eine derartige Beschränkung der Interessenvertretung hatte Entmündigung und Bürokratisierung zur Folge, die wie in anderen lateinamerikanischen Ländern dazu geführt haben, daß sich eine Schicht von offiziellen "gelben" Gewerkschaftsbonzen herausgebildet hat, der die Gunst des Arbeitsministeriums wichtiger ist als die Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Kämpfe der letzten Jahre werden dem gegenüber weitgehend von der Gewerkschaftsbasis getragen. Die "Gewerkschaftsopposition" und die "authentischen" Gewerkschaften führen einen erbitterten Kampf gegen die etablierte Struktur der Arbeiterorganisationen. Im Mai 1978 streiken im Zentrum der brasilianischen Automobilindustrie, in der sog. ABC - Region um São Paulo, 120.000 Arbeiter drei Wochen lang und erreichen die ersten Tarifverträge ohne Einmischung der Regierung. Obwohl sich die Lohnerhöhung in bescheidenen Rahmen hält, 11% bei einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 40%, zeigt der Verlauf des Streikes jedoch, daß bei einer hohen Kampfbereitschaft und Mobilisierung dem System Vorteile abgetrotzt werden können, und die Instrumente der Regierung, Illegalisierung und Intervention, nicht mehr uneingeschränkt greifen.

Ein Jahr später einigen sich die Metallgewerkschaften des Staates São Paulo, die insgesamt 400.000 Arbeiter vertreten, auf eine einheitliche Lohnforderung von 78% für die Tarifverhandlungen des Jahres 1979. Der zunächst ausgehandelte Vertrag wird von der Mehrheit der Metalller abgelehnt. Am 12. März legen 200.000 Arbeiter die Arbeit nieder, und fast täglich versammeln sich 60 - 80.000 Metalller im Fußballstadion von Sao Bernardo do Campo, um über den Verlauf des Streiks zu diskutieren und zu beschließen. Diese Form der "Stadiondemokratie" bricht radikal mit den bislang üblichen Formen innergewerkschaftlicher Entscheidungsfindung und stellt abgesehen von den Lohnforderungen eine entscheidende Gefahr für die Gewerkschaftsstruktur dar. Entsprechend hart ist die Reaktion der Regierung. Brutal geht die Polizei gegen Streikposten vor den Werkstoren vor. 10 Tage nach Beginn des Streiks interveniert die Regierung: Sie läßt die Gewerkschaftszentralen der ABC - Städte umstellen und setzt die Gewerkschaftsführer ab. Doch bringen diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg. Der Streik dauert an, und die Lage spitzt sich bedrohlich zu. Gewalttätige Zusammenstöße von Streikenden mit der Polizei sind an der Tagesordnung. In dieser Situation sieht sich die Regierung zum Kompromiß gezwungen. Man einigt sich darauf, eine aus Vertretern des Arbeitsministeriums, der Unternehmen und der Gewerkschaften bestehende Kommission einzusetzen, die

einen neuen Vertrag aushandeln soll. Außerdem wird die zunächst abgesetzte Gewerkschaftsführung wieder eingesetzt, ein beispielloser Vorgang in der jüngeren brasilianischen Geschichte. Mitte Mai einigt man sich schließlich auf eine einheitliche Lohnerhöhung von 63% sowie auf eine 50%ige Lohnfortzahlung für den Lohnausfall während der Streiktage.

Der Streik vom Oktober 1979 zeigt, wie trotz aller Behauptungen von Regierungsseite weiterhin keine Skrupel gezeigt werden, mit brutalsten Mitteln gegen Streikende vorzugehen: Santos Dias da Silva, Metallarbeiter und langjähriger Führer der Gewerkschaftsopposition, wird vor den Toren seiner Firma von der Polizei erschossen.

Die bislang härteste Kraftprobe fand im April und Mai dieses Jahres statt. Die Gewerkschaften waren mit der Forderung nach 15% Reallohnzuwachs (also 15% auf den Inflationsausgleich) sowie einem Katalog von 24 Punkten angetreten, der die Garantierung eigentlich selbstverständlicher gewerkschaftlicher Grundrechte forderte. Als bis zum 30. März, Stichtag für die Verhandlungen, Regierung und Unternehmen sich als unzugänglich erwiesen hatten, beschlossen die Gewerkschaften den bisher längsten, 41 Tage währenden Streik, der bis zu 90% befolgt wurde und den Unternehmen erhebliche Einbußen brachte. Kennzeichen für die wachsende Unsicherheit staatlicherseits, auf solche Aktionen zu reagieren, ist die zunächst vom Arbeitsgericht São Paulo abgegebene Erklärung, man fühle sich nicht zuständig, über "Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit" des Streiks zu befinden. Damit waren der Regierung zunächst die Hände gebunden, offen zu intervenieren. Doch was das Arbeitsgericht von São Paulo versäumt hatte, holte dann das Bundesarbeitsgericht nach: Es erklärte den Streik für illegal und schuf damit die Grundlage für die Intervention und die Verhaftung der führenden Gewerkschaftsfunktionäre. Ebenso müssen sich demnächst die Organisatoren der Streikfonds vor Gericht verantworten. Ihnen allen wird vorgeworfen, gegen die "nationale Sicherheit" gearbeitet zu haben.



Erschossener Bauarbeiter in Belo Horizonte

Dieses brutale Durchgreifen der Regierung, was auch in Versammlungs-verböten und gewaltsamer Auflösung von Demonstrationen zum Ausdruck kommt, spiegelt wider, inwieweit die herrschenden Klassen Brasiliens tatsächlich bereit sind, mit der Demokratisierung Ernst zu machen. Wo massiv zentrale Eckpfeiler des gegenwärtigen brasilianischen Herrschaftssystems in Frage gestellt werden, schlagen die Militärs mit aller Gewalt zu. Sie haben dabei die volle Unterstützung der Konzerne, unter ihnen an prominenter Stelle VW und Mercedes.

Markiert dieser Streik die Grenzen des politischen Spielraums der Oppositionskräfte gegenüber dem Staat, so macht er jedoch auch die Grenze des Durchhaltevermögens der kämpferischen Gewerkschaften deutlich. Zwar konnte der Streik trotz der Verhaftung und der Gewerkschaftsspitze durch das Einspringen basisorientierter Komitees fortgesetzt werden, doch mußte er dann doch aufgrund der Erschöpfung der Streikkassen am 11. Mai mehr oder weniger ergebnislos

abgebrochen werden. Es ist zweifelhaft, darin nur den Sieg der Regierung zu sehen - immerhin erregte der Streik zum ersten Mal massiv internationales Aufsehen, was sich in zahlreichen Solidaritätserklärungen und Spendenaktionen ausdrückte.

Die Streiks der letzten Jahre blieben nicht auf die Metallarbeiter von São Paulo beschränkt. Die Gewerkschaften der Lehrer, Bankangestellten, Bauarbeiter und Busfahrer nutzen die neu gewonnenen Möglichkeiten. Im April 1979 und März 1980 kam es zu breiten Arbeitsniederlegungen der Lehrer von Minas Gerais und Rio Grande do Sul, die höhere Löhne und sicherere Arbeitsplätze forderten. Bankangestellte erreichten die Wahl kämpferischer Gewerkschaftsführer in die Direktionen.

Die härtesten Auseinandersetzungen spielen sich jedoch im Baugewerbe ab, wo zusätzlich zu den niedrigen Löhnen die schlechten Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeit, nur zeitweise Beschäftigung, und Lohnbetrügereien die Situation der Arbeiter dieses Sektors bestimmen. Im Juli 1979 kam es zu schweren Ausschreitungen in Belo Horizonte, in deren Verlauf ein Arbeiter von der Polizei erschossen wurde.

Praktisch alle oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften haben sich die Zerschlagung der bis heute gültigen Gewerkschaftsstruktur zum Ziel gesetzt. Als wesentlicher Bestandteil gilt hier die Gründung einer Einheitsgewerkschaft, die die Zersplitterung der Arbeiterklasse in einzelne Sektoren überwindet und einen geschlossenen Kampf möglich machen soll.

Tiradentes heute - Wer zieht dem Löwen die Zähne?

Bei der Einschätzung der gegenwärtigen politischen Konjunktur in Brasilien stellt sich die Frage nach der Rolle der neuen Parteien im Demokratisierungsprozeß nach der Auflösung des von der Diktatur dekretierten Zwei-Parteiensystems mit ARENA als Regierungspartei und MDB als Oppositionsbewegung. Aus der ARENA entwickelten sich zwei Gruppierungen, der Partido Democrático Social, PDS, in dem sich der harte Kern der Reaktionen zusammengefunden hat - alle wichtigen Minister sind Mitglieder des PDS - und der Partido Popular, PP, der den "aufgeklärten Flügel" der ARENA und rechte Gruppierungen des MDB umfaßt. Eine Anknüpfung an den alten Partido Trabalhista Brasileiro, PTB, versucht die gleichnamige Partei unter Ivete Vargas. All diesen Parteien ist gemeinsam, daß sie bewußt an die populistische Tradition des brasilianischen Parteiensystems vor der Diktatur anknüpfen, das gekennzeichnet war von klientelistischen Beziehungen, einer weitgehend Klassegegensätze verschleiern den Ideologie der nationalen Integration und einer massiven Unterdrückung autonomer Basisbewegungen. In der Art der Parteigründung spie-

gelt sich ihr Politikverständnis, man gründet und entscheidet von oben nach unten. Nicht ganz frei von dieser Tradition, doch in kritischer Distanz befindet sich der Partido do Movimento Democrático Brasileiro, PMDB, der sich aus linken MDB - Abgeordneten, aber auch aus Teilen der Basisbewegungen rekrutiert und den letzteren auch innerparteiliche Autonomie gewährt. Allerdings ist der Standort des PMDB noch nicht sehr klar, da sich in ihm auch Gruppierungen der noch immer verbotenen kommunistischen Partei, PCB, und der maoistischen PCdoB befinden.

Am radikalsten gebrochen mit allen Formen populistischer Politik hat der Partido dos Trabalhadores, PT, der sich hauptsächlich aus den kämpferischen Gewerkschaften rekrutiert. Das ursprüngliche Übergewicht der Gewerkschaften hat sich in letzter Zeit durch die Einbeziehung anderer Oppositionsbewegungen und Basisorganisationen aus den städtischen Randgebieten relativiert. Als Parteigründung von unten nach oben stellt der PT auch eine Reaktion auf die Überideologisierung bestimmter Teile der marxistischen Linken Brasiliens dar und versucht konsequent von den Bedürfnissen der Basis her ein Programm zu entwickeln.



Über 1000 Delegierte aus 19 Bundesstaaten verabschieden das Manifest des PT.

Die wirtschaftliche Entwicklung zieht die Grenzen der Demokratisierung immer enger. 100% Inflation, eine mittlerweile 55 Mrd. Dollar schwere Auslandsschuld, Einfuhren, die in keinem Maße von den Ausfuhren gedeckt werden, Schrumpfung der Devisenreserven - das sind die Schlagworte, die die gegenwärtige Situation kennzeichnen. Unter diesen Vorzeichen könnte Brasilien in nicht allzu ferner Zeit eine Roßkur à la IWF bevorstehen, deren Auswirkungen die Beispiele Peru und Jamaica deutlich gezeigt haben: Konsequente Inflationsbekämpfung durch Abwertung der Währung, radikale Kürzung staatlicher Subventionsleistungen, vor allem jedoch Unterdrückung jedweder demokratischen Rechte, die die Roßkur "gefährden" könnte. Was dies für Brasilien bedeuten würde, ist nach allem vorher Beschriebenen klar: Ende der Demokratisierung und Rückkehr zur autoritär - repressiven Diktatur. Die Entwicklung der Oppositionsbewegungen in den letzten Jahren hat demgegenüber jedoch gezeigt, daß dies so ohne weiteres nicht mehr möglich sein dürfte. Es hängt von den oppositionellen Kräften nun in entscheidendem Maße ab, den vorhandenen Spielraum so weit und effizient zu nutzen wie möglich, um so den Demokratisierungsprozeß irreversibel zu machen.

"Gott ist Brasilianer - doch der Papst ist Pole!"

Johannes Paul II. in Brasilien

Einige lateinamerikanische Bischöfe waren wohl doch etwas zu optimistisch, als sie nach dem Besuch des Papstes in Puebla vor 18 Monaten auf die Lernfähigkeit des noch relativ jungen früheren Erzbischofs von Krakau setzten.

Hatte er in Mexiko durch eine Reihe widersprüchlicher Äußerungen Konservative wie Vertreter der Theologie der Befreiung gleichermaßen verwirrt, so konnte man jetzt hoffen, daß er sich unterdessen mit den Problemen des "katholischen Kontinents" stärker vertraut gemacht habe, um bei seinem Besuch in Brasilien eindeutige Positionen beziehen zu können. Seine ersten Äußerungen auf dieser Mammutreise (13 Städte, rund 13 000 km in 12 Tagen) nährten noch den Optimismus: kurz vor der Landung in Brasilia sagte der Papst zu Journalisten an Bord seines Flugzeuges: "Wir müssen nach Puebla nun einen Schritt weiter tun!"

In seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprache Figueiredos, in seiner ersten von ca. 50 Reden auf brasilianischem Boden überhaupt, übte er überraschend wenig diplomatische Zurückhaltung und schmitt die Themen Menschenrechte und soziale Ungleichheit an. Vor den in Brasilien akkreditierten Diplomaten verurteilte er gar die Ideologie der nationalen Sicherheit als "unzulängliches und bestenfalls oberflächliches Instrument zur Sicherung des inneren Friedens". Und vor Vertretern der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM in Rio wiederholte er schließlich die "vordringliche Option der Kirche für die Armen", wie sie bereits in Puebla von den Bischöfen Lateinamerikas bekundet worden war.

Aber auf alle 'progressiven' Aussagen folgten sehr bald wieder Abschwächungen, starke Einschränkungen oder totale Rücknahmen. So lobte er die Basisgemeinden als sehr "originellen Beitrag der lateinamerikanischen Kirche", warnte aber gleichzeitig vor der Gefahr ihrer einseitigen ideologischen Radikalisierung. So sprach er vor über 100 000 Arbeitern in Sao Paulo, die das solidarische Verhalten ihrer Bischöfe während des Metallarbeiterstreiks im April und Mai noch frisch in Erinnerung hatten davon, daß die Kirche sich immer für die Rechte der Arbeiter einsetzen werde. Er forderte menschenwürdige und gerechte Arbeitsbedingungen und verurteilte die einseitige Verteilung der Reichtümer und Güter des Landes. In derselben Ansprache wies er jedoch das "klassenkämpferische Denken" zurück und fügte wörtlich hinzu: "Der Klassenkampf ist nicht der Weg, der zur sozialen Neuordnung führt, weil er in sich das Risiko trägt, die Benachteiligten zu privilegierten zu erheben und für jene neue ungerechte Situationen schafft, die bis dahin die Vorteile auf ihrer Seite hatten".

Hier war seine Sorge um das zukünftige Schicksal der wenigen Reichen offensichtlich stärker als seine Sorge um das gegenwärtige Schicksal der vielen Armen. Was soll man von einer "Option der Kirche für die Armen" halten, wenn diese Option den gesellschaftlichen und politischen Aspekt ausklammert? Mag sein, daß Johannes Paul II. mit den Armen fühlt - er redet jedenfalls wie die Reichen!

Die brasilianische Bischofskonferenz, die mit ihren fast 280 Mitgliedern ein gutes Drittel aller lateinamerikanischen Bischöfe stellt, hat in der Vergangenheit wiederholt eine von Rom relativ unabhängige Haltung gezeigt. Die von ihr geduldeten oder

gar geförderten Entwicklungen innerhalb des lateinamerikanischen Katholizismus – Basisgemeinden und Theologie der Befreiung sind hier als wichtigste zu nennen – haben nicht den ungeteilten Beifall der vatikanischen Zentrale gefunden.

Doch das Selbstbewußtsein der Mehrheit der brasilianischen Bischöfe, in heftigen Kontroversen mit der Rechten und den Militärs gewachsen, scheint heute stark genug, um auch Beschwichtigungen und Drohungen aus klerikal-konservativen Kreisen Europas und des Vatikans zu überstehen, ohne die Sache des Volkes zu verraten. Es mehren sich sogar die Stimmen aus brasilianischen Bischofskreisen, die für eine konsequente Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Weges an der Seite des unterdrückten Volkes notfalls auch ohne oder gar gegen Rom plädieren.

Neben dem schon erwähnten Metallarbeiterstreik haben die brasilianischen Bischöfe – oder doch relevante Persönlichkeiten unter ihnen (z.B. Kardinal Arns, der Erzbischof von Sao Paolo, und die Bischöfe seiner Region) – seit Jahresbeginn noch bei zwei anderen wichtigen Gelegenheiten ihre klare und feste Haltung gegen die Herrschenden unter Beweis gestellt:

Am 14. Februar verabschiedete die Vollversammlung der brasilianischen Bischofskonferenz in Itaici bei nur 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen eine Denkschrift zum Thema "Die Kirche und die Problematik von Grund und Boden".

Darin analysieren die brasilianischen Bischöfe die Situation auf dem Agrarsektor, üben scharfe Kritik am herrschenden Agrarkapitalismus und fordern die Durchführung einer radikalen Landreform in Brasilien.

Und vom 20. Februar bis zum 2. März fand unter der Schirmherrschaft von Kardinal Arns in Sao Paolo ein ökumenischer Theologenkongreß statt, an dem 160 Delegierte aus 42 Ländern – darunter die führenden Vertreter der Theologie der Befreiung wie Gutierrez, Dussel, Boff, Bonino u.a. – teilnahmen. Die 5 zentralen Themen, die in Sao Paolo von den Theologen diskutiert wurden, sprechen weitgehend für sich:

- Von kirchlichen Basisgemeinden zu christlichen Volksgemeinschaften.
- Kultur, Rasse, Geschlecht und Klassenanalyse.
- Spiritualität der Befreiung.
- Die Märtyrer Lateinamerikas.
- Versöhnung zwischen Revolution und Christentum.

Die Spannweite innerhalb der katholischen Kirche – etwa zwischen den Verfechtern einer Theologie der Befreiung in Lateinamerika und dem Ghetto-Katholizismus in den osteuropäischen Ländern – drückte eine brasilianische Tageszeitung in der Schlagzeile aus: "GOTT IST BRASILIANER, doch der Papst ist Pole...!"

Das war nach dem ersten Tag des Papstbesuches.

In den letzten Tagen seines Brasilienaufenthaltes, nach einem Gespräch mit Dom Helder Camara und angesichts des Elends im brasilianischen Nordosten, hielt sich der Papst mit seinen Ermahnungen an die Adresse der brasilianischen Bischöfe auffallend zurück.

Vielleicht ist der polnische Papst am Ende dieser 12 Tage doch noch ein bißchen Brasilianer und damit auch Lateinamerikaner geworden...???

Nachlese der Lateinamerika-Tage

Vom 16. – 29. Juni wurden in Berlin (West) die Lateinamerika Tage '80 mit über fünfzig Veranstaltungen durchgeführt. Das Programm umfaßte Diskussionsveranstaltungen, Filmtage, Theateraufführungen, Ausstellungen, Dia-Vorträge, Lateinamerika-Gottesdienste, Pantomimenauftritte und ein großes Solidaritätskonzert.

Initiator, Koordinator und Hauptveranstalter war das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile – Lateinamerika (FDCL), das gemeinsam mit den in der Lateinamerika-Koordination West-Berlin zusammengeschlossenen Lateinamerika-Gruppen (Solidaritätskomitees und Exilvertretungen von Parteien) die Lateinamerika Tage bestritt.

Der Erfolg hat uns überrascht. Etwa insgesamt 12.000 Personen besuchten die Veranstaltungen. Das lokale Presse- und Rundfunkecho war gut (12 Rundfunksendungen der zwei West-Berliner Rundfunkanstalten und ca. 20 Zeitungsartikel in der lokalen Presse – daneben auch Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie Presseberichte auch in der Bundesrepublik).

Thematischer Schwerpunkt der Lateinamerika Tage war die kritische Auseinandersetzung mit den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika. Diese Themensetzung ist eng verbunden mit der strategischen Zielsetzung unserer politischen und Solidaritätsarbeit.

Im "Spendenauftrag zur Unterstützung der Lateinamerika Tage des FDCL" formulierten wir im März dieses Jahres:

"Daß der Schwerpunkt...auf den ersten Blick nicht auf Solidarität mit Nicaragua, Chile o.a. zielt, sondern die Bundesrepublik im Blickpunkt hat, hängt mit der Neuorientierung unserer Solidaritäts- und Internationalismus-Arbeit zusammen. Ohne unsere direkte Solidarität mit Lateinamerika zu vernachlässigen, wollen wir die politische Gewichtung der Solidaritätsarbeit mehr auf die Konflikte in der BRD orientieren. Solidaritätsarbeit kann unserer Meinung nach nur dann einen langfristigen politischen Stellenwert gewinnen, wenn sie sich als Teil politischer Arbeit der linken und alternativen Bewegung bei uns begreift, d.h. Impulse von dorthin aufnimmt und Impulse in sie hineingibt."

Und: "Mit den Lateinamerika Tagen wollen wir ein deutliches Zeichen setzen: a) für die Öffentlichkeit: daß die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik massive Einflußnahme in Lateinamerika üben – daß Lateinamerika daher nicht der ferne Subkontinent ist, sondern Investitions- und Handelsregion, Profitobjekt multinationaler Konzerne, Absatzmarkt für Waffen, Repressionstechniken und Atomkraftwerke!

b) für unsere linken und alternativen Freunde: daß wir aktive Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung, der Alternativbewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, den kirchlichen Basisgruppen und der übrigen Linken suchen."

Vor diesem Hintergrund ist der Erfolg der Lateinamerika Tage bescheidener zu beurteilen. Sie können nur Impuls gewesen sein, dessen Tragfähigkeit sich noch erweisen muß. Dies zuerst einmal auf der Westberliner Ebene. Die Solidaritätsgruppen haben sich bisher in der Regel nur aus spontanen Bedürfnissen heraus kurzfristig mit politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen verbunden. Notwendigkeiten momentaner Solidaritätsaktionen waren dabei die Richtschnur für Bündnisse. Langfristige strategische Bündnisarbeit im Sinne der unter b) aufgelisteten Bereiche war nicht gefragt, auch ernsthaft dann nicht, wenn Platfordiskussionen mit Parteien praktische Bündnisarbeit ersetzen sollten.

Mit den Lateinamerika Tagen hatten wir in der Frage langfristiger Bündnisse sehr weitreichende Pläne. Einzelne Veranstaltungen waren in der Themenstellung so konzipiert, daß sie in Vorbereitung und Durchführung langfristige Bündnisse in Gang setzen können (Beispiele: Gewerkschaftsveranstaltung mit dem Ziel, Interessenübereinstimmung zu finden zwischen deutschen und lateinamerikanischen Arbeitern und Gewerkschaftern, Diskussion über AKW-Export, kirchliche Veranstaltungen). Dies ist mehr oder weniger nur in Ansätzen erreicht worden. Diese Ansätze müssen wieder aufgegriffen und ausgebaut werden.

Des weiteren wollten wir gegen Ende der Lateinamerika-Tage ein zweitägiges Seminar mit westdeutschen Lateinamerika-Komitees durchführen, um anhand der Erfahrungen der Lateinamerika Tage die lockere Zusammenarbeit der verschiedenen Lateinamerika-Komitees auf eine organisierte, langfristige Ebene zu stellen. Dieser Plan scheiterte schlichtweg daran, daß die Organisierung der Lateinamerika-Tage uns dermaßen in Anspruch nahm, daß wir keine Zeit mehr für weiterreichende Pläne hatten.

So bleibt als Aufgabe, nach der Sommerpause diese Pläne erneut in Angriff zu nehmen:

1. Gemeinsam mit dem Aktionskreis Leben (AKL) und Anti-AKW-Gruppen wollen wir ein überregionales Wochenendseminar durchführen, auf dem das Problem des AKW-Exports in lateinamerikanischen Diktaturen und praktische Aktionsschritte dagegen diskutiert werden sollen.
2. Sowohl lokale als auch überregionaler Natur werden Seminare mit kirchlichen Basisgruppen sein. Auf der Berliner Ebene sollen sie dazu dienen, ein langfristiges Konzept koordinierter Lateinamerika-Solidaritätsarbeit in die Kirchen hinein zu entwickeln. Auf überregionaler Ebene geht es um eine koordinierte Vorbereitung des Evangelischen Kirchentages in Hamburg 1981.
3. Ein Wochenendseminar mit den westdeutschen Lateinamerika-Komitees wollen wir bis zum Jahresende nachgeholt haben. Wir bitten die Lateinamerika-Komitees, die Interesse an einer festeren überregionalen Zusammenarbeit haben, ihre strategischen Positionen zur Solidaritätsarbeit sowie ihre praktischen Erfahrungen dabei zu Papier zu bringen und an uns zu senden.
4. Was die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften betrifft, so erscheint uns dies als der schwierigste der vier angesprochenen Bereiche. Hier müssen wir erst auf lokaler Ebene deutliche Fortschritte gemacht haben, ehe wir weiterreichende Pläne in Angriff nehmen können.

An:

Alle demokratischen Organisationen aus Gewerkschaften, Parteien, Jugendarbeit, Kirchen, Ausländergruppen, Solidaritätsgruppen... in Berlin

Vom

Nicaragua-El Salvador-Komitee Berlin
c/o KSG, Meinikestr. 12
1000 Berlin 15

22. Juni 80

Liebe Freunde,

am Vorabend entscheidender Auseinandersetzungen in dem Mittelamerikanischen Land El Salvador wenden wir uns an Euch.

Wir sind eine Gruppe, in der Gewerkschafter, Studenten und Lateinamerikaner mitarbeiten, und leisten seit einigen Jahren Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der Völker Mittelamerikas in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch Militärdiktaturen und die Ausbeutung durch Oligarchie und Imperialismus.

Wie unsere Solidarität dem Befreiungskampf der Nicaraguenser galt und heute dem Aufbau des neuen Nicaragua gilt, so sehen wir die dringende Notwendigkeit, das Volk von El Salvador zu unterstützen.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit vollzieht sich in El Salvador ein tägliches Morden, dessen Opfer nicht nur die Führer der politischen und kirchlichen Opposition sind, sondern in zunehmendem Maße Bauern, Arbeiter, Gewerkschafter, Priester, Studenten, Frauen und Kinder. Diese Verbrechen von Seiten der Militärs und der rechten Terrororganisationen haben die offizielle katholische Kirche veranlaßt, öffentlich das Recht auf kollektiven bewaffneten Widerstand zu deklarieren und sich eindeutig auf die Seite der revolutionären Volksorganisationen zu stellen.

Die Volksorganisationen bereiten in dieser Situation den bewaffneten Aufstand des Volkes vor und haben dabei die Unterstützung nicht nur der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, sondern auch der Kirche, des überwiegenden Teils der Parteibasis der Christdemokraten und breiter Kreise des Bürgertums, mit all denen sie in dem FRENTE DEMOCRATICO REVOLUCIONARIO zusammengeschlossen sind.

Es ist in El Salvador eine Lage entstanden und verschärft sich buchstäblich von Tag zu Tag, in der es nur noch diese eine Alternative gibt: entweder das Volk befreit sich durch einen Aufstand - oder die um ihr politisches Überleben und ihre ökonomischen Privilegien kämpfenden Militärs und Großgrundbesitzer erfüllen ihre öffentlichen Drohungen, die organisierte Opposition des Volkes "physisch zu vernichten". Das gab es in El Salvador schon einmal: 1932 starben über 30 000 Campesinos und Arbeiter - heute, angesichts einer viel stärkeren Opposition, würden es über 100 000 sein.

Nur wer böswillig die Augen verschließt und wer ein Interesse hat an der Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Ausbeutungsstrukturen in der Dritten Welt, kann heute noch die regierende Militärjunta von El Salvador die auf die rechten Mordorganisationen mit Worten, auf das Volk und seine Organisationen jedoch mit Maschinengewehren schießt, als 'demokratische Alternative' politisch, materiell und militärisch unterstützen.

Genau das aber tut (bzw. was die militärische Unterstützung angeht, fordert) in der Bundesrepublik Deutschland die CDU, die in der letzten Woche eine Delegation der Militärjunta unter der Führung des Innenministers Hernandez Delgado eingeladen und empfangen hat. Vor der Presse gab für die CDU Herr von Hassel einen Aufruf zur Unterstützung der regierenden Militärjunta ab.

Die SPD als Mitglied der Sozialistischen Internationale distanziert sich zwar inzwischen von der Junta - dennoch führten hohe Militärs der Delegation Gespräche mit der Bundeswehr und mit der Berliner Polizeiführung - unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Aus Protest gegen diese Kooperation und um die deutsche Öffentlichkeit auf die Situation in El Salvador aufmerksam zu machen, besetzten am 18. Juni - während sich die Delegation in Berlin befand - Mitglieder und Freunde unseres Komitees das Berliner Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung, welche für die CDU die Delegation betreute.

Mit unserer bisherigen Arbeit und nicht zuletzt mit dieser Aktion haben wir zwar Teile der Öffentlichkeit erreicht - angesichts der Entwicklung hin zum offenen Bürgerkrieg und angesichts der unverhüllten Drohungen von Seiten der benachbarten Militärdiktaturen in Honduras und Guatemala und (etwas verhüllter) von Seiten der USA mit militärischen Interventionen braucht das Volk von El Salvador jedoch eine breite Solidarität innerhalb aller demokratischen Organisationen und innerhalb der Kirchen.

Deshalb wenden wir uns an Euch. Tragt dazu bei, daß ein Volk, das um sein Überleben kämpft, in unserem Lande nicht ohne Unterstützung bleibt!

Was könnt Ihr tun? Was können wir tun?

Ihr könnt in Eurem Arbeitsbereich informieren, Diskussionen initiieren und Einfluß nehmen auf die Organisationen, in denen ihr arbeitet.

Wir können Euch dazu Informationsmaterial (Broschüren, Fotoausstellung, Dias, Videofilm, Zeitschriften, Plakate etc) zur Verfügung stellen. (Dieser Vorschlag gilt selbstverständlich ebenso für Material über Nicaragua).

Ihr könnt Resolutionen, Briefe etc. verfassen - bzw. Erklärungen, Flugblätter o.ä. von uns unterzeichnen.

Wir werden zum geeigneten Zeitpunkt Großveranstaltungen, eine Demonstration oder andere Aktionen vorbereiten - Ihr müßt uns dabei helfen, die Leute auf die Beine zu bringen!

Nicht zuletzt könnt Ihr materielle Hilfe leisten - dazu geben wir Euch zwei Spendenkonten an:

I Solidaritätskonto der INFORMATIONSTELLE EL SALVADOR. Diese Informationsstelle koordiniert die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik und leitet Spenden weiter an die Volksorganisationen in El Salvador.

KONTO: Ph. Hamer - Informationsstelle El Salvador München
Postscheck München 180769-802

II Spendenkonto von MEDICO INTERNATIONAL
Medico International ist eine Organisation für medizinische Hilfe in der Dritten Welt und hat schon unbürokratische und umfangreiche Arbeit in Nicaragua geleistet. Medico hat es sich in Zusammenarbeit mit der deutschen Solidaritätsbewegung für El Salvador zur Aufgabe gemacht, den Bedarf an Medikamenten und medizinischen Geräten im Befreiungskampf El Salvadors nach Möglichkeit von Deutschland aus zu decken.

KONTO: Medico International Frankfurt
Stadtsparkasse Frankf/M, Girokonto 232
Stichwort: SALVADOR

Leserbrief

von Joshua Klindworth und Alex Möller

Nicaragua: Ein Jahr nach der Befreiung

(I. Teil)

Die Befreiung Nicaraguas von der Militärdiktatur Anastasio Somozas im Juni/Juli 1979 durchtrach zur ersten Mal seit der kubanischen Revolution 1959 eine Kette von Niederlagen latein- und mittelamerikanischer Aufstandsbewegungen. Die Erfahrungen seit 1959, daß die Regierungen gingen, die Waffen aber blieben, wurden durch die nicaraguanische Revolution "eines Volkes unter Waffen" eines besseren belehrt.

Den Hoffnungen auf einen sozialistischen Weg in Nicaragua, die die beginnende internationale Solidaritätsbewegung mit dieser Revolution verband, stellten sich bereits wenige Monate später kritische Stimmen aus dem eigenen Lager entgegen, die allein von der Möglichkeit einer nationalen Rekonstruktion unter kapitalistischen Bedingungen ausgingen (1). Solche Analysen, die sich einer romantischen guerillistischen Revolutionsästhetik entgegenstellten, warfen ein grelles Licht auf die Schwierigkeiten, vor die die FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) angesichts der ökonomischen, politischen und sozialen Realitäten in Nicaragua, gestellt wurde.

Die FSLN, so schien es, wurde gezwungen, einen vorübergehenden Waffenstillstand mit dem im Land verbliebenen Bürgertum einzugehen, um binnen kürzester Frist wenigstens ein Minimum an gesellschaftlicher Reproduktion sicherzustellen. Damit verbunden galt es, sich in den Augen des Imperialismus als kreditwürdig zu erhalten. Der private Sektor der Produktion ist heute noch der bedeutendste ökonomische Faktor der nicaraguanischen Industrie (2), hinter ihm steht die Finanzkraft des Imperialismus. Dessen "noble Gesten" lassen keinen

Zweifel daran, auf den Gang der politischen Entwicklung Einfluß ausüben zu wollen (3). Nach einem Jahr des Aufbaus Nicaraguas unter sandinistischen Vorzeichen, soll eine vorläufige Bilanz der Revolution gezogen werden. Fern von einer nur oberflächlichen Betrachtung der Revolutionsgeschichte sollen dabei

- die Bedingungen aufgezeigt werden, die die regierende FSLN dazu zwangen, eine Phase der Revolution zu verlängern, in der die gesellschaftliche Macht noch mit dem Bürgertum geteilt wird, und
- in einem zweiten Teil, auf dem Hintergrund der politischen Kräfteverhältnisse, Aussagen getroffen werden über die Konsequenzen, die sich hieraus für den weiteren Verlauf der Revolution ergeben.

Die ökonomischen Grundlagen für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie

a) Der öffentliche und private Sektor

Die Bourgeoisie verlor durch die Revolution zunächst ihre politischen Stützen: die Nationalgarde, die Privatarmee Somozas wurde aufgelöst, ebenso die staatliche Bürokratie. Ein Teil der alten bürgerlichen Parteien verschwand von der Bildfläche. Die Macht, die die Bourgeoisie heute noch besitzt, gründet sich auf den Privatbesitz der Unternehmer und Landbesitzer über den größten Anteil an den Produktionsmitteln.

Der erste Teil des Programms der FSLN betraf die Enteignung des gesamten Besitzes des Somoza-Clans (4). Die FSLN ging davon aus, daß hierdurch bereits der überwiegende Teil der produktiven Wirtschaftssektoren in die Verfügungsgewalt des Staates gelangte: "Die Somozisten zu enteignen bedeutet, den größten Sektor der Bourgeoisie zu enteignen, und das bedeutet daher auch, die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit zu verstümmeln, sie als Klasse zu schwächen" (5). Dies war eine Fehleinschätzung. Der Besitz der Somozisten konzentrierte sich neben einem vergleichsweise geringen Landbesitz (ca. 20% mit allerdings extensiver Viehzucht) u.a. auf den Handels-, Dienstleistungs- und Banksektor, während sich die industriellen und agrarischen Produktionssektoren in anderen Händen befanden und heute nur zu einem geringen Teil verstaatlicht sind. Dies veranschaulicht ein zusammen mit dem Wirtschaftsplan 1980 veröffentlichter Schlüssel, der die jeweiligen Anteile des privaten und öffentlichen

Sektors der verschiedenen Branchen ergibt (6):

Landwirtschaft:	80%	Privat	20%	Öffentlich
Industrie:	75%	Privat	25%	Öffentlich
Baugewerbe:	30%	Privat	70%	Öffentlich
Minen, Fischerei:	1%	Privat	99%	Öffentlich
Dienstleistungen:	45%	Privat	55%	Öffentlich

Hierbei ist zu vermerken, daß die Enteignungen im landwirtschaftlichen Bereich die Exportsektoren Baumwolle und Kaffee fast unangetastet ließen, die agrarische Exportproduktion dadurch nahezu ausschließlich in privaten Händen liegt. Die Frage, warum die FSLN, getragen von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, gestützt auf ihre militärische Monopolstellung und Vorherrschaft im Staatsapparat, nicht im Nachhinein diese Sektoren verstaatlicht hat, läßt sich aus der akuten wirtschaftlichen Mangelsituation und dem Erbe struktureller Abhängigkeit vom Imperialismus erklären.

b) Die Ausgangslage der Revolution: Zerstörung und Mangel

Die umfangreiche Vernichtung der wirtschaftlichen Ressourcen Nicaraguas durch die "Politik der verbrannten Erde" des Somozismus während der Volksaufstände 1978/79 und die umfangreichen Transfers von Devisenbeständen durch Somoza ließen ein Land zurück, das ökonomisch fast am Nullpunkt wieder beginnen mußte.

- mehr als ein Viertel der Industrie (d.h. Gebäude, Maschinen, Rohstoff- und Ersatzteillager) wurde zerstört.
- durch den Bürgerkrieg wurde der landwirtschaftliche Produktionszyklus unterbrochen - die Aussaat konnte nur zu einem kleinen Teil erfolgen (7). Die hungernde Bevölkerung verzehrte teilweise das Saatgut. Die Unterbrechung der Einfuhr von Pflanzenschutzmitteln förderte die Vernichtung ganzer Pflanzenkulturen.
- die neue Regierung verfügte praktisch über keine Devisen, da die ausländischen Kredite in die Tasche der Somozisten flossen. Die Devisenbestände der Zentralbank wurden von Somozisten bei ihrer Flucht vollkmmen geplündert.
- die Arbeitslosenrate betrug ca. 40%

Dies sind nur die markantesten Indikatoren, die den desolaten Zustand beschreiben, in dem sich die nicaraguanische Wirtschaft befand.

Die Wiederankurbelung der Produktion, der Aufbau zerstörter Produktionsstätten, die Schaffung von Arbeitsplätzen konnten - abgesehen von allein aufgrund mangelnder Gelder nur begrenzten öffentlichen Programmen (8) - nur durch die Einbeziehung der Privatunternehmer

in den Wiederaufbauprozess erreicht werden. Die wirtschaftliche Isolierung Nicaraguas, seine Abhängigkeit von Produktionsmittelimporten konnte bisher vorwiegend durch die Geschäftsbeziehungen privater Unternehmer durchbrochen werden. Damit ist ein zweiter Komplex angesprochen, der auf der Wirtschaft lastet:

c) Eine von der imperialistischen Intervention geprägte Wirtschaftsstruktur

Nicaragua ist auf Grundlage seiner bisherigen Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt fast vollständig abhängig von außenwirtschaftlichen Beziehungen, von den Notwendigkeiten des Exports seiner Produkte zur Erzielung von Devisen für die Aufbauprogramme; und von Importen sowohl unmittelbarer lebensnotwendiger Güter (Lebensmittel) als auch von Produktionsmitteln.

Diese Abhängigkeiten sind Ausfluß einer, durch langandauernde ökonomische und politische Intervention des Imperialismus geprägten, wirtschaftlichen Struktur des Landes, Ergebnis einer ungleichen und kombinierten Entwicklung, wie wir sie in den meisten Ländern der "3. Welt" finden.



Grundnahrungsmittel wie Milch müssen noch rationiert werden

Seit dem 19. Jahrhundert wurde Nicaragua zunehmend in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert und zwar v.a. als Lieferant agrarischer Produkte wie Baumwolle, Kaffee und Zucker. Daran hat sich bis heute nichts geändert. 1977 waren der Baumwoll- und Kaffeexport die beiden wichtigsten Deviseneinnahmequellen; zusammen ergaben sie 55% des Gesamtwerts der in diesem Jahr exportierten Güter (9).

Mit dieser Integration verband sich die Tendenz zu einer monokulturellen Landwirtschaft, was konkret bedeutete, daß die zunächst auf Selbstversorgung ausgerichtete Landwirtschaft immer mehr zugunsten eines exportorientierten Anbaus zurückgedrängt wurde. Die Folge hiervon ist, daß es keinen ausgebildeten Binnenmarkt für landwirtschaftliche Güter gibt, da die kleinen Parzellenbauern oft noch nicht einmal für ihre eigene Subsistenz ausreichende Mengen produzieren können, sodaß Nicaragua in starkem Maße auf den Import von Lebensmitteln angewiesen ist (10). Andererseits ist Nicaragua durch die erzwungene Exportspezialisierung stärker den Weltmarktkonjunkturen ausgesetzt. Jeder Ansatz einer nationalen wirtschaftlichen Entwicklung wird durch diese Mechanismen zunächst blockiert.

Über die Vermittlung der Weltmarktkonkurrenz vollzog sich etwa ab den 30-er Jahren eine starke Industrialisierung und Konzentration der exportorientierten Wirtschaftsbereiche auf Kosten der Kleinbauern, die durch Enteignung und Bankrott zu mittellosen Landarbeitern herabsanken. Damit steht heute einem in seiner Struktur vorkapitalistischen technisch rückständigen, zersplitterten und gesamtwirtschaftlich marginalisierten Bereich kleinbäuerlicher Lebensmittelproduktion ein hochtechnisierter, konzentrierter, nach kapitalistischen Prinzipien funktionierender landwirtschaftlicher Exportbereich gegenüber (11). Eine Struktur, die die Sandinisten trotz ihrer Pläne, eine landwirtschaftliche Binnenversorgung aufzubauen, über einen längeren Zeitplan in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen immer wieder zu berücksichtigen gezwungen sind. So erklärte Carlos Nunez (ein Mitglied der Koordinierungskommission für nationale Planung): "Die Baumwollkultur ist der am meisten technische und modernste Sektor; in der gegenwärtigen Situation der Regierung ist es die Privatinitiative, die über die Mittel zum Baumwollanbau verfügt; jenem Produkt, das die meisten Arbeitsplätze und Devisen einbringt und die größten Multiplikator-Effekte hat" (12).

Wie Enrique Schmidt (Mitglied der nationalen Leitung der FSLN) ausführte, sieht sich die Regierung möglicherweise sogar dazu gezwungen, die Exportproduktion auszuweiten: "Wir sind in einer Situation wo wir, um unsere Entwicklung zu verstärken, Devisen brau-

chen. Die einzige Quelle, die wir haben, um Devisen zu bekommen, ist die Agroindustrie, ist der Export der Agrarprodukte, also Baumwolle, Kaffee etc. Das Programm für nächstes Jahr sieht eine Verstärkung der Agrarprodukte vor, insbesondere Produkte, die exportiert werden können" (13).

Diese Exportabhängigkeit und damit die Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland zwingt die FSLN zu einer Einbeziehung der Bourgeoisie in ihren Wiederaufbauplan, weil deren Enteignung Nicaragua in die vollkommene wirtschaftliche Isolierung treiben würde: das kapitalistische Ausland ist nicht bereit, mit einer sozialisierten Wirtschaft Geschäfte zu betreiben. Pointiert ausgedrückt heißt das: die Sicherung der materiellen Ressourcen für den Aufbau Nicaraguas, kann gegenwärtig nur über die Akzeptierung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln erfolgen - anderenfalls ist jeglicher Aufbauversuch durch Mangel an eigenen Ressourcen und durch wirtschaftliche Isolierung zum Scheitern verurteilt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich im industriellen Bereich: die Industrie entstand vorwiegend in den 50-er Jahren, als Folge der Expansionsbestrebungen multinationaler Konzerne und eines Geldüberschusses der USA. Man versuchte zu dieser Zeit, für den Absatz v.a. von Investitionsgütern neue Märkte zu erschließen. Da Nicaragua ein zu kleiner Markt war, veranlaßten die USA die Gründung eines zentral-amerikanischen gemeinsamen Marktes, um durch Zusammenfassung mehrerer nationaler Märkte eine Serienfertigung zu ermöglichen. Es dürfte klar sein, daß damit die bereits auf dem Agrarsektor vorhandene Abhängigkeit Nicaraguas vom Ausland, speziell den USA, weiter verstärkt wurde, da sie die im Rahmen des gemeinsamen Marktes entstehenden leichten Industrien im Nahrungsmittel-, Textil- und Arzneibereich und Teilen der Petrochemie, sowohl in Bezug auf ihre Ressourcen (Technik, Rohstoffe etc.), als auch ihren Absatz von diesem Markt und damit wieder den USA abhängig waren. D.h., daß die Industrie meistens auf chemische und elektronische Produkte spezialisiert war, deren Rohstoffbasis importiert werden mußte, während die eigenen Rohstoffe exportiert wurden. Die Herausbildung eigener Ansätze einer nationalen Industrie wurde damit zugunsten einer Abhängigkeit vom Ausland eingetauscht. Die Industrie Nicaraguas befindet sich entweder im Besitz ausländischer multinationaler Firmen oder ist durch joint ventures mit diesen verflochten (14).

Eine Nutzung Nicaraguas als Absatzmarkt für ausländische Industrieprodukte und die damit einhergehende binnenwirtschaftliche Konkurrenz hat weite Teile der für den Binnenmarkt produzierten in-

dustriellen und handwerklichen Bereiche zerstört oder marginalisiert. Nicht zuletzt daraus folgt die extreme Abhängigkeit Nicaraguas von industriellen Importen. Die Gefahr einer wirtschaftlichen Isolierung betrifft also nicht nur den Exportbereich, sondern läßt sich auch von der Importabhängigkeit Nicaraguas erklären. Enrique Schmidt "Im Augenblick sind wir nicht in der Lage, uns nur mit eigenen Mitteln eine Art Unabhängigkeit zu schaffen. Das geht nicht. Sie sehen ja, es gibt Probleme wie der Medikamentenbedarf (...). Es gibt hier keine großen Fabrikationsanlagen, die in der Lage wären, alle möglichen Bedürfnisse zu decken. D.h. wir müssen importieren" (15).

d) Die Kreditabhängigkeit

Nicaragua ist von umfangreichen Krediten abhängig. Da die Devisen- und produktiven Ressourcenbestände noch immer sehr gering sind, ist man neben den Investitionen der einheimischen Unternehmer zur Ingangsetzung der Produktion, auf die finanzielle Unterstützung des Auslandes v.a. für die sozialen Rekonstruktionsmaßnahmen angewiesen. Das Analphabetentum, das Fehlen eines Gesundheitswesens und eines sozialen Sicherheitssystems, die Zerstörung der infrastrukturellen Einrichtungen, der Mangel an Wohnungen, sind nur mit massiver ausländischer Hilfe zu beseitigen, solange Nicaragua keine Devisenüberschüsse erwirtschaften kann, die neben den produktiven Reinvestitionen diesem Bereich zukommen könnten.

An die Gewährung dieser Kredite knüpft das kapitalistische Ausland zunächst zwei grundsätzliche Bedingungen:

- Einmal wird die Regierung gezwungen einen Großteil der von Somoza eingegangenen Kreditverpflichtungen zu übernehmen (16).
- Zum anderen werden die Kredite in den meisten Fällen nur gewährt, wenn die Bedingungen sichergestellt sind, daß der private Sektor in seinem bisherigen Maß unangetastet bleibt.

Nicaragua hat 1,6 Milliarden Dollar Auslandsschulden übernommen. Abgelehnt wurden lediglich die Rückzahlung von Krediten, die Somoza für Waffenkäufe verwandte, die in die privaten Fonds der Somozisten flossen, oder gegen bestehende Gesetze verstießen (17). Der Grund für die Übernahme der 1,6 Milliarden Schulden liegt klar auf der Hand: hielt sich die Regierung nicht an die früher eingegangenen internationalen Abmachungen, würde jeglicher neuer Kreditzufluß sofort gestoppt werden. Die Regierung in Nicaragua ist gezwungen "Vertrauen zu schaffen". Schließlich hat das kapitalistische Ausland ein elementares Interesse, die Privatwirtschaft in

Nicaragua zu erhalten. Einmal als "Geschäftspartner", zum anderen als Stütze zur weiteren Beeinflussung der politischen Entwicklung. Dies zeigt sich bei einer genaueren Betrachtung der Kredite:

- Von den 75 Millionen Dollar, die die USA Nicaragua zunächst in Aussicht stellte (und mittlerweile vom Repräsentantenhaus eingefroren wurden), sollten 60% für den privaten Sektor reserviert bleiben. Zudem war die Hilfe in ein 140-Millionen-Dollar-Paket eingebunden, aus dem auch andere mittelamerikanische Staaten (z.B. El Salvador, Honduras) zur Eindämmung der revolutionären Prozesse in diesen Ländern Unterstützung erhalten sollten (18).

- Die Weltbank stellte einen Kredit über 51 Millionen Dollar in Aussicht, der ebenfalls überwiegend dem Privatsektor zugute kommen soll.

- Die venezolanische Regierung ging soweit, an die Gewährung von Krediten die Bedingungen zu knüpfen, daß ein christdemokratischer Minister in das Kabinett aufgenommen wird. Dies wurde von der Regierung abgelehnt.

- Im Hilfspaket der Bundesregierung in Höhe von 40 Millionen DM fallen neben einer Vielzahl kleinerer Unterstützungsbeträge v.a.

3 Posten auf: die Bereitstellung von 1,01 Mio. DM für die "Förderung der demokratischen Presse durch Unterstützung der (bürgerlichen, d.Verf.) Tageszeitung La Prensa, sowie "reaktivierte Zusagen für den Ausbau des Fernmeldenetzes" in Höhe von 5 Mio. DM, wobei davon auszugehen ist, daß dieser Ausbau von ausländischen (deutschen) Firmen wie Siemens geleistet werden dürfte. Unter den "in Aussicht genommenen Maßnahmen" findet sich schließlich auch ein "Entwicklungsbankenkredit zur Förderung der Klein- und Mittelindustrie einschließlich Agrarindustrie" in Höhe von 10 Mio. DM (19). Die Summe der bisher von der nicaraguanischen Regierung ausgehandelten Kredite beläuft sich auf ca. 400 Mio. Dollar, wobei diese Kredite eine mittlere Laufzeit von 32 Jahren und einen mittleren Zinssatz von 4% haben (20). Das Wörtchen "ausgehandelt" weist auf einen Pferdefuß dieser Kreditzusagen hin: bereits mehrfach folgte einer Zusage von Krediten, die Verschleppung der Zahlungen oder die völlige Einfrierung (21).

Insofern, als die Auslandskredite in der gegenwärtigen Situation des Landes eine ausschlaggebende Bedeutung haben, stellen sie ein gewichtiges Einflussinstrument der ausländischen Bourgeoisien dar. Die teilweise Nichtgewährung der Kredite schränkt den Spielraum, den die FSLN sich durch den Wirtschaftsplan 1980 und die Schaffung

verschiedener wirtschaftspolitischer Kontrollinstrumente (siehe weiter unten) erobert hat. Die schwierige und sich durch das Ausbleiben der Kredite weiter verschlimmernde wirtschaftliche Situation des Landes kann unter bestimmten Bedingungen von den in- und ausländischen Bourgeoisien zu einem Handel mit der FSLN um langfristige Garantien für eine Erweiterung des ökonomischen und politischen Spielraums der Bourgeoisie genutzt werden. Dies ist wohl gemerkt eine - vom Imperialismus anvisierte - aber nicht die alleinige Perspektive.

All dies zeigt die Grenzen, die die FSLN bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele vorfindet. Auf diesem Hintergrund muss der Wirtschaftsplan 1980 untersucht werden:

a) Eine ökonomische Gratwanderung: der Wirtschaftsplan 1980

Der Plan verfolgt drei zentrale Ziele:

- die Wiederherstellung der Wirtschaftskapazität der Vorkriegszeit (was eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um 22% bedeutet);
- den Aufbau einer sozialen Infrastruktur (Bau billiger Wohnungen, Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, Aufbau von Schulen und Krankenhäusern etc.);
- die Senkung der Arbeitslosenquote von bisher 40% durch Schaffung von 90 000 Arbeitsplätzen.

Im folgenden sollen die wichtigsten Elemente des Wirtschaftsplans skizziert werden:

- Finanzierung:

Die Regierungsausgaben vor allem für die sozialen Aufbau- und Arbeitsbeschaffungsprogramme sollen sich auf insgesamt 390 Mio Dollar belaufen, die größtenteils aus inneren Ressourcen (wie durch ein umfangreiches Steuerprogramm) aufgebracht werden müssen. Die nötigen Investitionen sollen dagegen aus ausländischen Hilfs- und Kreditprogrammen zusammengesetzt sein, wozu insgesamt ca. 417 Mio. Dollar benötigt werden, von denen 370 Mio Dollar in den öffentlichen und 47 Mio Dollar in den privaten Sektor fließen sollen (22). Der Plan geht weiterhin davon aus, dass es gelingt, die Unternehmer zur Wiederaufnahme der Produktion und den damit verbundenen Investitionen zu bewegen (22a).

- Exportsektor:

Für die Baumwolle steht laut Plan eine Anbaufläche von 120 000 bis 160 000 Hektar zur Verfügung, wovon ca. 18 000 Hektar von der Staatlichen Planungsbehörde INRA verwaltet werden. Die Baumwoll-

produktion dürfte sich 1980 allerdings nur auf 80 000 Ballen von je 480 Pfund gegenüber 499 000 Ballen für den Zeitraum 78/79 belaufen. Eine stärkere Beteiligung kleinerer Baumwollproduzenten versucht die Regierung durch Senkung der Pachtpreise zu erreichen. Tatsächlich wurden 20 - 30% der Baumwollanbaufläche verpachtet. (23)

Im Bereich der Kaffeeproduktion überwiegen die kleinen und mittleren Produzenten. Durch die staatliche Kreditvergabe und Exportkontrolle besitzt die FSLN hier ein weitreichendes Interventionsmittel. Die INRA hat allerdings nur 10% der Produktion unter ihrer Kontrolle. Die Ernte ist entgegen den Erwartungen relativ niedrig ausgefallen, offenbar nicht nur aufgrund mangelnder Schädlingsbekämpfung (Kaffeerost), sondern auch wegen der mangelnden Bereitschaft der Grundbesitzer.

Die Zuckerproduktion wird nach wie vor zum überwiegenden Teil von einer der reichsten Familien des Landes, den Pelles, dominiert, wengleich die Enteignung der Somozisten 30% der Gesamtproduktion unter die Kontrolle des Agrarministeriums brachte. Der Pelles-Familie gehört ebenso die grösste Zuckerfabrik des Landes in San Antonio. (24)

Da die Viehzucht von der Somoza-Familie dominiert war, besitzt hier der Staat heute einen Anteil von 80%, von dem allerdings nur 6 - 8% von der INRA verwaltet werden, der Rest anscheinend von privaten Viehzüchtern "gepachtet" wurde. Damit ergibt sich insofern ein Problem, als diese Viehzüchter grosse Mengen des Viehs exportieren, um ihre Kapitalanlagen wieder zu realisieren, und damit werden die Viehbestände dezimiert. Bis Ende 1979 war bereits ein Fünftel des Viehbestandes ausser Landes geschmuggelt.

Der Tabakanbau befindet sich zu 50% in den Händen des Staates, der Sesam-Handel (Ertrag: 12 Mio Dollar) unterliegt dem Staatsunternehmen ENAL. Der überwiegende Teil des Fischereibereichs (55% des Exportvolumens) befindet sich ebenfalls in Staatshand.

Die Exporterlöse des Jahres 1979 werden auf 250 - 300 Mio Dollar geschätzt (gegenüber 417 Mio für das Jahr 78), sind aber abhängig von der Zusammenarbeit der Grundbesitzer mit der Regierung, die über das seit dem 6.8.79 bestehende staatliche Exportmonopol versucht, die Exporte zu kontrollieren und über interne Preisfestsetzungen einen Teil der Erlöse abzuschöpfen.

Anmerkungen

1) vgl etwa W. Middendorf, 10 Thesen zur Revolution in Nicaragua, in: LN 76, Bln. 11/79; od. den Artikel von Regis Debray, Nicaragua

eine radikale Mäßigung, in: Le Monde Diplomatique, Paris 9/79

2) 59% der Wirtschaft sind in privater Hand. "Bresche" Zeitung der Revolutionären Marxistischen Liga (RML), Nr. 152, Zürich 11.2.80

3) so stand in einem Leitartikel der "Washington Post", dem Sprachrohr der amerikanischen Bourgeoisie, v. 22.2.80 zu den Kreditvorhaben der US-Regierung zu lesen: " Ein neues Darlehen von 75 Mio \$ hat das Ziel, den Nicaraguanern zu zeigen, daß eine Alternative zum kubanischen Modell existiert, und dem Kreditbedarf der Mittelschicht zu entsprechen. Viele Unternehmen warten auf ein derartiges Signal der Vereinigten Staaten, bevor sie ihr Vermögen und ihre Energien im Kampf für eine offene Gesellschaft einsetzen".

4) Für was kämpfen die Sandinisten? Programm der Sandinistischen Front dtsche. Ausgabe, herausgegeben vom Verein der Lateinamerikanischen Studenten, S. 1

5) Poder Sandinista, Wochenzeitung der FSLN, Managua 18.10.79

6) "Bresche", a.a.o.

7) so wurde z.B. nur ein Fünftel der Baumwollanbaufläche besät

8) wie etwa den Wiederaufbau d.s durch das Erdbeben 1972 zerstörte und seither brachliegende Stadtzentrum von Managua

9) Weltbankbericht 6/78

10) für 1980 sind insgesamt 130 Mio. \$ für Lebensmittelimporte vorgesehen

11) die sozialen Implikationen: Die Technisierung hatte das Ansteigen der Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern zur Folge. So betrug in der wirtschaftlich relativ günstigen Zeit Anfang der 70-er Jahre die Vollarbeitslosigkeit ca. 22%. Aber von den etwa 300 000 Landarbeitern sind 2/3 ohnehin nur saisonal, d.h. maximal 4 Monate im Jahr beschäftigt. Ihr monatliches Einkommen liegt zwischen 600 und 800 Cordobas (60-80\$), oft darunter und es wird aufgezehrt durch die Inflation und die überhöhten Lebensmittelpreise, die in den - oft den Großgrundbesitzern gehörenden - Verkaufsläden bezahlt werden müssen. Hinzu kommt eine katastrophale soziale Versorgung - praktisch kein Gesundheitswesen, keine Schulen, schlechte sanitäre Verhältnisse (82% der Landbevölkerung hatten kein Klo, 95% kein fließendes Wasser).

Der Verlust des eigenen Landbesitzes und die Arbeitslosigkeit trieb viele Landbewohner in die Stadt, in der Hoffnung, dort in den neuentstehenden Industrien Arbeit zu finden. Eine trügerische Hoffnung, denn auch in den städtischen Zentren war die Arbeitslosigkeit mit mindestens 12% sehr hoch, die Industrie trotz relativ forcierter Entwicklung in den letzten Jahren nicht groß genug, um

- die Massen der Landflüchtigen aufzunehmen. Die Statistiken der letzten Jahre wiesen etwa 60 000 Beschäftigte in der Industrie auf (bei einer Stadtbevölkerung 1978 von 1,265 Mio Menschen). Diese Menschen, die keine Arbeit oder nur Gelegenheitsarbeit in den Städten fanden, litten unter den extremen Auswirkungen dieses Zusammenpralls von modernster urbaner Industrieproduktion und rückständigsten sozialen und ökonomischen Strukturen: hohe Arbeitslosigkeit, Löhne unter dem Existenzminimum, hohe Kindersterblichkeit, permanente Unterernährung, Fehlen jeglicher medizinischer und sanitärer Versorgung, hohe Prostitution. Es entstanden große Slums um die Zentren von Städten wie Managua, Esteli, Matagalpa, Chinandega. Slums, die Mittelpunkt der Aufstände 1978 und 1979 waren und deshalb auch besonders schwer von den Zerstörungen durch die Nationalgarde betroffen wurden. Ihre Bewohner, das städtische Subproletariat, bildeten eine der sozialen Hauptkräfte der Revolution. Vgl. u.a. Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), Informationsbulletin des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, Nr. 110, 11.10.79
- 12) Barricada, Tageszeitung der FSLN, Managua, 12.12.79
 - 13) Manuskript eines Interviews von Walter Schütz mit Enrique Schmidt vom Dezember '79 in Managua. Veröffentlichung unbekannt.
 - 14) So operieren in Nicaragua u.a. folgende bundesrepublikanische Firmen: BASF, Siemens, Bayer, VW, Mercedes-Benz, AEG. Zur Wirtschaftsgeschichte vgl. Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.) Nicaragua Ein Volk im Familienbesitz, Reinbek 1979, s. 71ff
 - 15) Manuskript..., a.a.O.
 - 16) ebenda
 - 17) dies betrifft v.a. israelische und einige US-Kredite
 - 18) dazu gehören: 14,5 Mio an Lebensmittelsendungen und 20 Mio für Militärhilfe für die Dominikanische Republik, die Ausbildung ostkaribischer Streitkräfte und Waffenkäufe der Armeen von Honduras und El Salvador, Lateinamerika Nachrichten 78, 1/80, S. 38
 - 19) Aus einer Zusammenstellung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Stand 12.2.80
 - 20) ebenda
 - 21) Die Weltbank verschleppt seit November 79 eine Soforthilfe von 35,5 Mio Dollar mit der Begründung, erst müsse ein nationaler Fond für die nicaraguanischen Mitgliedsbeiträge an der Weltbank gegründet werden!
 - 22) vgl. Lateinamerika Nachrichten 78 Berlin 1/80 S. 39f
 - 23) Barricada 12.12.79 und 2.1.80
 - 24) INRA - Informationsbulletin 18.1.80

Urwald

Diesmal halt ein URWALD statt einer Wiese - es kamen Zuschriften, die den Namen Wiese zu abgedroschen fanden. Wem fällt noch ein besserer Name ein?

Auf die Suchanzeigen der letzten Nummer kam bis jetzt erst eine Meldung darüber, zu wem eine Überweisung gehört.

Eine nette Reaktion erhielten wir von der Zeitschrift "Argument" Sie gaben uns Tips und erzählten, wie sie das gleiche Problem bei sich lösen. Wir sind wenigstens nicht allein mit unseren Problemen. Für weitere Tips und Vorschläge (bitte auch nicht ernstgemeinte Zuschriften, wir haben auch Sinn für Humor) sind wir dankbar.



Jetzt bleibt eigentlich nur noch übrig, Euch und uns schöne Ferien zu wünschen, sogar den Lateinamerika-Touristen, die mit der einschlägigen LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN-Lektüre im Rucksack (sehr zu empfehlen wegen des geringen Gewichts, die Tipperin) ferne Länder bereisen und uns hoffentlich waschkörbewise Postkarten mit strahlend blauem Himmel und Palmenstrand und Urwäldern (und bitte ausgesucht schönen Briefmarken, d.T.) schicken.

Wenn Ihr wieder zurück seid und wir angesichts Eurer Sonnenbräune vor Neid noch mehr erblassen, sollten wir uns mal ausführlich über Sinn und Unsinn von 3.Welt-Polit-Tourismus miteinander unterhalten.

Jetzt freuen wir uns nach den hektischen LATEINAMERIKA-TAGEN erst mal auf einen ruhigen Sommer und hoffen, daß uns diese lateinamerikanischen Militärs nicht mit einem Putsch aus dem Sommerschlaf wecken.

Also, bis zur nächsten Nummer!
Schreibt mal!